

TÜRKEI

Informationen

JULI
1980
AUGUST

FİDEF
ZU
"ASYLRECHT/
VISUMSZWANG"

Appell
der Anwaltskammer-Istanbul:
"FOLTER-STAATSTERROR"

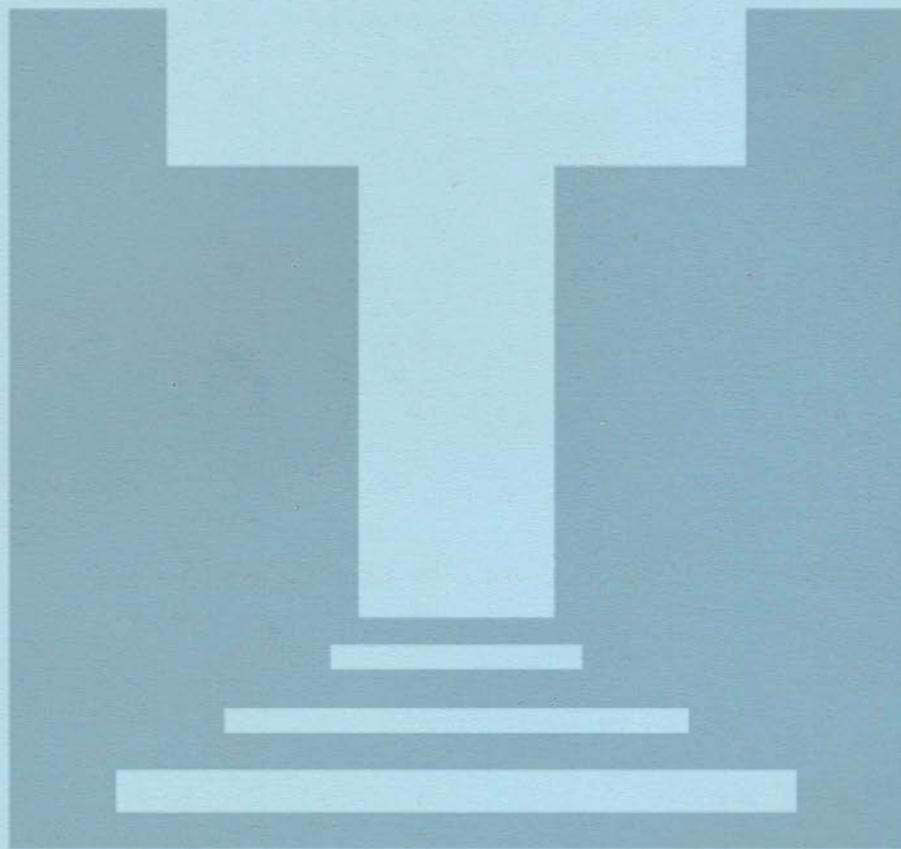
M. KARACA
(Metall-Gewerkschaft im DISK):
"Trotz Kriegsrecht
60.000 im Streik"

"Graue Wölfe"
danken F.J. Strauß

"VERFASSUNGSSCHUTZ 1979":
Manipulation durch Verdrehung

Türkische Lehrer
unter Druck

Interview mit M. Balder/IG-Druck:
"Solidarität ist gefordert."



TÜSTAV

JULI
1980
AUGUST

Inhalt

27 SPD-Abgeordnete: Bedenken gegen die "Türkei-Hilfe"	Seite 2
FIDEF gegen Aushöhlung des Asylrechts und Visumzwang	Seite 4
Planmäßig betriebener Terror unter dem Schutz der Staatsorgane	Seite 5
Massaker in Corum	Seite 6
Massaker in Inciralti	Seite 9
Nevsehir: Attentat auf Ecevit	Seite 11
Yozgat: von "Privatarmee" der MHP besetzt	Seite 11
Fatsa: Armee gegen die Bevölkerung eingesetzt	Seite 12
Aus den Protokollen des Bundestages vom 19. Juni 1980	Seite 13
Folter: Anwaltskammer zu Istanbul appelliert an die Weltöffentlichkeit	Seite 15
Führender Gewerkschafter Türkler von Faschisten ermordet	Seite 18
Gegen Hunger und Terror: 60.000 Kollegen im Streik	Seite 19
Zur Situation der Lohnabhängigen	Seite 22
Hungerlöhne für Arbeiter	Seite 23
Für Luxuswagen des Fabrikantensohnes muß ein Arbeiter 263 Jahre arbeiten	Seite 24
Gesamtmetall Hand in Hand mit MESS	Seite 25
US-Basen in der Türkei	Seite 26
Protest gegen NATO-Treffen in Ankara	Seite 28
Kurzmeldungen	Seite 28
Interview mit Manfred Balder, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier: Solidarität darf nicht kriminalisiert werden	Seite 30
Mainz: Graue Wölfe schlagen erneut zu!	Seite 31
Verfassungsschutzbericht 1979 Manipulation durch Verdrehung	Seite 33
"Türkische Faschisten danken F.J. Strauß"	Seite 39
Islamische Kulturzentren: DGB-Boykott?	Seite 40
Demirel schickt bewährte Nationalisten an die Front	
Druck auf türkische Lehrer und Kinder nimmt zu	Seite 43
CDU in Gelsenkirchen für den Kandidaten der Grauen Wölfe	Seite 45
Reutlingen: Opfer eines Eifersuchtsdramas zum Märtyrer hochstilisiert	Seite 46
Ein Nachholbedarf wird entdeckt: Über die Aus dem Kunst und Kulturleben	Seite 48
ZDF-Reihe "Die Türkei im Film"	Seite 49

HERAUSGEBER:
FIDEF

Föderation der Arbeitervereine der Türkei
in der BRD e.V.
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1
Telefon: 0211/ 66 42 84

27 SPD Abgeordnete: Bedenken gegen die "Türkei-Hilfe"

Der Aufstand von 27 SPD-Abgeordneten rückte die "Türkei-Hilfe" für wenige Tage in die Schlagzeilen. Auch wenn sie nach wenigen Stunden der "Türkei-Hilfe" im Rahmen des Nachtrags-etats zustimmen mußten, bewirkten die "Aufständischen", daß viele klar Stellung beziehen mußten, die diese Angelegenheit wohl lieber ohne viel Aufsehens über die Runden gebracht sehen wollten. Matthöfer selbst bedauerte das Verhalten der "türkischen Sicherheitsbehörden", versuchte aber den Eindruck zu erwecken, Folter würde nur gegenüber "Terroristen" angewandt. Nicht einmal CDU/CSU bestritt Folterungen, sie wandte sich lediglich dagegen, daß man daran Anstoß nimmt.



Weder Kinder
noch Greise
können den
Scharfschützen
der NATO
entkommen

Die Argumentation des Bundesfinanzministers läuft darauf hinaus, durch Finanzhilfe einen Beitrag zu Demokratisierung der Türkei leisten zu wollen. Nach seiner Ansicht wird die "Hilfe" eine Gesundung der türkischen Wirtschaft bewirken, dies wiederum wird politische Stabilität fördern und die Demokratie "festigen", womit die NATO-Südflanke gestärkt wäre. Das alles klingt wirklich nach einer "langatmigen Politik" (Apel), die das Übel an der Wurzel packen will.

NATO und Menschenrechte

Doch damit gibt die Bundesregierung zu, aus "übergeordneten strategischen Überlegungen" das Terrorregime in der Türkei zu unterstützen, will dies jedoch mit angeblichen langfristigen positiven Auswirkungen für die Demokratie legitimieren. Wieder einmal sehen wir, daß die Menschenrechte nur insoweit etwas bedeuten, als sie in das strategische Konzept passen. und wie sieht dieses Konzept aus? Die NATO-Strategen bezeichnen unser Land offen als "das letzte Flugzeug-Mutterschiff für die Vereinigten Staaten in diesem Raum" (Wehrtechnik, Mai 1980, S. 12). Das heißt klipp und klar: Selbst deren sogenannte "Verteidigung" geschieht nicht ihrer selbst willen sondern nur als Mittel zum Zweck. Sie betrachten die Heimat von 45 Millionen Menschen lediglich als eine günstige Startbasis für ihre Raketen und Atombomber; als eine Basis, die sie nach Bedarf "einsetzen" oder auch "aufgeben" können. Braucht man angesichts dieser Einstellung noch zu erläutern, daß die Interessen der NATO den Lebensinteressen der Bevölkerung der Türkei diametral entgegen gesetzt sind?

Was ist davon zu halten, wenn ein Herr Matthöfer die "Gesundung" der türkischen Wirtschaft durch die deutsche Finanzhilfe" verspricht? Das Gegenteil wird der Fall sein, denn die an diese "Hilfe" geknüpften Bedingungen (Abwertung, Preiserhöhungen, Einschränkungen der staatlichen Investitionen, Einfrieren der Löhne usw.) werden die bestehenden Probleme noch verschärfen.

Es mag sein, daß viele (wir möchten betonen, daß wir Herrn Matthöfer und die Bundesregierung nicht zu diesen zählen) noch an der Illusion festhalten, durch einige Milliarden Dollar ließen sich die wirtschaftlichen Probleme der Türkei lösen. Das folgende Zitat zeigt, daß das deutsche Großkapital die Ziele und die Möglichkeiten der "Türkei-Hilfe" sehr viel nüchterner betrachtet:

"Doch die Türkei gilt als Faß ohne Boden, das Milliarden schluckt, ohne Wirkung zu zeigen.

Das einzige durchschlagende Argument, das man für die zivile und die militärische Hilfe vorbringen kann, ist, daß sie dazu beiträgt, durch Erhaltung des Rahmens einer parlamentarischen Demokratie den besonderen Hütern der türkischen Stabilität notfalls Bewegungsfreiheit zu sichern: den militärischen Führern des Landes. Das mag für Demokraten wenig erbaulich sein. Doch das meiste andere ist Ausschmückung unserer Anstrengungen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6. 1980 S. 1)

Handelsblatt: Ausweg Militärdiktatur?

An diesen Worten ist nicht so sehr die demokratiefeindliche Gesinnung, sondern die Offenheit, mit der diese gezeigt wird, verblüffend. Noch eindeutiger schreibt das "Handelsblatt", das seine Leserschaft offenbar nicht durch eine verschlungene Ausdrucksweise überfordern will: "Aber es ist gut, daß die Bundesregierung - bevor andere Finanzmittel für die Türkei flüßig machen wird - mit der Militärhilfe beginnen möchte. Nicht des Krieges oder der Verteidigung wegen, sondern der Autorität der militärischen Führung im Lande wegen. Die mit dem aus der Bundesrepublik gelieferten Waffengerät angestrebte Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Türkei würde zwar auch die Sowjetunion veranlassen, die Südflanke der NATO mit größerem Respekt zu behandeln, doch dies wäre nur ein Nebenaspekt, wenn auch ein nützlicher." (Handelsblatt, 5.2. 1980)

Warum begrüßen die Sprachrohre der großen Konzerne die Waffenlieferungen in die Türkei, von den sie selbst erklären, daß sie zum Einsatz gegen die eigene Bevölkerung bestimmt sind, so überschwänglich? Die Antwort ist einfach: Sie gehen nüchtern davon aus, daß die Interessen, die sie vertreten, die Interessen der NATO und der Konzerne, den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unserer Heimat widersprechen. Sie wissen allzu gut, daß sie sich in der Türkei nur auf eine kleine Minderheit stützen können, die gut bewaffnet sein muß, wenn sie die Mehrheit niederhalten will. Wir aber erklären aus der gleichen Einsicht heraus, daß die Hilfe für das gegenwertige Terror- und Folterregime in der Türkei einen unfreundlichen Akt gegenüber der Bevölkerung der Türkei darstellt.

Mit dieser Einschätzung stehen wir nicht allein. Immer mehr bundesdeutsche demokratische Gruppen und Organisationen erklären in diesen Wochen ihren Protest gegen die Türkei-"Hilfe" der Bundesregierung und solidarisieren sich mit dem Widerstand der Bevölkerung der Türkei gegen das Hungerprogramm der Demirel-Regierung gegen Terror und Faschismus.

FIDEF gegen Aushöhlung des Asylrechts und Visumszwang

Auf seiner Sitzung am 28.6. 1980 befaßte sich der Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD) eingehend mit der aktuellen Entwicklung bezüglich der Asyl-Bewerber. Nach Abschluß der Beratungen wurde folgende Presseerklärung herausgegeben.

Wie den Massenmedien zu entnehmen ist, wurde in den letzten Wochen das "Asylanten-Problem" in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der Berichterstattung und der Kommentare in erster Linie den Zweck verfolgt, die politischen Entwicklungen in der Türkei zu verschleiern und der Öffentlichkeit die Asylgründe von Tausenden von Menschen als "wirtschaftliche Gründe" zu suggerieren.

Asylgründe nicht wirtschaftlicher, politischer Natur

FIDEF-Bundesvorstand stellte fest, daß die Gründe für mehrere tausend Landsleute, in der Bundesrepublik Asylgesuch einzureichen, ihren Ursprung nicht in wirtschaftlichen, sondern in politischen Verhältnissen haben. Dieser Zustand ist eine Folge der politischen Entwicklung in unserem Lande. In der Türkei herrscht ein halb-militärisches Regime. In den 20 bevölkerungsreichsten Provinzen, die alle wichtigen Industriezentren umfassen, herrscht seit Dezember 1978 das Kriegsrecht. Die staatlichen und militärischen Unterdrückungsmittel der Demirel-Regierung haben das Leben in eine Hölle verwandelt. Allein in den letzten sechs Monaten seit dem Amtsantritt der Demirel-Regierung sind über 1.800 Menschen den Terroranschlägen zum Opfer gefallen, 16.689 Menschen wurden bei diesen Anschlägen verletzt. Das Land wurde in ein einziges Konzentrationslager verwandelt. Die Massenverhaftungen und systematischen Folterungen nehmen erschreckende Dimensionen an. Mehr als 20.000 politische Gefangene sind in überfüllten Gefängnissen zusammengepfercht. Unzählige Menschen werden gesucht und verfolgt. Ganze Dörfer und Stadtteile werden von ihren Bewohnern verlassen, weil keinerlei Sicherheit für Leib und Leben mehr existiert. Erst vor wenigen Tagen verließen 4.000 Familien Siverek, eine Stadt in Türkei-Kurdistan, da dort während der letzten drei Monate über 143 Morde passierten. Mehrere Stadtteile in den Provinzen Corum, Yozgat, Kirsehir, Nevsehir, Amasya, Tokat, Erzurum, Erzincan, Bingöl, Maras, Sivas, Elazig und Cankiri stehen unter dem Terror der "Grauen Wölfe" der faschistischen MHP. Allein diese Tatsache zeigt den wahren Charakter der Demirel-Regierung und gibt Aufschluß darüber, welche Zustände in der Türkei herrschen.

Die reaktionär-faschistischen Kräfte haben ihren Geg-

nern den offenen Krieg erklärt. Oppositionelle Menschen, Demokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen werden systematisch liquidiert. Mit gezieltem Terror wird versucht, die breiten Schichten der Bevölkerung in die Resignation zu treiben. Die Mordpläne zielen in erster Linie auf engagierten Demokraten in den Betrieben, in den Gewerkschaften und Lehranstalten. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten und Schriftsteller werden ermordet. Unter den Opfern befinden sich Mitglieder der CHP (Republikanische Volkspartei), der seit 59 Jahren in der Illegalität wirkenden TKP (Kommunistische Partei der Türkei), der TIP (Arbeiterpartei der Türkei), der TSIP (Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei). Der Staatsterror und die militärische Unterdrückung in Türkei-Kurdistan werden verschärft. Die NATO-Tagung in Ankara verfolgte offensichtlich das Ziel, diesen Terror zu legitimieren und die Bevölkerung weiter unter Druck zu setzen.

Ursachen der Emigration

Diese Tatsachen zeigen auf, warum für viele Menschen in der Türkei politisches Asyl in Betracht kommt. Tausende unserer Landsleute fühlen sich gezwungen, aufgrund der akuten Existenzbedrohung, des nackten Terrors und der Unterdrückungsmechanismen im Ausland Schutz zu suchen. Daraus folgt, daß die Asylanten nicht, wie in der Öffentlichkeit suggeriert wird, wirtschaftliche, sondern rein politische Beweggründe haben.

Wir betrachten das politische Asyl im Ausland nicht als den Weg, der unser Land in Frieden und Demokratie führt. Es gilt nach wie vor, gegen die Reaktion, gegen Terror und Unterdrückung zu kämpfen. Aber es ist offensichtlich, daß die Emigration nicht zu stoppen ist, solange in der Türkei demokratische Verhältnisse nicht hergestellt worden sind. Mit der Unterstützung dieses reaktionären, volksfeindlichen Demirel-Regimes bewirkt die Bundesregierung, daß die Ursachen der politischen Emigration weiter verfestigt und der Strom der Asylsuchenden aus der Türkei in Zukunft noch größer wird.

Aufruf an die Öffentlichkeit

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit in Europa auf, den Kampf der demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen, damit der blutigen Herrschaft der reaktionären Demirel-Regierung ein Ende bereitet wird und eine demokratische Regierung gebildet werden kann. Nur so können wir erreichen, daß das Recht der Bevölkerung in der Türkei auf ein gesichertes Leben wieder hergestellt, die Folterungen und Massenmorde gestoppt werden können. Schutz und Unterstützung für Tausende von Asylanten aus der Türkei, die aus politischen Gründen Asyl suchen! Diesen Asylbewerbern müssen nach internationalen Regelungen Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt werden, bis in der Türkei ihre Existenz nicht mehr bedroht ist. Die bitteren Erfahrungen des deutschen Volkes unter der Nazi-Herrschaft hat gezeigt, wie lebenswichtig diese Unterstützung sein kann!

Hoch die internationale Solidarität!

Düsseldorf, den 30.6. 1980

FIDEF-Bundesvorstand

Ein Ehepaar, das mit ihren aller notwendigsten Sachen auf die Schnelle seine von Fachisten verwüstete Heimat Corum verläßt. Ob sie dies aus wirtschaftlichen Gründen tun?



Çorum-İnciraltı-Nevşehir: Planmäßig betriebener Terror unter dem Schutz der Staatsorgane

Es ist unumstritten, daß der Terror in der Türkei sich den Ausmaßen eines regelrechten Bürgerkriegs nähert. Ein großer Teil der Massenmedien in der BRD und verantwortliche Politiker, die es besser wissen müssten, versuchen immer wieder den Terror als "Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsextremisten" hinzustellen.

In Wahrheit wird der faschistische Terror in der Türkei von der Reaktion als ein wesentlicher Bestandteil der Unterdrückungspolitik organisiert und eingesetzt. Die gedungenen Mörder der MHP werden vom Geheimdienst geschützt und dirigiert. Sie

terrorisieren die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte stellvertretend für die offiziellen Staatsorgane, wo diese zur Wahrung des Anscheines der "Rechtsstaatlichkeit" nicht nach Gutdünken greifen können.

Wenn, wie zur Zeit zu beobachten, diese Rücksichten fallen gelassen werden, geht der faschistische Terror unmittelbar zum Staatsterror über. Der Übergang ist fließend, sodaß oft nicht einmal die Personen auswechselt zu werden brauchen (siehe den folgenden Bericht über das Massaker in Inciralti).

Neben den Faschisten spielen auch die diversen maoistischen Grüppchen

eine, wenn auch untergeordnete, Rolle. Ihr Terror richtet sich vornehmlich gegen die Gewerkschafts- und Jugendbewegung, aber auch gegen einzelne Polizisten und Soldaten, sowie gegen Mitglieder der MHP. Sie dienen als Provokateure, die den staatlichen Organen willkommenen Vorwand zum Zuschlagen gegen die Opposition liefern. Die Aktionen der Maoisten ermöglichen es der Reaktion insbesondere, die gesamte linke Opposition als "terroristisch" zu diffamieren und den faschistischen Terror in der eingangs erwähnten Weise zu kaschieren. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, daß

auch die "links"-terroristischen Grüppchen vom Geheimdienst drigiert werden (siehe Türkei-Informationen 2, S. 9)

Es ist nicht leicht, diese vielfältigen und für einen Außenstehenden unglaublich erscheinenden Verhältnisse in dem uns zur Verfügung stehenden engen Raum überzeugend darzustel-

len. Wir wollen die Hintergründe des Terrors an Hand von einigen wenigen, dafür aber typischen Beispielen zu beleuchten versuchen. Das Massaker in Inciralti zeigt den Übergang zum Staatsterror und vermittelt einen Eindruck von der Brutalität der uniformierten "Grauen Wölfe". Das Massaker in Corum

ist ein Beispiel für die miniziöse "Zusammenarbeit" zwischen den Mordkommandos der MHP und den "Sicherheitskräften". Das mißlingene Attentat auf Ecevit und andere in Nevsehir beweist, daß auch prominente Vertreter der demokratischen Kräfte zur Zielscheibe geworden sind.

Massaker in Çorum

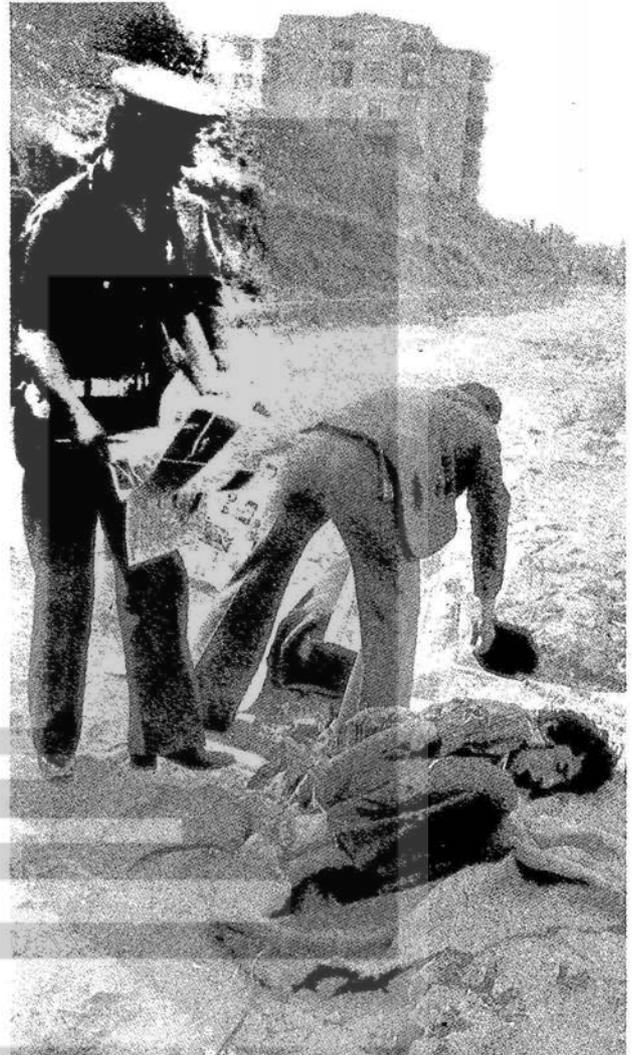
Corum ist eine mittelgroße Provinzhauptstadt mit über 60.000 Einwohnern. Die Stadt liegt ca. 180 km nordöstlich von der Hauptstadt Ankara. Die Bevölkerung setzt sich aus Aleviten und Sunniten zusammen.

Am 27. Mai war es in Corum wie auch zahlreichen anderen Städten zu blutigen Ausschreitungen gekommen, als in Ankara der stellvertretende Vorsitzende der faschistischen MHP, Gün Sazak, vor seinem Haus ermordet wurde. Randalierende MHP-Mitglieder hatten mehrere Personen ermordet und Geschäfte und Wohnungen verwüstet. Denn Corum gehört zu jenen Städten, in denen die faschistische MHP die traditionelle Feindschaft der Sunniten gegenüber den Aleviten ausnutzen und sich eine Massenbasis unter den Sunniten verschaffen will.

Die Aleviten wurden während des Osmanischen Reiches brutal verfolgt und unterdrückt. Da die laizistische Republik diese Unterdrückung weitgehend beendete, wurden die Aleviten (im Gegensatz zu den Sunniten, unter denen zahlreiche orthodox-islamische Sekten mit theokratischer Ausrichtung aktiv sind) überzeugte Anhänger der Republik.

Dies wurde auch dadurch erleichtert, daß die Aleviten seit je her zahlreiche Verbote und Gebote des Islam (Alkoholverbot, Verschleierung der Frauen, regelmäßige Gebete) weniger streng befolgten und für aufklärerische Ideen weit empfänglicher waren. Diese Einstellung hat jedoch auch die Feindschaft der orthodoxen Geistlichkeit nach sich gezogen, die die Aleviten als "Ungläubige" bezeichnen. Die Strategie der Faschisten ist denkbar einfach:

Sie schüren in den Städten mit gemischter Bevölkerung (sunnitisch und alevitisch) den Haß der Sunniten gegen die Aleviten und organisieren bewaffnete Überfälle. Nach einer Anzahl von Zwischenfällen verdichtet sich das Jahrhunderte alte Mißtrauen zur regelrechten Feindschaft, die einzelnen Stadtteile kapseln sich voneinander ab, die sozialen Beziehungen werden abgebrochen. Dabei werden die Faschisten in der Regel von Gleichgesinnten in den Sicherheitskräften unterstützt. Sie können sich ungestraft bewaffnen, ihre Terrorakte bleiben ungesühnt. Den Bürgern bleibt keine andere Wahl als die Selbstverteidigung. Dies wurde insbesondere bei dem Massaker in Kahramanmaraş (Weihnachten 1978) deutlich. Dabei wurden vor den Augen von Armee-Einheiten eine bis heute unbekannt gebliebene Zahl von wehrlosen



↑ Von Faschisten entführt und ermordet.

Männern, Frauen, Kindern und Greise niedergemetzelt. Ausnahmslos alle waren Aleviten oder als "links" bekannte Personen.

Die Ermordung von Gün Sazak am 27.5. 1980 unter ungeklärten Umständen hat in Städten wie Corum, Sivas und Malatya zu einer Welle des Terrors seitens der MHP geführt. Allein in Corum wurden innerhalb eines Monats 17 Personen ermordet.

Als die CHP-Fraktion (Republikanische Volkspartei) den inzwischen gescheiterten Mißtrauensantrag gegen die Regierung stellte, drohte Demirel öffentlich: "Wenn dieser Antrag nicht zurückgezogen wird, kann ich die Sicherheit von Städten wie Corum, Sivas und Malatya nicht garantieren!"

Ein Tag nach dem Scheitern des Mißtrauensantrages begann die nach dem bekannten Muster vorbereitete Provokation: Am Freitag (islamischer Feiertag) als die

gläubigen Sunniten zum feierlichen Gebet in den Moscheen versammelt waren, wurden von einem vorbeifahrenden Auto Sprengstoff in den Garten einer noch im Bau befindlichen Moschee geworfen. In Kahramanmaraş hatte man die Bombe in ein Kino geworfen, in dem gerade ein Propagandafilm der MHP lief. Es ist inzwischen gerichtlich bewiesen, daß dieser Bombenanschlag in Kahramanmaraş, der als Auftakt zu dem Massaker diente, von zwei "Grauen Wölfen" verübt wurde. Es gibt Hinweise dafür, daß auch in Corum die gleichen Kräfte am Werk waren. So erklärte der stellvertretende Generalsekretär der CHP, Altan Öymen am 7.7. 1980, daß, obwohl das polizeiliche Kennzeichen des Wagens, aus dem der Sprengstoff geworfen wurde, bekannt ist, der Besitzer dieses Wagens immer noch nicht ermittelt worden ist.

Bereits nach fünf Tagen wurde dies zur Gewißheit: Am 12.7. gab der CHP-Abgeordnete Büttin, bekannt, daß zwei Rechtsextremisten wegen des Bombenanschlages auf die Moschee verhaftet worden sind (Cumhuriyet, 13.7.). Dies ist ein weiterer Indiz dafür, daß in Corum dem faschistischen Angriff der gleiche Plan zugrunde lag, mit dem 1978 in Kahramanmaraş hunderte von wehrlosen Menschen niedergemetzelt wurden.

Der Sprengstoff verursachte nur geringen Sachschaden. Doch sofort tauchten in zahlreichen Moscheen bewaffnete Gruppen auf, die mit dem Aufruf "die Kommunisten brennen unsere Moscheen nieder, die Alaadin-Moschee steht unter Flammen" die Gläubigen zum Kampf aufforderten. Die gleiche Falschmeldung wurde auch von dem Polizeisender mehrere Male wiederholt. Diese Tatsache wird sowohl von der Presse wie auch von Ecevit (Pressekonferenz am 8.7. 1980) und Altan Öymen bestätigt. Öymen sagte wörtlich: "Zahlreiche Polizisten und Polizeioffiziere die durch ihre politische Haltung auch für die früheren Vorfälle wesentliche Verantwortung tragen, haben bei der letzten Provokation eine aktive Rolle gespielt." (Günaydin, 8.7. 1980) An dieser Stelle wollen wir die Ereignisse nicht in Einzelnen schildern und verweisen auf den Augenzeugenbericht des Reporters der rechtsstehenden Zeitung "Hürriyet", den wir unten leicht gekürzt wiedergeben. Dieser Reporter entkam nur durch Zufall den faschistischen Mördern.

Diejenige Aleviten und als "links" bekannte Persönlichkeiten, die man außerhalb der alevitischen Viertel überraschen konnte, wurden samt ihrer Familien auf bestialische Weise umgebracht. Die genaue Zahl der Toten sind unbekannt; es gibt eine große Anzahl von Vermissten, doch werden nur diejenige als tot gemeldet, deren Leiche man finden konnte. Ihre Zahl betrug bei Redaktionsschluß 26. Alle bisher ermordeten sind Aleviten. Es heißt daher, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, wenn von "Zusammenstößen zwischen Rechts- und Linksextremisten" gesprochen wird, wie es zahlreiche bundesdeutsche Blätter tun. In die alevitischen Viertel, die durch Barrikaden abgeriegelt sind, konnten die Faschisten nicht eindringen. Mit Unterstützung der Polizei haben sie jedoch das große Krankenhaus der Sozialversicherungsanstalt (SSK) in Corum besetzt und in ihr Hauptquartier verwandelt. Zahlreiche Personen wurden dorthin verschleppt und nach Folterungen ermordet. Diese Tatsache hat auch Ecevit auf der besagten Pressekonferenz bestätigt (Hürriyet, 9.7. 1980).

Trotz der Ausgangssperre gehen bewaffnete Truppen der MHP in der Stadt umher und brandschatzen die Wohnungen und Geschäfte der Aleviten. Die genaue Zahl der auf diese Weise verwüsteten Gebäude ist bisher unbekannt, dürfte aber über 50 liegen.

Besonders Nachts gehen die Angriffe noch weiter. Tausende von Familien haben die Stadt verlassen. Die Ereignisse von Corum haben die Rolle der faschistischen MHP verdeutlicht. In offener Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst und der örtlichen Polizei wurde ein Massaker inszeniert. Die Regierung Demirel hat nichts unternommen, um die Sicherheit der angegriffenen Bürger zu gewährleisten.

Die MHP wurde in Corum als Terrorinstrument gegen eine große Bevölkerungsgruppe eingesetzt, die bis heute nicht bereit war, die reaktionären und faschistischen Kräfte zu unterstützen. Es soll, wie in Kahramanmaraş, ein Exempel statuiert und der Widerstand der demokratischen Kräfte in Corum und anderen anatolischen Städten gebrochen werden. Es wurde abermals deutlich: Die faschistische MHP kann nur darum ihren Terror ungehindert fortsetzen, weil sie von den Geheimdiensten und den Sicherheitskräften aktiv unterstützt, ja sogar angeleitet wird.

Im Krankenhaus die Augen ausgestochen

Die Greuelthaten der Demirel-Regierung übersteigen das Vorstellungsvermögen eines normalen Menschen. Stellvertretend für Hunderte von anderen Opfern dokumentieren wir hier den Fall des Medizinstudenten Süleyman Atlas, der bereits vor dem Ausbruch des Massakers von der Polizei den Faschisten übergeben und von diesen zu Tode gefoltert wurde.

Am 3.7. 1980 gegen 5.00 Uhr griffen die Faschisten in Corum das Stadtteil Milönü an, wurden jedoch von der Bevölkerung abgewehrt. Während die MHP-Mörder mit ihren Benzin-Kanistern und automatischen Waffen flüchteten, eröffnete ein Panzerspähwagen der Polizei (Diese Panzer wurden im Rahmen der "Hilfs"-programme in der BRD gekauft) das Feuer auf die Verteidiger von Milönü. Der Medizinstudent Süleyman Atlas wurde mit einem Bauchschuß verwundet. Aufgrund der Proteste der Bürger willigten die Polizisten ein, den Verwundeten zum Krankenhaus zu bringen. Er wurde in den Panzerwagen gelegt. Die Polizisten fuhren jedoch zum Krankenhaus der Sozialversicherung, das seit Tagen von den Faschisten besetzt war und als deren Kommandozentrale diente. Man übergab S. Atlas den Faschisten. Hier wurden dem Verwundeten die Augen ausgestochen, in dem man ihm Zigaretten in den Augenhöhlen ausdrückte. Süleyman Atlas wurde an verschiedenen Stellen seines Körpers mit glühenden Eisen durchbohrt. Armeeeinheiten, die nach mehreren Tagen das Krankenhaus durchsuchten, fanden seine verstümmelte Leiche. Seine Mörder blieben unbekannt.

Von den Grauen Wölfen gefangengenommener Reporter der Tageszeitung Hürriyet berichtet über seine Erlebnisse.

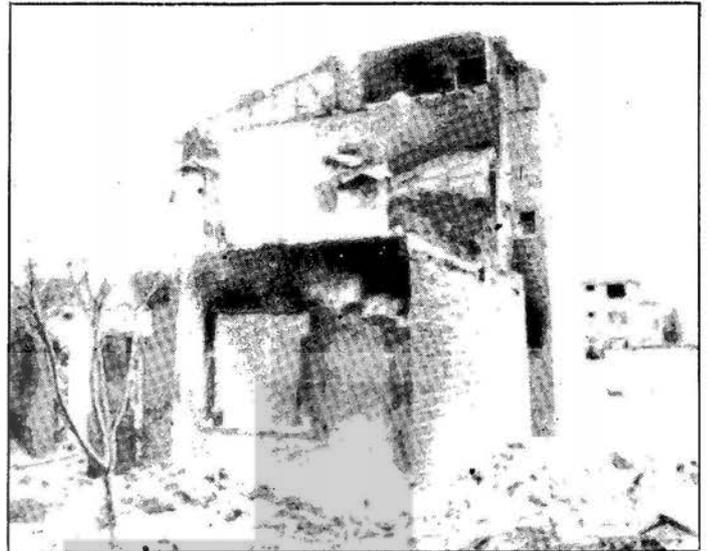
Die Zwischenfälle begannen am Freitag während des Mittagsgebets (wöchentlicher Hauptgottesdienst, A.d.Ü.) in der großen Moschee. Ein unbekannter fuhr mit einem Auto vor der Moschee vor und rief den Betenden zu: "Sie haben die Alaaddin-Moschee in Brand gesetzt. Worauf wartet ihr noch?" Danach fuhr er mit hoher Geschwindigkeit davon. Sofort brach in der Moschee ein Tumult aus, alles lief auf die Straße und machte sich auf den Weg zum Viertel Terlemezevler, wo sich die Alaaddin-Moschee befindet. Dabei wurden Rufe laut: "Sie werden auch die anderen Moscheen in Brand setzen; sie werden Bomben in die Moscheen werfen."

Soweit zu sehen war, waren es tausende, die die Straßen entlang rannten. Auf dem Weg wurden Scheiben eingeschlagen und Eisenstangen verteilt. Unter "Allah, Allah"-Rufen zogen die mit Knüppeln, Gewehren, Pistolen, Messern, Äxten, Schwertern und Eggen bewaffnete Männer zur Moschee. Wer keine Waffe hatte, wurde ermahnt: "Und wo beibt deine Waffe?" Als wir an der Sancaktar-Moschee vorbeikamen, drückte man mir einen dicken Knüppel in die Hand. "Der Glaube wird gewaltsam verfolgt", wurde geschrien, und: "Sind wir denn hier in Moskau, daß man Moscheen anzündet?" Die Spannung der 10.000 köpfigen Menge stieg, man hörte Geschrei und Gebrüll und Schüsse. Vor der Sancaktar-Moschee schlossen sich immer mehr Leute dem Zug an. Aus der Umgebung der Moschee waren Schüsse zu hören. "Das sind die Kommunisten!" schreien die Anführer und befahlen: "Wer keine Waffe dabei hat, holt sich eine Waffe und kommt dann wieder", und feuerten die Menge an: "Und wenn sie auch bewaffnet sein sollten, mit uns ist der wahre Glaube, los. nach Milönü! (von Aleviten bewohntes Viertel, A.d.Ü.)

"Macht die Kommunisten fertig!"

(Der Reporter berichtet; daß die Moschee gar nicht brannte, wohl aber sehr bald die in der Umgebung von Aleviten bewohnten Häuser. Dem Militär gelang es weder durch Drohungen noch durch Warnschüsse, die Menge zu zerstreuen.)

Um nicht von Querschlägern getroffen zu werden, kroch ich am Boden entlang. Ich fragte einen alten Mann: "Opa, wo ist denn die brennende Moschee?" Er antwortete: "diese Gottlosen! Sie haben unsere Moschee in Brand gesetzt" und wies mir den Weg. Kurz darauf passierte es. Ein junger Mann erfuhr von dem Alten, den ich gefragt hatte, daß ich Reporter bin, und schrie sofort: "Das ist ein Kommunist!" Vergebens versuchte der Alte den Jugendlichen zu beruhigen und zum Schweigen zu bringen. Mit einem Knüppel in der Hand übersprang eine Gartenmauer und ging auf mich zu. Dabei rief er seinen an der Straßenecke wartenden Kumpanen zu: "Der da ist ein Kommunist, er ist gekommen, um die brennende Moschee zu fotografieren", und zeigte auf mich.



▲ Faschisten verbrannten die Wohnungen der Aleviten

Sofort stürzten fünf Personen auf mich und verlangten meinen Ausweis. Ich zeigte ihn vor. Ein bonder Jugendlicher mit einem Gesicht voller Pickeln hob seine Eisenstange. "Halt, nicht schlagen, wir bringen ihn zum Verein", sagte ein anderer. Zwei Personen nahmen mich bei den Armen. Man nahm mir den Fotoapparat ab. Wir gingen ein kurzes Stück, bis ich wieder im Mittelpunkt einer anderen Gruppe von diesmal ungefähr 30 Jugendlichen mit Gewehren auf dem Rücken und Knüppeln und Eisenstangen in den Händen stand.

Auch in diesem Kreis machte mein Ausweis die Runde. Sie flüsterten untereinander. "Er kommt aus Yozgat ..." Es war 14.35 Uhr. Einer der Jugendlichen sagte: "Er kommt zwar aus Yozgat, er hat aber keinen Nationalismus in seiner Art. Schlagen wir ihn doch einfach tot!" Darauf schimpfte ein anderer, den ich für den Anführer hielt: "Haltet den Mund! Hier hat niemand außer mir etwas zu sagen!" Ich wurde ausgefragt: "In welchem Stadtteil von Ankara ich wohne, wen ich in Corum kenne, wie die Parlamentsabgeordneten und Senatoren von Yozgat hießen.

Wir gehen durch Straßen, die ich noch nie gesehen hatte, auf der Suche nach einem gewissen "Üzeyir Agabey". Trotz allen Suchens finden wir nicht. Nach dem wir eine Weile hin und her gelaufen sind, erfahren wir, daß "Üzeyir Agabey" sich im Krankenhaus der Sozialversicherung aufhält. Auf dem Weg ins Krankenhaus wird mein Verhör fortgesetzt. Einer will wissen, wen ich von den Führern des (faschistischen, A.d.Ü.) "Nationalistischen Gewerkschaftsbundes" kenne. Ich antwortete: "Wie der Vorsitzende heißt, weiß ich, aber der Name des Generalsekretärs fällt mir jetzt nicht ein."

Terrorzentrale im Krankenhaus

Wir überkletterten das Eisengitter vor dem Krankenhaus. Man setzte mich auf ein Geländer vor dem

Eingang. Der Jugendliche, den ich für den Anführer hielt, bot mir von den Zigaretten an, die er aus seiner Tasche holte: "Rauch, Rauch, es sind gute Samsun (teuerste türkische Zigarettenmarke, A.d.Ü.). Nach dem er mir Feuer gegeben hatte, steckte er mir die Packung zu: "Nimm, Sie sollen dir gehören... Du wirst sie schon noch rauchen." Wir rauchten zusammen. Als ich ihn aber fragte: "Wieviel Tote hat es wohl gegeben?", wurde er wütend. Er schrie mich an: "Hör endlich auf mit dieser Reporterfragerei. Was soll denn das jetzt?" Da kam ein anderer Jugendlicher auf mich zu, dessen Gesicht ich wohl nie vergessen werde. Er hatte einen dünnen Schnur und wulstige Lippen, war blond schwächling und mittelgroß. Als er sagte: "Machen wir den Kommunisten in einem Krankenzimmer fertig", standen mir die Haare zu Berge, der Schweiß brach mir aus allen Poren aus und ich mußte an mein drei Monate altes Kind denken. Ich sagte: "Ich habe ein drei Monate altes Kind... Habt Erbarmen mit mir."

Sie brachten mich ins Innere des Krankenhauses. Alles war voll von Gesinnungsgenossen meiner Bewacher. Es wurde erzählt, daß das Militär erbarmungslos auf die Nationalisten geschossen habe. Auf der Straße vorbeiziehende Soldaten werden von den Fenstern aus beschimpft: "Kommunistische Soldaten" Ich wurde am Arm in ein Zimmer gezerrt. Drei Personen bleiben zu meiner Bewachung; die anderen suchten immer noch Üzeyir Agabey.

In dieser an den Nerven zerrenden Situation sagten mir meine Bewacher immer wieder: "Hab keine Angst, Kollege, Wir sind Muslime. Dir wird kein Haar gekrümmt werden. Deine Sache hängt jetzt davon ab, was für einen Bescheid wir bekommen. Entweder lassen wir dich laufen oder, na, du weiß schon..."

(Es gelingt dem Reporter, mit Hilfe eines zufällig anwesenden Bekannten zu einer Militärstreife zu fliehen, die gerade versucht ins Krankenhaus einzudringen.)

Massaker in İnciraltı

Die Opfer des Blutbades von İnciraltı werden beerdigt. Uniformierte Graue Wölfe ermordeten kaltblütig 6 junge Menschen



In der Türkei müssen alle Gymnasiumabsolventen eine zentrale Aufnahmeprüfung bestehen, falls sie ein Hochschulstudium beginnen wollen. Diese Aufnahmeprüfungen werden einmal im Jahr durchgeführt. Nicht einmal ein Zehntel der Bewerber haben die Aussicht einen Studienplatz zu erhalten. So zum Beispiel beteiligten sich im 1979 über 400.000 Studienplatzanwärter an der zentralen Aufnahmeprüfung. 30.000 wurden aufgenommen. Dieses Jahr lag die Zahl der Bewerber mit 500.000 höher als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Studienplätze nahm aber nicht entsprechend zu. Deshalb hat jeder Bewerber berechnete

Angst, die Prüfung nicht zu bestehen und einer von den zahllosen Arbeitslosen zu werden. Es versteht sich von selbst, daß dieser psychologische Druck die Prüfung zusätzlich erschwert. Um die bedrückende Stimmung und die Prüfungsangst einigermaßen abzubauen, wird jedes Jahr von den Jugendorganisationen am Abend vor der Prüfung in den meisten Städten ein Kulturabend veranstaltet.

Auch dieses Jahr organisierten die Studenten am 12. Juni 1980 im Garten des Atatürk-Wohnheims in İnciraltı bei Izmir eine Kulturveranstaltung. Da in jedem Studentenwohnheim ständig Einheiten der

Kriegsrechtsbehörden stationiert sind, konnten diese die Vorbereitungen stundenlang mit verfolgen und machten keine Anstalten, den Kulturabend zu untersagen. Von einer verbotenen Veranstaltung kann keine Rede sein. Später während sich die Jugendlichen die folkloristischen Darbietungen anschauten, eröffneten die herumstehenden Soldaten plötzlich und ohne Vorwarnung das Feuer. Drei Jugendliche starben sofort. Es brach eine Panik aus. In dieser Situation rief der Feldwebel Hasan Dimici "nicht flüchten, ihr Bengel!" und befahl sich auf den Boden zu legen. Als alle auf dem Boden lagen, wurde das Feuer eingestellt. Man befahl, aufzustehen und feuerte gleich wieder auf die Studenten, die diesen Befehl befolgten. Auch die Studenten, die sich in den Gebäuden befanden und nach dem Massaker ihren verletzten Kommilitonen helfen wollten, wurden angeschossen. Alle Räume, wo man Menschen vermuten könnte, zum Beispiel Zimmer mit brennenden Lichtern und Aufenthaltsräume, wurden unter Feuer genommen. Selbst die benachbarten Häuser wurden nicht verschont. Die Verwundeten mußten zusammen mit den nicht verletzten Studenten bis zum nächsten Morgen auf dem Steinboden liegen bleiben. Zwei der Verletzten verbluteten auf diese Weise. Ein weiterer Verwundeter starb im Krankenhaus.

Die offiziellen Stellen und die rechte Presse versuchten das Blutbad in der Öffentlichkeit so darzustellen, als ob die Angreifenden die Studenten wären und die Soldaten sich nur verteidigt hätten. Innenminister Gülcigil sprach von einem "kommunistischen Angriff". Während diese Lügen verbreitet wurden, bewiesen die Ermittlungen genau das Gegenteil. Bei der Durchsichtung, die kurz nach dem Massaker durchgeführt wurde, fand man bei den Studenten keine Schuß- oder Stech Waffen. Alle sichergestellten Patronenhülsen stammen aus den Waffen, die von der Armee und der Polizei benutzt werden. Keiner der Getöteten oder Verletzten ist weder ein Soldat noch ein Polizist. Das wäre sicherlich anders gewesen, wenn die Studenten das Feuer eröffnet hätten. Der Unteroffizier Necip Pinar, die Feldwebel Hasan Dimici, Özkan Isilgan, Kulkani Abdeloglu, Ismail Topuz, Mehmet Demir, Kaya Albay und mehrere Soldaten wurden später wegen Mordes verhaftet.

Staatsterror gegen Studenten

Die Zeugen des Angriffs sagen aus, daß der Feldwebel Hasan Dimici in die Blutlachen, die die Ermordeten und Verletzten hinterließen, trat und laut lachend sagte: "Mit den Kommunisten haben wir abgerechnet". Nach den Ermittlungen der Kriegsrechtsbehörde in Izmir mußte zugegeben werden, daß der Feldwebel Dimici Mitglied der faschistischen Terrororganisation ÜGD ("Idealistischer Jugendverband") ist und sich an mehreren Aktionen beteiligt hat. Es wurde ferner bekannt, daß die meisten der beteiligten Soldaten und Polizisten der MHP oder ihrer Jugendorganisation ÜGD angehörten.

Der stellvertretende Generalsekretär der CHP (Republikanische Volkspartei), Imadettin Elmas, der an der Spitze einer Delegation seiner Partei die Hintergründe des Massakers untersuchte, erklärte: "Es kann keine Rede davon sein, daß die Studenten mit den

Ordnungskräften zusammengestoßen seien... Die Sicherheitskräfte haben das Feuer auf die Studenten eröffnet und in dem ausbrechenden Panik das Feuer noch verstärkt, sodaß ein Teil getötet und ein anderer Teil verwundet wurde."

"Graue Wölfe" als Ordnungskräfte

Die CHP-Abgeordneten aus dem Wahlbezirk Izmir, Ferhat Aslantas, Kaya Bengisu, bezeichneten das Massaker als eine "verabscheuungswürdige Tat" und sagten weiter: "Dies ist ein Fall des staatlichen Terrors. Die Verantwortung liegt einzig und allein bei der Regierung. Es gibt nicht den geringsten Hinweis für einen Zusammenstoß der Studenten mit den Sicherheitskräften. Gewisse Personen haben die Sicherheitskräfte auf dieses Massaker orientiert. Dieses Ergebnis ist äußerst bedenklich. Bei allen getöteten Studenten befinden sich die Einschußwunden auf dem Rücken."

Dieser Vorfall, der mit dem Tod von 6 unschuldigen Jugendlichen endete, beleuchtete die Methoden, mit denen die Demirel-Regierung "den Terrorismus bekämpft." Man geht nicht gegen die MHP vor, die nachweislich die Hauptkraft des Terrorismus darstellt, sondern mit brutaler und rechtswidriger Gewalt gegen friedliche Menschen. Die Schergen der MHP werden bei diesem staatlichen Terror unmittelbar als uniformierte "Ordnungsmacht" eingesetzt. Wir sehen erneut die enge und vielfältige Verflechtung der faschistischen MHP mit der Polizei, dem Geheimdienst und der Armee.

Es ist kein Zufall, daß dieses Blutbad in Izmir inszeniert wurde. Izmir ist die einzige Großstadt der Türkei, in der die MHP bis heute keinen Fuß fassen konnte und infolgedessen von Terror relativ verschont blieb. Ebenso wie der Angriff von 10.000 schwerbewaffneten Soldaten auf die streikenden Kollegen von Tarsis vor fünf Monaten, soll dieses Massaker die demokratischen Kräfte in Izmir einschüchtern und günstige Bedingungen für die MHP schaffen.

Die "grauen Wölfe", die bis heute Izmir nicht "erobert" konnten, dürfen nun die Stadt unter dem Schutz der Armeeuniformen terrorisieren. Der Terror wird planmäßig vorbereitet und geleitet. Imadettin Elmas sagte: "Mit diesem Massaker will die Regierung einen Vorwand zur Verlängerung des Kriegsrechts in Izmir schaffen."

➡ **MHP stützt sich auf ihre Graue Wölfe in der Armee**



◀ **Bülent Ecevit Vorsitzender der CHP**



Neveshir: Attentat auf Ecevit

Ein drittes Beispiel, daß die Verbindungen zwischen der Demirel-Regierung und dem Terror beleuchtet, bildet das Attentat auf Ecevit und andere führenden Vertreter der Republikanischen Volkspartei (CHP) am 18.6.1980 in Neveshir. In dieser mittel-anatolischen Provinzhauptstadt war der Vorsitzende der CHP, Zeki Tekiner, von den Faschisten ermordet

worden. An seiner Beerdigung nahmen 100 CHP-Parlamentsabgeordnete mit dem ehemaligen Ministerpräsident B. Ecevit an ihrer Spitze teil.

Der Trauerzug wurde mitten in der Stadt von den MHP-Faschisten angegriffen. Sie warfen zuerst mit Steinen und schossen dann auf Ecevit und seine Begleiter. Dabei wurden zahlreiche Personen verwundet, unter ihnen die Abgeordneten Yücel Akinci (schwerverletzt), Burhan Galip Sanli, Burhan Ecemis, Hayri Mumcuoglu, Mustafa Tekin. Erst nachdem die Abgeordneten selbst ihre Pistolen gezogen und in die Luft geschossen hatten, griffen die "Sicherheitskräfte" ein.

Die CHP-Abgeordneten erklärten gegenüber der Presse, daß die Verantwortung für diesen Anschlag bei dem Gouverneur von Neveshir, Ali Fevzi Aloglu, liegt. Aloglu, der durch seine offene Parteinahme für die "Grauen Wölfe" die Provinz Neveshir in eine der Stützpunkte der MHP verwandelte, gehört zu jenen 67 Provinzgouverneuren, die Ende 1979 von der Demirel-Regierung neu ernannt wurden. Ein Tag nach diesem Anschlag wurde bekannt, daß der Gouverneur die Freilassung von 117 Personen angeordnet hat, die im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch festgenommen worden waren.

MHP-Bezirkvorsitzender posiert mit Pistole in der Hand ▶

YOZGAT: von "Privatarmee" der MHP besetzt!



Am 17. Juni brachte die rechtsgerichtete "Hürriyet" einen Bericht über die zentralanatolische Stadt Yozgat, in der Ruhi Bacanli, der Provinzvorsitzende der MHP (die faschistische "Partei der Nationalistischen Bewegung") stolz erklärt, daß er mit seinen 5.000 Anhängern die ganze Stadt kontrolliert und ohne sein Wissen und Erlaubnis niemand die Stadt betreten kann. Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen ließ Bacanli sich mit einer Pistole in der Hand vor dem Ortsschild fotografieren. Damit bestätigte dieser redselige "Graue Wolf" die Worte von Ecevit, der vor wenigen Wochen erklärt hatte, daß "Yozgat von den Faschisten besetzt worden ist". Tatsächlich gehört diese Provinzhauptstadt zu einer Reihe von mittel-anatolischen Städten, in denen die "Graue Wölfe" mit aktiver Unterstützung der staatlichen Organe ihr eigenes Terrorregime errichtet haben.

Bacanli erklärte gegenüber dem "Hürriyet"-Reporter wörtlich: "Wir haben hier das erreicht, was der Staat nicht erreichen konnte. Wir haben einen Nachrichtendienst errichtet, im Moment verfüge ich über 5.000 Mann. Diese verfolgen jeden, der nach Yozgat kommt, auf Schritt und Tritt. Den Böswilligen gönnen wir

keine Atempause. ... Woher wir die benötigten Waffen beschaffen? Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Was machen Sie, wenn Sie Wasser brauchen? Sie legen einen Brunnen an. Wie sie den Umgang mit den Waffen lernen? Ich gebe ein anderes Beispiel: Was macht man, um einem Nichtschwimmer das Schwimmen beizubringen? Man wirft ihn ins Meer, damit er Schwimmen lernt..."

In dieser besetzten Stadt werden die demokratisch eingestellten Bürger ständig bedroht. Das Parteigebäude der CHP (Republikanische Volkspartei, d.h. die Partei mit der größten Fraktion im Parlament) wurde am 28.5. 1980, am Tage der Ermordung von Gün Sazak, einem führenden MHP-Funktionär, gestürmt und gleicht seither einem Trümmerhaufen. Kein CHP-Mitglied traut sich dahin. Alle Geschäftsinhaber müssen die "Graue Wölfe" regelmäßig mit "Spenden" unterstützen. In den Schulen werden MHP-Publikationen zwangsweise verkauft. Die Bewohner von Yozgat vermuten, daß viele der steckbrieflich gesuchten faschistischen Mörder sich in Yozgat aufhalten, da hier die MHP-Anhänger zahlreiche Wohnungen der von ihnen vertriebenen Familien besetzt haben.

Fatsa: Armee gegen die Bevölkerung eingesetzt

Fatsa, eine kleine Stadt an der Schwarzmeerküste, wurde seit dem 11. Juli die Zielscheibe einer der aufwendigsten Militäroperationen der letzten Jahre. "Milliyet" am 11. Juni 1980: "Motorisierte Einheiten der Armee und der Gendarmerie aus den benachbarten Provinzen sind in Begleitung von 50 Panzern in Fatsa eingedrungen. Dabei trafen die Armeeeinheiten auf keinen Widerstand. Lediglich einige Straßensperren mußten geräumt werden.

An den Hausdurchsuchungen sind auch maskierte Personen in Zivil beteiligt. Die von ihnen gezeigten Häuser werden mit besonderer Gründlichkeit durchsucht. Auf Fragen erklärte einer der Militärbefehlshaber: "Wir haben keine Kriterien für Festnahmen. Jeder, der verdächtig aussieht, wird festgenommen."

Während ähnliche Maßnahmen in Corum ausblieben, wo die "Grauen Wölfe" mindestens 26 Personen ermordeten und ganze Stadtteile verwüsteten, wurden in Fatsa ohne jeden Anlaß 390 Personen festgenommen - einschließlich des unabhängigen Bürgermeisters, dessen Amtsführung sogar durch führende Vertreter der Gerechtigkeitspartei (die Partei des Ministerpräsidenten Demirel) und der orthodox-islamischen Nationalen Heilspartei am Ort lobend erwähnt wird.

Der Grund für diesen Angriff auf die Bevölkerung in Fatsa: Die MHP konnte sich trotz enorme Anstrengungen in der Stadt nicht etablieren. Die traditionell fortschrittlich eingestellte Bevölkerung sorgte durch selbst organisierte Komitees für ihre eigene Sicherheit und ließ die aus anderen Städten geschickten MHP-Kommandos nicht herein. So hatte Fatsa in den letzten Monaten als einziger Ort in der Umgebung keine terroristischen Aktivitäten zu vermelden.

Mehrere Tageszeitungen berichten aus Fatsa, daß die Festgenommenen, vor allem der Bürgermeister Fikret Sönmez und seine engsten Mitarbeiter, schweren Folterungen ausgesetzt werden. Nicht einmal ihre Familienangehörigen werden über Gesundheitszustand bzw. Verbleib der Verhafteten informiert. "Hürriyet" vom 19. Juli meldete auf der ersten Seite: "Der Vater des verhafteten Bürgermeisters von Fatsa, der sich seit Tagen um eine Besuchserlaubnis bemühte, erlag einer Herzattacke."

In einer Erklärung am 18. Juli machte der Verteidigungsminister A.I. Birincioglu noch einmal deutlich: "Operationen wie in Fatsa werden fortgesetzt." Und Demirel am gleichen Tag bei einer Grundsteinlegung in Samsun: "Hinter Anarchie, Terror, Separatismus und Zerstörungswut steht der Kommunismus. Hier kann es keine Zweifel geben."

Es bleibt noch zu erwähnen, daß am Ende dieser gesetz- und rechtswidrigen Operation, nach tagelangen Hausdurchsuchungen und Folterungen alles



in allem 4 Jagdgewehre und 33 Pistolen gefunden wurden (die rechtsgerichtete "Milli Görüs" erklärte, daß diese Menge in jedem beliebigen Dorf der Türkei gefunden werden kann) und gegen 8 Personen Haftbefehl erlassen wurde (Milliyet, 20.7. 1980).

Die "Operation von Fatsa" hat neue, unumstößliche Beweise für die Zusammenarbeit zwischen den MHP-Faschisten und den staatlichen "Sicherheitskräften" geliefert. Die maskierten Zivilisten, die gemeinsam mit der Polizei und der Gendarmerie (siehe unser Bild) die Hausdurchsuchungen und die Festnahmen vornehmen, wurden zuerst als "Angehörige des Geheimdienstes M.I.T." bezeichnet (Hürriyet, 14.7. 1980). Als jedoch ein mutiges Mädchen mit dem Ausruf "du bist doch ein Faschist!" einem dieser Geheimdienstangehörigen die Maske vom Gesicht riß, stellte es sich heraus, daß es sich um einen steckbrieflich gesuchten "Idealisten" (parteiöffentliche Bezeichnung für MHP-Mitglieder und Sympathisanten) handelte.

In kurzer Zeit konnten auch die anderen maskierten Personen identifiziert werden. Laut "Hürriyet" (17.7. 1980) sind es Yilmaz Gezer, Sener Güven, Halil Ibrahim Kavci und Ahmet Hosgönül. Die Zeitung "Cumhuriyet" meldete bereits am 13.7. 1980 die Namen von Fikri Sentürk, Naim Keskin, Cengiz Tamza und Sedat Sadi. Damit war klar: Diese Geheimdienstangehörigen, die tagelang bei der Festnahme von fast 400 Personen eine führende Rolle gespielt hatten, waren alle bekannte MHP-Mitglieder oder Anhänger, für die wegen verschiedener Verbrechen Haftbefehle ausgestellt worden waren.

Dieser Vorfall in Fatsa bestätigt erneut die von Türkei-Informationen wiederholt angeführte Tatsache, daß:

1. hinter dem Terror der Geheimdienst steckt;
2. zahlreiche Geheimdienstangehörige in der MHP und deren Ableger aktiv sind;
3. die Demirel-Regierung diese Verfilzung kennt und deckt.

Wir würden gerne erfahren, was Herr Bundesfinanzminister Matthöfer, der am 19.6. 1980 im Bundestag von der Notwendigkeit sprach, die Demirel-Regierung in ihrem Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen, angesichts dieser Tatsachen zu sagen hätte.

27 SPD Abgeordnete: Bedenken gegen die "Türkei-Hilfe"

Einigen Wirbel verursachte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein Vorstoß von 27 SPD-Bundestagsabgeordneten, als sie bei den Beratungen über den Nachtragshaushalt am 19. Juni 1980 im Bundestag einen eigenen, von der Fraktionsführung nicht genehmigten Antrag zur Türkei-Frage einbrachten.

"Zu einer der ganz wenigen öffentlich ausgetragenen Kontroversen innerhalb der Koalitionfraktionen von SPD und FDP" (Süddeutsche Zeitung) war es gekommen, als einen Tag vor der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes etwa 20 SPD-Parlamentarier erklärten, sie könnten der Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei nicht zustimmen, weil die Wahrung der Menschenrechte in der Türkei nicht gesichert sei. Sie machten auf die wachsenden Aktivitäten rechtsextremistischer Terroristen und auf die Verfolgung der kurdischen und anderen Minderheiten in der Türkei aufmerksam. Als sie drohten, den Nachtragshaushalt aus diesem Grunde abzulehnen, setzte der Fraktionsvorsitzende Wehner für den nächsten Tag eine Sondersitzung der Fraktion ein, zu der auch der Bundeskanzler hinzugezogen wurde. In dieser Sitzung einigte sich "Fraktionsmehrheit" darauf, in der Debatte zum Nachtragshaushalt die folgenden Punkte "zum Ausdruck zu bringen":

Der Bundestag erwarte

- daß die türkische Regierung der Beachtung der Menschenrechte besondere Aufmerksamkeit widme,
- daß die Wirtschaftshilfe mit Vorrang zur Besserung der sozialen Bedingungen der breiten Schichten eingesetzt werde,
- daß die Militärhilfe ausschließlich zur Erfüllung von NATO-Verpflichtungen verwandt werde.

Nach Ansicht der SPD-Fraktionsführung, die die Mehrheit schnell hinter sich bringen konnte, sollten sich die SPD-Abgeordneten mit dieser unverbindlichen Erklärung an die Regierung begnügen, die in der Haushaltsrede des finanzpolitischen Sprechers der SPD, Lothar Löffler, vorgetragen wurde. Doch die 27 SPD-Abgeordneten, die sich mit belanglosen Erwartungserklärungen nicht abspeisen lassen wollten, bestanden darauf, diese Resolution als Entschließung vom Bundestag verabschieden zu lassen.

In einer Stellungnahme vom 19. Juni 1980 nannte es der Juso-Vorsitzende Willi Piecyk beschämend, wenn die Jugend der Bundesrepublik mit ansehen müsse, "wie das Parlament mit den Stimmen der SPD-Fraktion Finanzhilfe an einen Staat wie die Türkei gewährt, dessen Entwicklung eindeutig in Richtung Faschismus geht".

Aus den Protokollen des Bundestages vom 19. Juli 1980

Einige charakteristische Auszüge aus den Protokollen des Bundestages machen deutlich, welches Verständnis

von Demokratie und Menschenrechten einigen Abgeordneten zueigen ist:

GÄRTNER (FDP)

Dieser Antrag hätte schon im vorigen Jahr gestellt werden müssen. Als aber der Kollege Ecevit in der Türkei regierte, haben sie diesen Antrag hier nicht gestellt. Ich sage Ihnen auch dies, Herr Kollege Coppik: Wenn Sie hier in der Fragestunde über die Problematik der Minderheitenverfolgung in der Türkei reden, dann sagen Sie bitte auch, daß Minderheiten in der Türkei gelegentlich - beispielsweise durch ihre Rauschgiftschmuggel - in unserem Lande erheblichen Schaden anrichten.

(Beifall bei der FDP und der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin nicht bereit diese doppelböckige Strategie mitzumachen. Unterstellen Sie doch nicht all denen, die hier diesen Antrag ablehnen, sie seien für undemokratische Verhältnisse in der Türkei!

(Beifall bei allen Fraktionen—Glos, CDU/CSU: Sehr gut! Zugabe!)

COPPIK (SPD)

Der vorliegende Nachtragshaushaltsplan sieht eine Rüstungssonderhilfe für die Türkei in Höhe von 170 Millionen DM in diesem Jahr sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 490 Millionen DM zum gleichen Zweck für die nächsten Jahre vor. Im Zusammenhang damit steht die vorgesehene Hilfe von zusätzlich 330 Millionen DM für die Türkei.

Begründet wird dieses ungewöhnlich großzügige Hilfsvorhaben mit außenpolitischen Notwendigkeiten und der präkeren wirtschaftlichen Situation der Republik Türkei. Wenn die Bürger unseres Landes der Türkei so erhebliche Mittel zur Verfügung stellen sollen, dann erscheint es erforderlich, daß in diesem Parlament auf die problematische Seite dieser Hilfe und auf die Erwartungen, die wir mit einer solchen Hilfe verbinden müssen, angesprochen werden. Probleme gibt es genug: Abgesehen von dem Mord und Terror der zwischen den verschiedenen politischen und religiösen Gruppierungen in der Türkei herrscht und inzwischen auch auf die Bundesrepublik übergreift, wissen wir, daß auch die staatlichen Polizei- und Militärorgane in der Türkei vor schwerer Menschenrechtsverletzungen nicht zurückschrecken.

Die überprüften Berichte von Amnesty International sprechen von laufenden willkürlichen Verhaftungen, von Aussageerpressungen durch Folter auf den Polizeistationen und in den Gefängnissen. Elektroschoks, Bastonade, Vergewaltigung, Schläge mit Sandsäcken sind Methoden, gegen die von den übergeordneten staatlichen Stellen nichts unternommen wird. Dazu kommt auch die Verfolgung und Unterdrückung nationaler Minderheiten. Es werden aber nicht nur

nationale Minderheiten, sondern auch religiöse Minderheiten unterdrückt, z.B. auch die Minderheit der Christen.

Ich selbst bin bei einem privaten Besuch in der Türkei vor kurzem mit Opfern schwerer Folterungen auf Polizeistationen konfrontiert worden. Ich bin auch einem anderen besonders verwerflichen Fall einer Menschenrechtsverletzung begegnet, wo die türkische Polizei ein zweijähriges Kind als Geisel genommen hat, um die Festnahme des Vaters herbeizuführen.

Nun gibt es Leute, die sagen: Das ist alles sehr schlimm, aber wenn wir nur noch mit Länder Beziehungen unterhielten, die die Menschenrechte strikt einhalten, dann wären das zum Schluß nicht mehr allzu viele, mit denen wir solche Beziehungen aufrechterhalten könnten.

Nur glaube ich, daß man mit dem Hinweis darauf die besondere Problematik der Türkei nicht ad acta legen kann, aus Gründen, worin sich die Türkei von den anderen Fällen unterscheidet. Wir liefern der Türkei auch Waffen und Gerätschaften, Ausrüstungsgegenstände also, die auch zu menschenrechtsverletzenden Aktionen im eigenen Land verwendet werden könnten. Deshalb sind wir verpflichtet, alles zu unternehmen, damit dies nicht geschieht. Sonst würden wir uns mitschuldig machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb halte ich es für erforderlich, daß der Deutsche Bundestag etwas zu den Erwartungen erklärt, die wir mit der Türkei-Hilfe verbinden. Diesem Zweck dient die vorgelegte Entschließung.

Nun hat der Kollege Löffler im Namen der SPD-Fraktion die gleichen Erwartungen geäußert. Ich glaube aber, daß das Parlament insgesamt dazu berufen ist, hierzu eine eindeutige Äußerung abzugeben.

Ich bitte um die Unterstützung der Entschließung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

PORZNER (SPD)

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat durch ihren Sprecher, Herrn Löffler, die Bundesregierung aufgefordert, die weiteren Verhandlungen mit der Republik Türkei im Sinne dieser Erwartungen zu gestalten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat nicht beschlossen, daß der Bundestag eine solche Erklärung beschließen soll. Ich bitte Sie deswegen, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dr. RIEDL (MÜNCHEN) (CDU/CSU)

Die CDU/CSU-Fraktion schließt sich dem Antrag des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion an. Wir lehnen den von dem Fraktionsvorsitzenden der Linken innerhalb der SPD-Fraktion, dem Kollegen Coppik, begründeten Gruppenantrag ab.

(Dr. Jenninger CDU/CSU: Moskauer Fraktion!)

Dieser Antrag ist eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sagen ja zur Türkei-Hilfe, weil wir wissen, daß mit dieser Hilfe die sozialen Verhältnisse in der Türkei

verbessert werden können, weil damit die Feinde der Türkei von Rechts und Links bekämpft werden und die Türkei so rasch wie möglich wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren möchte. Nur so kann die Türkei ihre Aufgabe an der Südostflanke der NATO erfüllen.

(beifall bei der CDU/CSU)

FR. SCHUCHARDT (FDP)

...Deshalb begrüßt meine Fraktion ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, die Türkei in diesem Sinne zu unterstützen. Wenn aber eine Gruppe der SPD trotz dieser eindeutigen Willenserklärungen der Koalitionsfraktionen auf diesem Antrag besteht so muß dies andere Gründe haben.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU— Haase
Kassel—CDU/CSU: Sehr gut!)

Soll damit erreicht werden, daß all denjenigen, die der Aufforderung, diesen Antrag zu unterschreiben, nicht gefolgt sind oder ihm möglicher Weise zustimmen werden, unterstellt werden soll, sie würden nicht ernsthaft gegen Menschenrechtsverletzungen kämpfen? Ich halte dies - das sage ich ganz ehrlich - für eine unerhörte Strategie.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU und
bei Abgeordneten der SPD— Kolb, CDU/
CSU: Und mit solchen Leuten regieren Sie!)

Allerdings finde ich es auch danebengeriffen, Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu verneinen. Damit überhaupt kein Mißverständnis entsteht: Von jemandem, an den wir Waffen liefern, weil er Mitglied der NATO ist, erwarten wir, daß er peinlich auf die Einhaltung der Menschenrechte achtet. Herr Coppik, Sie haben mit Recht auf die Unterdrückung von Minderheiten hingewiesen. Wo war eigentlich ihr Antrag als Herr Ecevit an der Regierung war und diese Minderheiten ebenfalls unterdrückt waren? Meine Damen und Herren, der Hauptanteil der Finanzhilfe aber geht in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes selbst.

Einäugigkeit führt zum Verlust des perspektivischen Sehens. Perspektive ist aber notwendige Voraussetzung, um eine positive Entwicklung in der Zukunft einzuleiten.

GANSEL (SPD)

Lassen Sie mich nach den letzten Diskussionsbeiträgen der Kollegin Schuchardt und des Kollegen Riedl, die eine ganz neue Koalition in Menschenrechtsfragen hier haben sichtbar werden lassen,

(Zurufe von der CDU/CSU)

Es entsprach unserem Stil im Umgang miteinander, zu fragen, ob auch in der FDP dieser Antrag mitgetragen werden könnte.

Deshalb begreife ich nicht, warum hier jetzt aus taktischem Kalkül eine Absetzungsbewegung vorgenommen wird. Es wird in Zukunft schwer werden vor den Wählern und vor sich zu erklären, warum man in dieser bedeutenden Frage es nicht zu einem Beschluß des Deutschen Bundestages hat kommen lassen wollen.

Im übrigen werden die Antragsteller dem Nachtragshaushalt insgesamt und in den entscheidenden Abstimmungen zustimmen, der ja eine Vertrauenserklärung für unsere Regierung ist.

Wir werden gestützt auf den Beschluß unserer führenden und verantwortlichen Regierungsfraktion, der ja hier von den Sprechern Löffler und Porzner vorgetragen worden ist und mit unserem Antrag identisch ist, daraufhinwirken, daß politische Erwartungen

an die türkische Regierung mit den Hilfeleistungen verbunden bleiben im Interesse der Menschen in der Türkei, im Interesse ihrer demokratischen und sozialen Rechte und im Interesse des Friedens.

(Beifall bei den Abgeordneten der SPD)

FOLTER: Anwaltskammer zu Istanbul appelliert an die Weltöffentlichkeit

Die reaktionäre Demirel-Regierung geht Hand in Hand mit den Generälen in den Kriegsrechtsbehörden an die Verwirklichung ihres Plans, die demokratische Opposition mit staatlichem Terror einzuschüchtern, ja sogar zu vernichten. Seit geraumer Zeit gehören die Folterungen auf den Polizei- und Militärstationen zur Tagesordnung, um auch von Unschuldigen angebliche Wahrheiten herauszufoltern, auf Grund derer sie und ihre vermeintlichen Mitläufer zu hohen Kerkerstrafen verurteilt bzw. auf die Liste der "sofort zu erschießenden Terroristen" gesetzt werden können. Regierung und Parlament wurden - wie bereits im vergangenen Heft berichtet -, von den Anwaltskammern des Landes sowie von fast allen demokratischen Berufs-

verbänden über die ständigen Folterungen der politischen Gefangenen in zahlreichen Berichten informiert, ohne daß sie irgendeine Resonanz verbuchen konnten. Mittlerweile hat auch die "amnesty international" der türkischen Regierung in einer Erklärung schwere und systematische Folterungen vorgeworfen. Amnesty bezieht sich bei ihren Vorwürfen auf die Untersuchungsergebnisse einer Kommission, die von ihr in die Türkei entsandt wurde und in der Zeit vom 19. bis 30. Mai mit zahlreichen Opfern der Folterungen, mit Vertretern der politischen Parteien, Rechtsanwälten, Ärzten, Gewerkschaften und Journalisten Gespräche führte.

APPELL DER ANWALTSKAMMER ISTANBUL IN WORTLAUT

Rechtsstaat in Gefahr

Gemäß dem Artikel 2 unserer Verfassung ist die Türkische Republik ein "demokratischer Rechtsstaat, dessen wesentlich Grundsätze auf die Menschenrechte gestützt sind". Der Rechtsstaat ist aber ein Staat, der alle Anstrengungen unternimmt, um die volle Sicherheit der Person zu garantieren. Das heißt, daß jeder in seinem Haus und bei seiner Arbeit geschützt ist, das Recht jedes Menschen auf Leben gewährleistet wird, sowie bis zum Nachweis seiner Schuld die Unschuld jedes angeklagten vermutet wird. Niemand darf gequält oder gefoltert werden und es dürfen keine Strafen, die nicht mit der Menschenwürde übereinstimmen, ausgesprochen oder vollzogen werden. (Verfassung Art. 14)

Untersuchungshaftvollzug

Aber wir sehen heute, daß diese Grundsätze mit Hartnäckigkeit zertreten werden. Der Rechtsstaat funktioniert nicht mehr. Wer, wann, wohin gebracht wird, ist von der Gnade der Verwaltung abhängig. Bei jeder Verhaftungswelle werden hunderte von Personen festgenommen und in Untersuchungshaft gesetzt. Massenuntersuchungshaft gehört zu unserem Alltag. In diesem Moment ist diese Zahl auf mehrere Tausende aufgeschwollen. Obendrein ist die Zahl derer ungewiß, die in Untersuchungshaft genommen, anschließend dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, und derjenigen, die daraufhin auf Beschluß des Richters verhaftet oder entlassen wurden. Man weiß auch nicht, wie lange die Entlassenen in Untersuchungshaft gehalten werden. Selbst die Angehörigen der Personen, die in Untersuchungshaft genommen wurden, werden darüber nicht informiert. Aus diesem Grund befinden sich viele Eltern, Ehepartner und Geschwister in quälender Ungewißheit und Sorge. Jedoch müssen gemäß Artikel 30 unserer Ver-

fassung bei der Festnahme einer Person (wie auch bei der Verhaftung) "die Verwandten sofort informiert werden". Aber dieser Verfassungsartikel wird nicht beachtet. Das heißt, die Grundprinzipien der Verfassung werden mißachtet.

Die Folterungen

Außerdem verletzen die Vernehmungen in der Untersuchungshaft zutiefst die öffentliche Moral. An unsere Rechtsanwaltskammer gerichtete Beschwerden sind voll mit fürchterlichen Vorfällen. Aufgrund der anwaltlichen Tätigkeit unserer Kollegen und Berichte, die an Zeitungen gegeben wurden, steht eindeutig fest, daß während der Vernehmungen in der Untersuchungshaft Folter angewendet wird. Wir erfahren täglich von derartigen Ereignissen. Gesuche, Berichte, Bilder werden vorgezeigt. Nach diesen Erzählungen werden die Beschuldigten splitterackt ausgezogen, auf Steinböden gelegt und mit Wasser bespritzt. Danach werden die Häftlinge insbesondere an den Ge-

schlechtsorganen, den Kinn oder den Ohrfläppchen mit Elektroschoks gefoltert. Auf ihren Körpern werden glimmende Zigaretten ausgedrückt. In das Gesäß werden Gummiknüppel gesteckt. Bastonade und Prügel sind wie Identitätsfeststellung ein unzertrennlicher Teil des Verhörs geworden. Diese Behandlungen muß der Beschuldigte solange erdulden, bis er bereit ist, eine "vorher abgefaßte Aussage" zu unterschreiben. Diejenigen, die sich weigern, diese "Aussagen zu unterzeichnen, werden Bedrohungen verschiedenster Art ausgesetzt; so steckt man ihnen den Pistolenlauf in den Mund oder droht, sie zu erhängen oder aus dem Fenster zu werfen.

Manchmal hören wir, daß ein Beschuldiger die Fensterscheiben zerbricht und sich von den 5. Stockwerk des Polizeipräsidiums herunterstürzt. (Ahmet Özdil's Zustand, der aus dem 5. Stockwerk des Polizeipräsidiums von Manisa gestürzt ist, Tageszeitung Aydinlik von 19.4.1980)

Manchmal erfährt die Öffentlichkeit, daß ein Beschuldiger, der in polizeilicher Gewahrsam war, dadurch Selbstmord begangen haben soll, daß er ein irgendwo gefundenes Seil zuerst in vier dünnere Stricke zerteilt, diese dann wieder zusammengeknotet und mit Hilfe dieses Seils sich erhängt haben soll. (Recep Estik's Tod in Kücükköy Polizeiwache, Tageszeitung Günaydin von 16.4.1980)



↑
Bastonade: Vorstufe zu Folterungen.

Viele der Opfer der Folter durch Bastonade werden Krüppel

An einem anderen Tag wird veröffentlicht, daß ein Beschuldigter in Ankara, 1. Polizeiabteilung, Zelle Nr. 8 "auf dem Steinboden liegend aufgefunden und sofort ins Krankenhaus transportiert worden sei, daß er aber im Krankenhaus gestorben sei". In dem gleichen Schaubericht steht "Innere Gehirnhautblutung" (Yasar Gündogdu's Zustand, der in Ankara in der 1. Polizeiabteilung starb, Tageszeitung Cumhuriyet von 21.4.1980)

Ein Kranker, der Student in der medizinischen Fakultät Diyarbakir ist, wurde, als er in Untersuchungshaft war, im Koma in die Medizinische Fakultät Diyarbakir, Numune Krankenhaus gebracht. Aber dieser Kranke dessen Zustand sehr kritisch war, wurde trotz aller Warnungen nicht im Krankenhaus behalten und nach 2 Stunden zurückgebracht. (Tahir Besen's Zustand, Beschwerde des Zentralrats der Türkischen Ärztesunion)

Diesem Geschehen müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit widmen:

Wir fordern die ganze Gesellschaft auf, ihr Augenmerk auf diese Vorfälle zu richten. Warum so ein 25 jähriger Mensch sich erhängen oder aus dem Fenster stürzen? Aus welchen Gründen soll es zu einer Gehirnhautblutung kommen, wenn der Häftling alleine in seiner Zelle war?



Diese Fragen müssen natürlich eine Antwort haben. Bis alle eine Antwort erhalten und die Verantwortlichen Rechenschaft ablegen, müssen diese Fragen gestellt werden. Bis die Folterer ans Tageslicht gebracht werden und im Haß der Gesellschaft ersticken.

Es muß einen Grund geben, der die Beschuldigten soweit bringt, daß sie sich aus dem Fenster werfen, sich erhängen oder die Köpfe gegen die Wand schlagen, daß es zu einer Gehirnhautblutung kommt. Allein Qual und Folter, die nicht mehr auszuhalten ist, kann einen Menschen veranlassen, als einzigen Ausweg einen derartig schrecklichen Tod zu wählen.

Wir müssen wahrnehmen, daß diese Untersuchungshaftverhöre ein beängstigendes Problem geworden ist. Jeder, der behauptet, er verteidige den Rechtsstaat, muß zur Lösung dieses Problems seinen Beitrag leisten. Allein das Abstreiten, das es derartige Verhöre gäbe, ist dafür nicht ausreichend. Schon das Gerücht, daß Folter angewendet würde, müßte in einem Rechtsstaat lebende Menschen in Unruhe versetzen. Wenn ein Arzt in Anwesenheit von Journalisten schreit: "Sie haben mich 15 Tage lang gefoltert", dann werden alle Menschen durch die dem Gefolterten zugefügten Qualen in ihrer Menschlichkeit zutiefst verletzt. Als Mitglieder dieser Gesellschaft müssen wir Sorge tragen, daß kein Mensch mehr solche Grausamkeiten erdulden muß. Nur das Abstreiten allein ist nicht ausreichend, sondern es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die die Anwendung von Folter unmöglich machen.

Wenn wir die Folter verhindern wollen

Die Rechtsanwaltskammer Istanbul sieht es als ihre Aufgabe an, öffentlich zu erklären, daß in unserem Land gefoltert wird und viele Aussagen in Untersuchungshaft durch diese Foltermethode zustande kommen. Wir schulden es unserer Menschlichkeit, daß wir uns gegen eine derartige unwürdige Behandlung wehren. Ein Weg dies zu verhindern ist die präzise Anwendung des Zusatzartikel Nr. 3 der Strafprozeßordnung (StPO), sowie die Respektierung des Verteidigungsrechtes.

Nach dem Zusatzartikel Nr. 3 darf bei allen politischen Delikten nur der

Staatsanwalt das Verhör durchführen. Wir, als Rechtsanwaltskammer verlangen, daß dieser Artikel streng beachtet wird. Alle Beschuldigten von politischen Delikten sollen nicht Polizeikräften, sondern direkt dem Staatsanwalt vorgeführt werden. Als zweiten Punkt fordern wir, daß die Beschuldigten mit ihren Verteidigern immer Kontakt halten können. Es gibt auch keine Vorschrift, nach der die Verteidiger nur im Gerichtshof ihren Beruf ausüben können. Ohnehin würde so eine Vorschrift unlogisch sein. Nur im Gerichtshof, in dem der Beschuldigte vor Gewaltmaßnahmen weitgehend geschützt ist, dem Verteidiger seine anwaltlichen Rechte zu geben, bei der polizeilichen Vernehmung aber von einem zwingenden Anwesenheitsrecht des Anwalts abzusehen, führt zu einer Aushöhlung des Rechtes auf Verteidigung. Es ist ein unabdingbares Verteidigungsrecht, daß die

Verteidigung zu dem gleichen Zeitpunkt wie die Anklage anfängt. In den USA und in vielen anderen Ländern wird das Recht der Verteidigung auf diese Weise gehandhabt. Unsere Gesetze verbieten nicht, daß der Beschuldigte, der in Untersuchungshaft ist, mit seinem Verteidiger spricht. Im Gegenteil, nach Artikel 2 des Rechtsanwaltsgesetzes wird dieses Recht dem Beschuldigten und seinem Verteidiger eindeutig gewährt. Allerdings gibt es in der StPO eine Bestimmung wonach den Prozeß vorbereitenden Maßnahmen geheim zu halten sind. Daraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß dem Verteidiger während dieses Untersuchungsverfahrens das Recht verwehrt wird, bei der Vernehmung seines Klienten anwesend zu sein. Geheimhaltung bedeutet nicht, daß man den Beschuldigten vor seinem Verteidiger versteckt.

Denkbar wäre allenfalls die Geheim-

Dokument: Der Fall Recep Estik. Von der Polizei zu Tode gequält

An die Staatsanwaltschaft
G. Osmanpasa

Kläger: Mesut Estik, Yildirim Mah., Akyar sokak 58

Opfer: Recep Estik, Anschrift wie oben

Beschuldigt: Die Beamten, die sich in der Nacht vom vergangenen Freitag zum vergangenen Samstag auf der Polizeiwache Kücükköy aufhielten. Sie haben meinen Sohn Recep zu Tode gefoltert und anschließend seinen Tod als Selbstmord ausgegeben.

Tatbestand: Folter auf der Kriegerrechtskommandantur und Folter und Mord auf der Polizeiwache Kücükköy.

Erklärung: Bei der Durchsuchung durch Sicherheitskräfte wurde bei meinem Sohn eine Pistole gefunden, eine weitere bei einer anschließenden Hausdurchsuchung in unserer Wohnung. Daraufhin wurde mein Sohn zunächst auf die Kriegerrechtskommandantur gebracht, dort geschlagen und gefoltert. Dann wurde er auf die Polizeiwache Kücükköy gebracht, wo er weiter gefoltert wurde. Später übergab man mir die Leiche meines Sohns mit der Behauptung, er hätte Selbstmord begangen.

Ich kann es mir nicht vorstellen, daß mein Sohn in der Haft einen Strick hätte finden können, an dem er sich hätte erhängen können. Ich bin der Überzeugung, daß die Beamten, aus welchen Gründen auch immer, meinen Sohn erhängt haben, um anschließend einen Selbstmord vorzutäuschen.

Die Leiche befindet sich noch im Leichenschauhaus. Ich bitte, die Leiche gezielt auf Folterspuren zu untersuchen, und zwar unverzüglich, bevor eventuelle Spuren verblassen. Des weiteren bitte ich um die Aufnahme von Untersuchungen zur Erhärtung des Mordverdachts gegen die obigen Beamten.

Unterschrift des Klägers: Mesut Estik

haltung eines Zeugen oder eines Beweismittels. Da das Verteidigungsrecht ein gesetzliches Recht darstellt, muß ein dieses Recht einschränkendes Verbot klar und eindeutig formuliert sein. In Anbetracht der Tatsachen, daß die Gesetze den Kontakt des Beschuldigten mit seinem Verteidiger nicht ausdrücklich verbieten, kann ein derartiges Verbot aus dem in der StPO niedergelegten Geheimhaltungsgrundsatz nicht hergeleitet werden. Eine derartige Auslegung des Geheimhaltungsgrundsatzes, die momentan praktiziert wird, ist rechtswidrig und dem Zeitgeist unseres Jahrhunderts nicht angemessen. Die Umstände, die dem

Beschuldigten, dem ein Schweigerecht zusteht, zum Sprechen veranlaßt haben, dürfen vor dem Verteidiger nicht verheimlicht werden. Dieser Rechtsauffassung, die den anwaltlichen Schutz des Beschuldigten verhindert, verursacht die objektiven Umstände der Folter. Um diese Folter zu unterbinden, müssen erst diese objektiven Umstände aus dem Weg geräumt werden.

Wir, als Rechtsanwaltskammer Istanbul mahnen alle Verantwortlichen. Bis eine Gerichtspolizei, die direkt an die Staatsanwaltschaft gebunden ist, eingeführt wird, müssen

die Staatsanwälte die Verhöre der Beschuldigten anläßlich politischer Delikte selbstdurchführen. Es muß auch veranlaßt werden, daß jeder Beschuldigte, der in Untersuchungshaft ist, unbedingt mit seinem Verteidiger in Kontakt sein kann. Solange diese Maßnahmen nicht getroffen werden, wird immer die Anwendung von Folter möglich sein. Es liegt auf der Hand, daß während der Untersuchungshaft zustande gekommenen Aussagen angezweifelt werden können, ob sich nun mit oder ohne Zwang zustande gekommen sind. Deswegen rufen wir die gesamten Staatsanwälte und juristischen Berater auf, diese Zweifel zu klären.



KEMAL TÜRKLER auf der Mai-Kundgebung
in Istanbul 1977

FÜHRENDER GEWERKSCHAFTER TÜRKLER VON FASCHISTEN ERMORDET

Am 22. Juli 1980 um 9.40 Uhr Ortszeit wurde in Istanbul der Vorsitzende der Metallarbeiter-Gewerkschaft Maden-Is, Kemal Türkler, von zwei Terroristen ermordet. Der auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung gut bekannte Kemal Türkler war einer der angesehensten Gewerkschafter unseres Landes.

Mit dem Mord an Türkler erreicht der faschistische Terror in der Türkei einen neuen, gefährlichen Höhepunkt. Die Gewerkschaft Maden-Is gehört zu den größten Einzelgewerkschaften der Türkei und stellt das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung des Landes dar. 27.000 ihrer Mitglieder befinden sich seit März in einem harten Streikkampf (siehe den Bericht auf der nächsten Seite). Maden-Is steht traditionell an vorderster Stelle im Kampf gegen die faschistische Gefahr, für Demokratie und sozialen Fortschritt.

Kemal Türkler, der seit 27 Jahren der Vorsitzende von Maden-Is war und zehn Jahre als Vorsitzender des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK diente, hat bei der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei eine maßgebliche Rolle gespielt. Weder mit Gefängnis und Terror, noch mit Versprechungen und Zugeständnissen konnten die Herrschenden seine Treue zur Sache der arbeitenden Menschen erschüttern. Die demokratischen Kräfte unserer Heimat werden seine großen Verdienste im Kampf um die gewerkschaftliche und politische Einheit der Arbeiterbewegung und bei der Erkämpfung der demokratischen Rechte nicht vergessen.

Als ein engagierter Friedenskämpfer war Kemal Türkler Mitglied des Weltfriedensrates und Vorstandsmitglied des Friedenskomitees der Türkei.

Fortsetzung Seite 48



Interview mit Mehmet Karaca, Generalsekretär der Metallgewerkschaft MADEN-IS

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Mehr als 60.000 Kollegen in der Türkei, in der Mehrzahl Mitglieder von MADEN-IS, aber auch in Textil- und Glaserei-Bereich organisierte Arbeiter befinden sich im Streik. Um welche Ziele geht es dabei?

KARACA— In den letzten zwei Jahren ist die Inflationsrate ins Unermeßliche gestiegen. In dem Zeitraum von Februar 1978 bis Februar 1980 erreichte sie 248 Prozent. Dies bedeutete für die großen Monopolesellschaften, die sogenannten "Holdings" Superprofite, während die Löhne auf dem Stand von 1978 geblieben sind. Vor allem ist die Haltung des Metallunternehmerverbandes MESS nach wie vor unnachgiebig. Sie lehnt sogar Verhandlungen über einen gerechten Inflationsausgleich ab, von einer Lohnerhöhung ganz zu schweigen. MADEN-IS beschloß daher, ab Mitte März 52 Betriebe zu bestreiken, in denen über 23.000 Kollegen beschäftigt sind. Im Laufe der vergangenen Wochen sind mehrere dazu gekommen. Unsere Forderungen lauten:

- Eine Lohnerhöhung, die die Kaufkraft effektiv anheben kann. Ihre Anpassung an die inflationsbedingten Lohneinbußen muß gewährleistet werden. Die Mindestlöhne sind entsprechend anzuheben;
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die durch-

Gegen Hunger und Terror: 60 000 Kollegen im Streik

Mehmet Karaca

ist der Generalsekretär der größten Einzelgewerkschaft der Türkei, der 90.000 Mitglieder zählenden Metallarbeitergewerkschaft MADEN-IS. Gegründet 1947, zählt sie zu den Gründungsmitgliedern und gilt als Hauptstütze des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK. Als klassenorientierte und parteienunabhängige Gewerkschaft erwies sich MADEN-IS bereits in den vergangenen Jahren als eine kampfstärke, erprobte Organisation, der in der demokratischen Bewegung des Landes eine zentrale Bedeutung zukommt. Das Interview entstand bei einem Besuch Mitte Juni in der Bundesrepublik, während dessen Karaca auf mehreren Solidaritätsveranstaltungen der FIDEF-Vereine zugunsten der streikenden Kollegen in der Türkei sprach.

schnittlich 47 Stunden beträgt; Verlängerung des Jahresurlaubs;

- Sicherung der Arbeitsplätze; Kündigungsschutz gegen Massenentlassungen; der in Tarifverträgen verankert werden muß;

- Durchsetzung der Sicherheitsbestimmungen in allen Betrieben; Verminderung der Krankheits- und Unfallgefahren, die von Jahr zu Jahr sprunghaft steigen.

Seit der Ernennung des früheren MESS-Vorsitzenden Korkut Özal zum obersten Finanzberater der Demirel-Regierung und den eingeleiteten Maßnahmen, die von der Bevölkerung als "Hungerkatalog" bezeichnet werden, hat sich die Lage der Lohnabhängigen drastisch verschlechtert.

Den Widerstand gegen den wirtschaftlichen Terror der Monopole und ihrer Regierung betrachten wir als ein Teil des antifaschistischen Kampfes in unserem Land. Die von den Monopolen verursachte Krise erweist sich für sie äußerst gewinnträchtig. Die wichtigsten von ihnen konnten in den letzten beiden Jahren ihre Nettogewinne fast verdoppeln. Demgegenüber wird die Haltung der Unternehmer durch die Regierung direkt unterstützt, in dem sie ihrerseits die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften absichtlich in die Länge zieht, oder aber Tarifvereinbarungen vorschlägt, die den von dem Internationalen Währungsfond (IWF) diktierten Bedingungen entsprechend sehr niedrig liegen. Die der DISK (Progressiver Gewerkschaftsbund -die Redaktion) angegliederten Gewerkschaften leisten Widerstand, damit die Arbeiter die Last dieser von den Monopolen und ihren Regierungen verursachten Krise nicht mehr allein tragen müssen.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Welche Auswirkungen haben die hauptsächlich von den OECD-Ländern und dem IWF gewährten Kredite auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung?

KARACA— Die Bedingungen, an die diese Kreditzusagen geknüpft werden, führen dazu, daß sich die Lage der Werktätigen weiter verschlimmert. Der IWF schreibt der Regierung z.B. vor, daß die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sehr niedrig gehalten werden. Ebenso werden die Einfrierung der Löhne auf einem bestimmten Niveau und Massentlassungen in den staatlichen Betrieben gefordert. Die Folgen dieser Maßnahmen für die arbeitende Bevölkerung liegen auf der Hand. Diese Vorschriften tragen direkt dazu bei, daß die Massenkaufkraft immer weiter sinkt. Die Minderheitsregierung der Gerechtigkeitspartei Demirels vertritt ausschließlich die Interessen des Großkapitals, der ausbeutenden Minderheit. Sie ist daher besonders willig, die besagten Vorschriften zu erfüllen und die gewährten Kredite in erster Linie zugunsten der Monopole und Großunternehmen einzusetzen. Es besteht gar der Trend, sogar die gewinnbringenden staatlichen Unternehmen zu privatisieren.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Mit welchen Schwierigkeiten und Unterdrückungsmaßnahmen hat die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei zu kämpfen?

KARACA— Seit der Verhängung des Kriegsrechts sind die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Werktätigen weiter eingeschränkt worden. Ohnehin waren jedoch die gewährten Freiheiten im Vergleich zu anderen NATO-Staaten sehr begrenzt. Die gewerkschaftlichen Rechte können nicht von den politischen Rechten getrennt werden. Der gewerkschaftlich geführte Kampf der Arbeiterklasse unseres Landes gilt der Verteidigung und dem Ausbau der bereits erkämpften Rechte.

Die von Mussolini's Strafgesetzbüchern übernommenen Paragraphen 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches sind nach wie vor in Kraft und üben die Funktion eines Damokles-Schwerds über allen demokratischen Kräften und Gewerkschaften aus, in dem ihnen immer wieder vorgeworfen wird, ihre Handlungen bzw. Ansichten könnten der Propagierung der Herrschaft einer Klasse über eine andere dienen. Doch auch in Bezug auf gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Angestellten gibt es zahlreiche gesetzliche Beschränkungen.

Die Kriegsrechtskommandanten haben Streiks im öffentlichen Dienst verboten. Ebenso verboten sind z.B. das Verteilen von Gewerkschafts- und anderen fortschrittlichen Zeitungen, das Anbringen von Transparenten an den bestreikten Betrieben, die den Grund des Streiks zum Ausdruck bringen sollen, und sogar das Auftreten von mehr als zwei Personen auf dem Betriebsgelände, obwohl dies für Steikposten ihre schutzlose Auslieferung an die Rechtsextremisten bedeutet.

Die Demirel Regierung kann im Augenblick jedoch nicht wagen, direkt einen Lohnstopp zu verfügen. So wird versucht, durch eine Gesetzesvorlage "flexible Lohnabschlüsse" einzuführen, die angeblich Lohn-

einbuße der Lohnabhängigen angleichen soll. Doch gilt dieses Vorhaben offenkundig der vorgesehenen staatlichen Reglementierungen der Gewerkschaften. So sind auch gleichzeitig die Pläne der Demirel-Regierung bekanntgeworden, nach denen keine Tarifverträge ohne Genehmigung des im Amt des Ministerpräsidenten gegründeten Koordinierungsausschusses abgeschlossen werden können.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Welche Dimensionen hat der faschistische Terror in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung angenommen?

KARACA— Über die Anzahl der Terroropfer, die täglich den Anschlägen zum Opfer fallen, gibt es unterschiedliche Angaben. Aber selbst die bürgerlichen Massenmedien, die zumindest die nicht mehr zu verschweigende Todesfälle bekanntgeben, sprechen davon, daß täglich zehn Menschen ihr Leben bei Terroranschlägen verlieren. Der faschistische Terror richtet sich gegen die Arbeiter und Gewerkschafter in den Betrieben, gegen Jugendliche und Lehrer in den Lehranstalten, aber zusehends auch gegen Journalisten, Rechtsanwälte und Professoren, um in der Öffentlichkeit schließlich Resignation zu erzeugen. Aber zahlreiche Morde an Arbeitern und Jugendlichen erscheinen nicht in der Presse, als wären diese Morde ganz gewöhnliche Vorfälle. So kann z.B. ein Arbeiter, der auf einer Streikveranstaltung in seinem Betrieb spricht oder Transparente oder Plakate anbringt, erschossen werden; der Todesschuß kann sogar von einem Polizisten oder Soldaten abgegeben worden sein. Auch Jugendliche, die bei Veranstaltungen oder in öffentlichen Cafes ihre soziale Probleme zur Sprache bringen, laufen Gefahr getötet zu werden. Uns liegen zahlreiche Berichte dieser Art vor. Die Presse spielt dann diesen Terror durch eine kurze Meldung herunter, in der gesagt wird, daß bei einer Auseinandersetzung jemand getötet worden sei. Der staatlich geduldete Terror hat in den letzten Wochen zunehmend Provinzvorsitzende und Vorstandsmitglieder der Parteien erfaßt. Während auf der einen Seite der faschistische Terror zunimmt, verbreitet sich auch der Staatsterror, den die in den DISK-Gewerkschaften organisierten Kollegen besonders deutlich spüren.

Führende Gewerkschafter des Landes wurden in den vergangenen Monaten mehrfach inhaftiert, Verhören und Folterungen ausgesetzt. Die Anschuldigungen beruhen in den meisten Fällen auf den eben erwähnten Paragraphen 141 und 142. Als ein Beispiel des repressiven Charakters der Demirel-Regierung und der Kriegsrechtsbehörden könnte ich einen Fall erwähnen: Im Dezember 1979 wurde der geschäftsführende Vorstand unserer Gewerkschaft noch während unseres Kongresses zusammen mit der Kongreßleitung verhaftet, weil ein Arbeiterchor auf dem Kongreß unter anderem auch "die Internationale" gesungen hatte. Wir wurden erst nach wochenlanger Inhaftierung freigelassen. Die Kriegsrechtsbehörden hatten keine Schwierigkeiten, sogar einige Professoren aufzutreiben, die dem Gericht ein Gutachten vorlegten, demnach allein das gemeinsame Singen "der Internationale" gegen die Gesetze in der Türkei verstößt. So primitive Auszüge trägt der plumpe Antikommunismus der Herrschenden in der Türkei heute.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Können Sie die Berichte über Folterungen auf den Polizeistationen und Gefängnissen bestätigen?

KARACA— Bereits in den Jahren 1975-1978, als die Nationalistische-Front-Regierung unter Demirel unter der direkten Beteiligung der MHP herrschte, gelang es der MHP, dessen Vorsitzender Türke den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidete, vor allem im Polizeiapparat bewußte Faschisten einzusetzen. Sie erreichte dabei so wichtige Schlüsselpositionen, daß unter der Demirel-Regierung heute diese Praxis fortgesetzt werden kann, während demokratisch eingestellte Polizeibeamte in strategisch unwichtige Gebiete zwangsversetzt werden. Die heutige Foltermethoden unterscheiden sich von den bisherigen. Es gibt heute praktisch keine Festgenommene mehr, die bei der politischen Polizei waren und nicht gefoltert wurden. In den letzten Wochen wurden einige Beispiele durch die Anwaltskammer Istanbul, und dann durch internationale Organisationen der demokratischen Öffentlichkeit auf der ganzen Welt bekannt gemacht. Über Folterungen, bei denen den Opfern die Augen verbunden werden, damit sie später die Täter nicht identifizieren können, liegen Dokumente und zahlreiche ärztliche Atteste vor.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Welche Perspektive ergibt sich aus der Sicht eines engagierten Gewerkschafters für die Türkei in den kommenden Monaten?

KARACA— Die Gefahr einer faschistischen Machtübernahme ist in der Türkei ernsthaft vorhanden. Offensichtlich haben die herrschenden militaristischen Kreise gewisse Bedenken bei der langfristigen "Befriedung" der innenpolitischen Situation der vom Ausland abhängigen Türkei - doch es gibt genügend Kräfte innerhalb der faschistischen Bewegung, die eine bleibende faschistische Diktatur zielbewußt anstreben. Die von der Gerechtigkeitspartei Demirels ins Parlament gebrachte Gesetzentwürfe bedeuten eine erhebliche Verschärfung der staatlich legitimierten Unterdrückung. Einer von ihnen ist der Gesetzentwurf für den "Kriegs- und Krisenfall", der die Verhängung des Kriegsrechts überflüssig machen soll, in dem sie ständige Unterdrückung durch "zur Gesetzeskraft erhobene Erlasse und Verordnungen" gewährleistet. In der Präambel des Entwurfes wird ausdrücklich festgelegt, daß das Gesetz schon im Falle einer Krise innerhalb der NATO-Länder ohne weiteres angewandt werden kann. Dies ist ein überzeugender Beweis für die Politik des Großkapitals in der Türkei, durch einen mühsam kaschierten, halb militaristischen Staatsapparat mit parlamentarischer Fassade die von den demokratischen Kräften errungenen Rechte vollends abzuschaffen und den Terror weiter auszubauen.

Doch die geschlossene Streikfront von mehr als 60.000 Kollegen insgesamt zeigt erneut, daß die arbeitende Bevölkerung unseres Landes nicht bereit ist, die auferlegten Ketten hinzunehmen. Die Gewerkschaften im DISK haben wiederholt erklärt, daß sie entschlossen sind, dem Faschismus aktiven Widerstand zu leisten. Alle demokratischen Organisationen des Landes, wichtige Berufsverbände, Bauernorganisationen,

Jugend- und Frauenverbände solidarisieren sich mit den streikenden Arbeitern. Dies ist ein ermutigendes Zeichen für die Einheit der demokratischen Kräfte in der Türkei in dem Kampf gegen die faschistische Gefahr. Denn der Kampf unserer Gewerkschaften kann nicht von dem antifaschistischen Kampf isoliert betrachtet werden. Die einzigen Nutznießer der sich vertiefenden Krise und einer faschistischen Diktatur sind die Großkonzerne. Wir gehen daher davon aus, daß die Errungenschaften unserer Streikbewegung die Absichten der Großkonzerne durchkreuzen werden.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Welche Art von Unterstützung können unsere Kollegen im Ausland für die streikenden Kollegen in der Türkei leisten? Was ist von der europäischen Öffentlichkeit zu erwarten?

KARACA— Die Solidarität unserer Kollegen im Ausland mit dem antifaschistischen Kampf in der Türkei spielt eine sehr wichtige Rolle. Bei der Aufklärung der europäischen Öffentlichkeit über die Geschehnisse in unserem Land und über ihre Ursachen haben sie erhebliche Arbeit geleistet. Ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen in der Türkei stellten sie bereits bei der Streikbewegung im Jahre 1977 unter Beweis. Wir haben bei dieser Reise festgestellt, daß wir weiterhin mit dieser konkreten Solidarität rechnen können.

Zu berücksichtigen sind die engen Bindungen der Türkei als NATO- und OECD-Mitglied zu den europäischen Ländern. Auch die herrschenden sind sich bewußt, daß eine offen faschistische Diktatur in der Türkei langfristig in Europa negative Wirkungen auslösen könnte. Wir registrieren die von der demokratischen Öffentlichkeit in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, den demokratischen Kräften in der Türkei entgegengebrachte Solidarität mit großer Genugtuung. Doch müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die gesamte europäische Öffentlichkeit in bezug auf die Türkei wach zu rütteln oder zumindest ihre bis jetzt vermißte Empfindlichkeit zu erhöhen. Für die aufrichtige, tatkräftige Ermutigung, die uns durch die Demokraten im Ausland zuteil wird, möchten wir uns als ein Teil der demokratischen Kräfte unseres Landes und im Namen unserer Mitglieder ausdrücklich bedanken.

Monopole und Auslandskapital hinter Metall-Industriellenverband "Mess"

Die Metallindustrie weist in der Türkei den höchsten Grad der Kapitalkonzentration auf. 103 der 300 größten Firmen der Türkei befinden sich in diesem Industriezweig. Von den Arbeitern, die in der privaten verarbeitenden Industrie beschäftigt sind, waren 1977 40,7 Prozent in der Metallindustrie beschäftigt. Die überwiegende Mehrheit der dreißig größten Kapitalgruppen des Landes betätigt sich in der Metallindustrie. Von den 115 Betrieben, für die gegenwärtig Tarifverhandlungen zwischen MESS und MADEN-IS geführt werden, stehen 48 Prozent unter der direkten Kontrolle der größten Monopole. In diesen Betrieben arbeiten 74 Prozent der 35.000 Arbeiter, die MADEN-IS gegenüber MESS vertritt. Wenn auch diejenigen Betriebe hinzugefügt werden, die zwar kapitalmäßig unabhängig sind, aber als Lieferanten bzw. als Abnehmer indirekt den Monopolen unterworfen sind, steigt der Anteil der Arbeiter, die vom Monopolkapital kommandiert werden, auf 85 Prozent.

Der "Verband der Metallindustriellen" (MESS) wurde 1959 von fünf Unternehmern gegründet. Die Monopolgruppen, die in den sechziger Jahren ihre ökonomische Vorherrschaft durchgesetzt haben, versuchen seit Anfang der siebziger Jahre, die Unternehmerverbände, darunter auch den MESS, unter ihre Kontrolle zu bringen. Das gelang ihnen 1976. Heute sitzen im Vorstand des Verbandes der Metallindustriellen ausschließlich die Vertreter der großen Monopole. Der Vorstand setzt sich aus zwei Vertretern der Koc-Holding, zwei Vertretern der Is-Bank-Gruppe, einem Vertreter der Ercan-Holding, einem Vertreter der Anadolu-Endüstri-Holding, einem Vertreter der OYAK-Gruppe, einem Vertreter der Eregli-Demir-Celik und einem Vertreter der Gruppe Celik Endüstri zusammen. Obwohl die kleinen und mittleren Firmen die Mehrheit der MESS-Mitglieder bilden, haben sie keine Vertreter im Vorstand. Die Monopole zwangen dem MESS eine Vernichtungsstrategie gegenüber der Metallgewerkschaft MADEN-IS. Daß dabei auch viele ihrer kleineren Mitglieder unter die Räder kommen, ist für

sie ein zusätzlicher Anreiz. Seit 1977 wurden die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie durch die unnachgiebige Haltung des MESS außerordentlich verschärft. Der Aussperrungsfonds wurde mit Unterstützung des türkischen Arbeitgeberverbandes (TISK) auf eine Milliarde TL erhöht. 1977 kam es zu dem größten Streik in der Geschichte der Türkei, die nach 250 Tagen mit dem Sieg der MADEN-IS endete.

Deutsche Monopole

Die gegenwärtigen Streiks der Metaller in der Türkei richten sich neben dem türkischen Großkapital auch gegen die ausländischen Monopole, die eng mit jenen zusammenarbeiten. Die Ableger der "Multis" spielen innerhalb von MESS eine führende Rolle. Die Metallindustrie, insbesondere die "Produktion" langlebiger Konsumgüter wie z.B. Kühlschränke, Waschmaschinen und Autos durch die Montageindustrie ist eine der bevorzugten Anlagesphären des ausländischen Kapitals. Von den insgesamt 100 ausländischen Firmen, die in der Türkei aktiv sind, befinden sich 38 in der Metallindustrie. Der Anteil des ausländischen Kapitals beträgt in der Fahrzeugproduktion über 44 Prozent, in der Branche der elektrischen Apparate und Geräte über 40 Prozent.

In die gegenwärtigen Tarifkämpfe sind vier Firmen verwickelt, die mehrheitlich deutschen Monopolen gehören: Das sind zwei Betriebe der Siemens (Türk Siemens und Simko), ein Betrieb der Robert Bosch A.G. (Robert Bosch) und ein Betrieb der Mannesmann A.G. (Mannesmann Sümerbank Boru Endüstri). Auch die M.A.N. ist durch ihre türkische Tochtergesellschaft (M.A.N.), an der sie allerdings keine Mehrheitsbeteiligung besitzt, dabei. Darüber hinaus gibt es fünf Betriebe, die durch Lizenzverträge u.s.w. mit bundesdeutschen Monopolen verbunden sind. Von den 115 Betrieben, die zur Zeit in die Tarifverhandlungen mit MESS einbezogen sind, sind 24 in der einen oder anderen Weise von ausländischem Kapital abhängig.

Zur Situation der Lohnabhängigen

Die wirtschaftliche Krise hat insbesondere die Situation der Lohn- und Gehaltsempfänger außerordentlich verschlechtert. Die durchschnittlichen Reallöhne (netto) waren bereits vom September 1977 bis September 1979 um 46 Prozent *gesunken* (Pressebulletin der Gewerkschaft MADEN-IS, April 1980 Seite 30). Die drastischen Preiserhöhungen der Demirel-Regierung, die unter dem Vorwand der "Sanierung der Wirtschaft" und im Auftrag des Internationalen Währungsfonds

(IWF) verfügt wurden, haben nach Aussagen des Handelsministers, Halil Basol, im ersten Vierteljahr von 1980 zu einer weiteren Preissteigerung von 43 Prozent geführt (Middle East Economic Digest, 19.5.1980, Seite 45). Beobachter erwarten für das ganze Jahr 1980 eine Inflationsrate von 120 Prozent.

Was bedeuten diese Preissteigerungen konkret? Um eine Vorstellung von der Situation zu geben, wollen wir den Lohn eines Metallarbeiters bei der Firma

**Maden-Is-Kollegen
vor einem bestreikten
Metall-Betrieb
Die Kriegsrechtskom-
mandanten verboten
jegliche Zusammen-
künfte vor den
bestreikten Betrieben,
doch ihre Gewehre
können die Solidarität
nicht brechen.**



Arcelik betrachten. Die Firma Arcelik gehört zur Monopolgruppe Koc-Holding. Es werden Kühlschränke und Waschmaschinen hergestellt. Koc-Holding ist die zweitgrößte Monopolgruppe der Türkei.

Im Februar 1978 verdiente ein Metallarbeiter bei Arcelik im Monat durchschnittlich 7717 TL netto. Diese Summe schließt alle Leistungen ein. Im Februar 1980 war der nominal Lohn auf 9026 TL gestiegen. Doch im gleichen Zeitraum nahmen die Verbraucherpreise in Istanbul um 348 Prozent zu, sodaß die Kaufkraft des Metallers auf ein Drittel reduziert wurde. Mit anderen Worten, der Reallohn sank um 66 Prozent (Pressebulletin der Gewerkschaft MADEN-IS, April 1980, Seite 35). Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß die offiziellen Preisindizes äußerst unzuverlässig sind. Die Mieterhöhungen werden z.B. nicht berücksichtigt, obwohl die Mietausgaben mehr als die Hälfte der Haushaltseinkommen verschlingen.

Diese Zahlen zeigen jedoch "nur" die relative Verschlechterung. Was kann man über die tatsächliche Versorgungslage sagen? 1978 kostete ein Kühlschrank, der von den Kollegen in Arcelik produziert wurde, 5200 TL. Das heißt, ein Arbeiter mußte im Durchschnitt 0,67 Monat arbeiten, um einen Kühlschrank kaufen zu können. Im Februar 1980 hingegen kostete ein Kühlschrank der gleichen Firma 35.000 TL. Für dessen Kauf mußte unserer Metaller 3,88 Monate arbeiten. Fügen wir hinzu: bei den klimatischen Verhältnissen der Türkei ist ein Kühlschrank kein Luxus sondern eine Notwendigkeit.

Hungerlöhne für Arbeiter

Ein Kilo Fleisch kostete im Februar 1980 über 325 TL. Vor zwei Jahren hatte es nur 92 TL gekostet. Die Miete für eine armselige Wohnung in einem "Gecekondu-Viertel" beträgt 3000 TL monatlich*. Selbst wenn wir davon ausgehen, daß eine sechsköpfige Arbeiterfamilie sich schließlich von Brot und Zwiebeln ernährt, kostet dieses "Diät" 6300 TL monatlich, das sind genau 70 Prozent des gegenwärtigen Lohnes bei Arcelik. Ein Textilarbeiter verdient erheblich weniger: zwischen 3000 und 4000 TL monatlich.

Unter diesen Umständen ist die Forderung der MADEN-IS bezüglich der Lohnhöhe mit 18.840 netto monatlich (einschließlich aller Leistungen) bescheiden.

Sie würde zu einem Reallohn führen, der mit 93 Prozent knapp unter dem Einkommensniveau vom Februar 1978 liegt. Die zu erwartenden Preissteigerungen sind noch nicht berücksichtigt! Der Verband der Metall-Industriellen (MESS) dagegen bietet Lohnerhöhungen an (netto 13.381 TL), die lediglich 66 Prozent der Reallohne von Februar 1978 erreichen.



Zwei Kolleginnen als Streikposten vor dem großen Textil-Betrieb "Neyir" in Istanbul

* "Gecekondu" ist die Bezeichnung für selbstgebaute Hütten und Häuser, die auf fremden Böden und ohne Baugenehmigung errichtet werden und oft nicht einmal Wasser-, Strom- und Kanalisationsanschluß haben. Über die Hälfte der Bevölkerung der Großstädte in der Türkei lebt in den ausgedehnten "Gecekondu"-Vierteln

Das Gebot der Stunde: Solidarität mit den streikenden Arbeitern in der Türkei!

Der große Streik erfordert enorme finanzielle Mittel. In den Vorbereitungen dieses Arbeitskampfes war es den Kollegen von MADEN-IS klar, daß ihre Gewerkschaft nur eine sehr geringe Streikunterstützung wird zahlen können. Es wurde beschlossen, daß jeder Streikende monatlich 1500 TL (das sind knapp 37 DM!) erhalten soll. Selbst diese geringe Unterstützung bedeutet eine schwere Belastung für den Streikfond der Gewerkschaft: Denn 25.000 Metallarbeiter befinden sich bereits seit Mitte März im Streik.

Angesichts dieser Situation hat FIDEF am 20.6. 1980 zu einer Solidaritätskampagne mit den streikenden Kollegen aufgerufen. Innerhalb von knapp zwei Wochen wurden mehr als 10.000 DM gesammelt und in die Türkei geschickt. Wir rufen unsere Leser dazu auf, diese Kampagne durch Spenden zu unterstützen und geben die Nummer des von FIDEF eingerichteten Sonderkontos an:

Bank für Gemeinwirtschaft – BLZ 300 101 11 – Konto-Nr. : 15 55 82 34 02

Für Luxuswagen des Fabrikantensohnes muß ein Arbeiter 263 Jahre arbeiten

**Auch das ist die Türkei: Hungerlöhne für Arbeiter,
Super-Mercedes für das Unternehmersöhnchen**

„Türkei-Informationen“ belegen, wie das „Sanierungsprogramm“ der Demirel-Regierung die Lohn- und Gehaltsempfänger buchstäblich zum Hungern verurteilt. Das ist der eigentliche Inhalt der Wirtschaftspolitik, die von IWF, OECD, der Bundesregierung bis hin zum Handelsblatt und der Frankfurter Allgemeinen als „mutige Schritte zur Beschränkung des Konsums“ gelobt wird. Man zwingt die werktätigen Menschen unseres Landes mit Kriegsrecht und Terror dazu, die Folgen einer Politik auszubaden, die sie nicht zu verantworten haben und die sie stets kritisiert und bekämpft haben.

Doch damit nicht genug: während ein Angestellter oder Arbeiter sich und seine Familie dem Hunger preisgegeben sieht, verdoppeln sich die Gewinne der Großkapitalisten. Eine kleine parasitäre Schicht streicht hunderte von Millionen ein und weiß nicht, wie sie das Geld ausgeben soll. Auch hierzu ein Beispiel:

Am 6.7. 1980 meldete das rechtsstehende Boulevardblatt „Hürriyet“, daß in Istanbul der Sohn eines Textilfabrikanten seinen Privatwagen, einen Mercedes 450 SLC zum Verkauf angeboten habe. Als Verkaufspreis verlangte der Fabrikantensohn 11,5 Millionen TL, das sind ca. 230.000 DM. Die Zeitung berichtet ferner, daß sich sogleich nach der Annonce eine große Anzahl von Interessenten gefunden haben.

Ister inanin ister inanmayin...



5.0 450 SLC MERCEDES

SATICIK

Bu Mercedes 11,5 milyon lira

● "Bu araba sadece ucuzmasını bilmez" diyen Mercedes'in satışına, "Peşin 11 milyona bırakırm. Takvii olarak 6,5 peşin, ayda bir milyon. Tamamı 11,5" diyor. Aktimizde bulunuyor.

BEKLENDİ, bu modelin var da bu araba 11,5 milyon lira satılmıyor" diye sorulduğunda cevap, "kaldırılmış araba sadece 6000 bir üvüpe satılır."

"Kendisi, bu araba sadece ucuzmasını bilmez, başka ne istemek istiyor."

"Türkiye'de en zenginler" tabiriyle rekabetsiz yarışın getirdiği Mercedes'in satışını, Şişli'deki Çarşı Sarayı'nda...

(Devamı 11. Sayfada)

Diese Zeitungsmeldung ist nur ein kleiner Hinweis auf die ungeheuren Summen, die die türkischen Großkapitalisten zum Schaden der großen Mehrheit der Bevölkerung verschwenden. Zum Vergleich sollte man wissen, daß ein Textilarbeiter (z.B. der Firma Örme-Is in Istanbul) nach 23-jähriger Arbeit nur 3642 TL im Monat verdient, (DISK-Dokumentation, April 1980). Das bedeutet, daß dieser Arbeiter, wenn er sein gesamtes Einkommen dafür verwenden könnte, mehr als 263 Jahre arbeiten müßte, um allein den Wagen des Fabrikantensohnes bezahlen zu können.

In Erinnerung ist auch, das im November 1978 drei Diebe bei Einbrüchen in Villen von einigen „angesehenen Unternehmern“ Juwelen in Wert von (damals) 40 Millionen erbeuteten. Berücksichtigt man ferner, daß selbst der verrückteste Playboy nicht sein gesamtes Vermögen in einen einzigen Wagen steckt, sondern zumindestens entsprechende Villen, Motorboote, Kleidung, Mattressen usw. haben wird, und daß er schließlich lediglich ein Mitglied der Fabrikantenfamilie ist, so kann man über den Daumen gepeilt die Luxusaufgaben dieser einzigen Familie gut und gern mit 100 Millionen TL ansetzen. Für diese Summen müßte ein Textilarbeiter, der z.B. seit 11 Jahren arbeitet und monatlich 3200 TL verdient (auch dieses Beispiel geben wir aus der Firma Örme-Is, Istanbul) mehr als 2604 Jahre arbeiten. Dabei sind die produktiv angelegten Vermögensteile der Fabrikantenfamilie noch nicht berücksichtigt.



GESAMTMETALL Hand in Hand mit MESS

Angesichts der Ereignisse in der Türkei betrachten wir es als eine unserer dringlichsten Aufgaben, die Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei zu propagieren. Das ist um so notwendiger, als die türkische und die deutsche Reaktion bereits seit Jahren eng zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit hat zahlreiche Formen und umfaßt viele Gebiete. In jedem Fall ist sie aber gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unserer Länder gerichtet.

Der unten zitierte Auszug aus einem Bericht von Gesamtmetall beweist, daß das deutsche Monopolkapital den türkischen Metall-Bossen(1.) “maßgeblich” bei der Organisation eines Unternehmerverbandes half und (2.) sie “bei der Auseinandersetzung mit radikalen Gruppen auf betrieblicher Ebene” berät

“Verbindungen wurden auch zu dem türkischen Metallarbeitgeberverband MESS geknüpft. Dieser sieht sich wachsendem Druck seitens der überwiegend kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften ausgesetzt und ist an der Zusammenarbeit im Rahmen von W.E.M. außerordentlich interessiert. Bis die Voraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft gegeben sind, wurde 1977 ein Assoziationsverhältnis zwischen W.E.M. und MESS vereinbart.

Zwischen Gesamtmetall und dem türkischen Verband bestehen im übrigen seit vielen Jahren besonders freundschaftliche Beziehungen. Auf Initiative von MESS war 1964 Dr. SUHLE, Hauptgeschäftsführer

unseres Mitgliedsverbandes Niedersachsen, maßgeblich beratend bei der Gründung einer überfachlichen Spitzenorganisation der Arbeitgeber tätig. Seit Wiederbelebung der bilateralen Beziehungen zu MESS im Rahmen von W.E.M. besuchten uns mehrfach Repräsentanten von MESS. So war im Januar 1979 eine Delegation türkischer Metallunternehmer, überwiegend Repräsentanten von Tochterfirmen deutscher Muttergesellschaften, bei Gesamtmetall. Im Vordergrund der Gespräche, die auch in deutschen Betrieben fortgeführt wurden, standen Beratungen darüber, wie sich die türkischen Arbeitgeber auf betrieblicher Ebene mit radikalen Gruppen auseinandersetzen können. Auf Einladung des türkischen Verbandes nahmen der Präsident von Gesamtmetall, Dr. Thiele, sowie Vertreter der Geschäftsführung Ende April 1979 an der Generalversammlung von MESS teil, um vor allem neuere Erfahrungen in der Koordinierung der Tarifpolitik mitzuteilen.”

Aus: Bericht der Geschäftsführung des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände 15.4. 79

Wir meinen: es ist auch im Interesse unserer deutschen Kollegen, zu verhindern, daß die Türkei in ein “Investitionsparadies” für das Monopolkapital verwandelt wird, in die dann nach Belieben die Produktion verlagert werden kann.

Es ist an der Zeit, daß wir gegen die Kumpanei der Konzerne die Solidarität der Demokraten organisieren.

US-Basen in der Türkei:

DEMIREL BELÜGT ERNEUT DAS PARLAMENT

Über die Behauptung Demirels, die Benützung aller NATO- und US-Stützpunkte in der Türkei wäre der Kontrolle der zuständigen türkischen Behörden unterworfen, berichteten "Türkei-Informationen" bereits im Juni-Heft. "Da wir an der Intelligenz des Ministerpräsidenten Demirel nicht zweifeln können, müssen wir davon ausgehen, daß er vorsätzlich lügt", hieß es in unserem Bericht.

Die britische Zeitschrift "New Statesman" veröffentlichte am 20. Juni zum ersten Mal die geheimen Teile des Abkommens zwischen den USA und der Demirel-Regierung, die unsere Vermutungen im vollen Umfange bestätigen.

Die erstmalig von der Washingtoner Korrespondentin des linksliberalen "New Statesman" veröffentlichte Dokumente machen deutlich, daß Demirel guten Grund dafür hatte, wesentliche Teile des Paktes dem Parlament vorzuenthalten. Aber auch der US-Kongreß bekommt keine Informationen über das Abkommen, das zum "executive agreement" deklariert ist.

Der Militärpakt umfaßt 100 Seiten, sowie drei Zusätze und 14 Anhänge. Dem türkischen Parlament hat davon nur das "Hauptabkommen" (6 Seiten!) vorgelegen. Unter der Überschrift "Americas sticky Turkish delight" berichtet New Statesman:

"Der explosive Teil des Pakts ermöglicht den USA, militärische Unternehmen auch außerhalb der vereinbarten geographischen Grenzen der NATO zu starten."

Die Verhandlungen über einen Militärpakt zwischen den USA und der Türkei hatten sich wegen der entschieden ablehnenden Haltung in der türkischen Öffentlichkeit immer wieder in die Länge gezogen. Denn seit 1976 versuchten die US-Unterhändler den Wortlaut des abgelaufenen Abkommens von 1966 in das neue Abkommen aufzunehmen, damit den US-Truppen weiterhin gestattet bleibt, von türkischen Basen aus auch jenseits der NATO-Grenzen tätig zu werden.

Diese NATO-Grenzen beschränkten den Einsatz von NATO-Verbündeten auf Europa, Nordamerika und dem Atlantischen Ozean nördlich des Wendekreises des Krebses. "Sie umfassen den Nahen Osten und den Persischen Golf nicht, welche die USA von der Türkei aus erreichen will", berichtet New Statesman.

Die am 29. März geschlossene Übereinkunft löste die meisten dieser Streitpunkte. Raffinierte Formulierungen ermöglichen nun mehr den US-Militärmissionen, ihre "territorialen Betätigungsmöglichkeiten" zu erweitern. New Statesman: "Schließlich sind die NATO-Grenzen fallengelassen worden."

So beschränkt sich Artikel V, Abschnitt 4 des Sechseiten-Hauptabkommens auf "Verpflichtungen, die sich aus dem Nordatlantikpakt ergeben". Doch die Zusatzvereinbarung Nummer 3 sieht vor: "Zweck und

Den USA ein Interventionsrecht in der Türkei eingeräumt

Am 22. Mai wurde während eines Anhörungsverfahrens des Verteidigungsausschusses des türkischen Parlaments indirekt bestätigt, daß das "Kooperations-Abkommen" zwischen der Türkei und den USA, das 1959 geschlossen und 1960 vom türkischen Parlament ratifiziert wurde, den USA ein Interventionsrecht im Falle von innenpolitischen Auseinandersetzungen einräumt.

Das besagte Abkommen sieht neben dem Fall eines regelrechten Krieges ("direkter Angriff") auch einen Fall eines "indirekten Angriffs" vor. Damit erhalten die USA die Möglichkeit, innenpolitische Auseinandersetzungen zu einem "indirekten kommunistischen Angriff" zu deklarieren und in der Türkei militärisch zu intervenieren.

Diese Tatsache, die bis heute von den türkischen Regierungen bestritten wurde, gab nun der Vertreter des türkischen Außenministeriums, Botschafter Faruk Sahin, vor dem Ausschuß indirekt zu, in dem er sich "außerstande" erklärte, die Frage des CHP-Abgeordneten Saffet Vural, ob ein solches Recht der USA existiere, mit "ja" oder "nein" zu beantworten.

(Cumhuriyet, 23.5. 1980)

Aufgaben.. der US-Streitkräfte sowie zivile Bestandteil im einzelnen durch gegenseitige Übereinkunft festgelegt werden sollten."

Das neue Abkommen ist auch bezüglich einzelner Stützpunkte voll von Doppeldeutigkeiten, die den USA beliebige Militärabenteuer ermöglichen können. So einigen sich in dem Anhang mit dem Titel "Zusatzabkommen über die Anlage Incirlik" die USA und die Türkei auf die Stationierung von zwei taktischen Geschwadern der 401. taktischen Luftwaffenabteilung der US-Air Force "zur Unterstützung der NATO-Verteidigungspläne". In dem Anhang jedoch, der die Prozeduren der Luftraumkontrolle in Incirlik-Tower festlegt, heißt es, das ausschließlich US-Personal "für die Kontrolle von US-Militärflugzeugen verantwortlich und berechtigt ist."

Prof. N. Erbakan Vorsitzender der Nationalen Heilspartei (MSP) argwöhnte Ende April, daß diese Schlupflöcher bereits benutzt worden sind. Am 28. April sind, undementierten Angaben der MSP zufolge, unmittelbar nach dem mißglückten Iran-Abenteuer der USA auf dem südostanatolischen Flugplatz Erhac zwei US-Transportmaschinen mit je 90 Mann in voller Ausrüstung gelandet.

Demirel erklärte jedoch gegenüber dem besorgten iranischen Außenminister Ghotbsadeh, als er Mitte Mai in Ankara zwischenlandete, freilich im Futur, daß "keine türkischen Luftstützpunkte für Aktionen gegen den Iran zur Verfügung stehen werden."

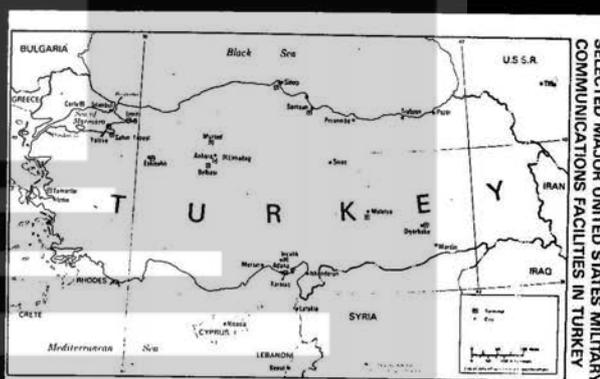
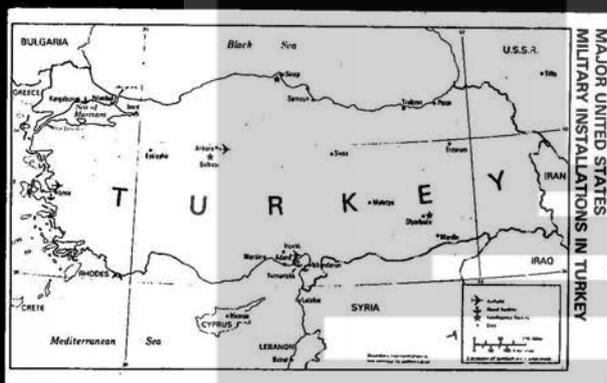
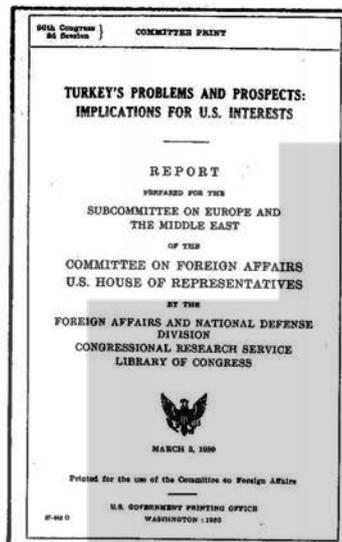
New Statesman vermerkt: "Andere Hinweise im Pakt lassen ein Labyrinth von noch gefährlicheren Geheimnissen in Dunkel vermuten. So haben sich z.B. gemäß Zusatzabkommen Nr. 3 die Parteien auf nur 12 gemeinsame Verteidigungsanlagen geeinigt: Die

fünf Stützpunkte Sinop, Pirinçlik, Incirlik, Belbasi und Karaburun sowie die 'Kommunikationsknotenpunkte' Yamanlar, Sahintepe, Elmadag, Karatas, Mahmurdag, Alemdag und Kürecik."

Zu einem alarmierenden Ergebnis kommt die links-liberale Zeitschrift, in dem sie die Angaben in den "Türkei-Informationen" vollauf bestätigt:

"Doch ist die Liste unvollständig. Nach einem Buch von Jesse Lewis, einem mit US-Geheimdienstaktionen im Mittelmeerraum eng verbundenen Amerikaner (Lewis gehört derzeit der US-Botschaft in Nikosia an und wird demnächst nach Athen versetzt), gibt es mehr als 20 US-Militäreinrichtungen in der Türkei (außer der NATO-Basen -die Red.), darunter Stützpunkte in Diyarbakir, Karapazar, Iskenderun, Karamüsel und Cigli. Ein Stabsbericht des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen vom März dieses Jahres nennt eine zusätzliche Militärbasis in Yumurtalik bei Iskenderun am Mittelmeer und zählt ein Dutzend "vorbereiteter Munitionslagerstätten", 14 von der Türkei betriebene NATO-Frühwarnradaranlagen und 20 Anlagen des US-Verteidigungskommunikationssystems auf. Weniger als die Hälfte der "gemeinsamen" Militäranlagen werden durch das nun geschlossene Abkommen abgedeckt, und es ist nicht festzustellen, wieviel andere es genau gibt und welche Aufgaben sie haben."

Fernsehanstalten sowie die in großen Pressekonzernen herausgegebenen Zeitungen der Türkei kein Wort. Über diese eindeutige Bestätigung der bis jetzt geäußerten Befürchtungen berichteten außer "Stimme der TKP" nur die Tageszeitungen Cumhuriyet und Demokrat. Nur einige Tage danach wurde auch Demokrat, wie Monate zuvor die Tageszeitung der Metallarbeitergewerkschaft Politika, vom Kriegsrechtskommandanten in Ankara verboten.



So hat auch ein Pentagon-Sprecher im "Spiegel" Nr 26/1980 erklärt - obwohl der Vertrag noch gar nicht ratifiziert ist: "Wenn was passiert, ist er in Kraft." Trotzdem gelang es Demirel, bei der für ihn äußerst kritischen Vertrauensabstimmung am 2. Juli im Parlament, die entscheidenden 22 Stimmen der Nationalen Heilspartei Erbakans für sich zu gewinnen - obwohl die Hauptpunkte der 16 Bedingungen Erbakans nicht erfüllt wurden. Erbakan hatte gefordert, die Demirel-Regierung sollte

- ihre Bemühungen für einen EG-Beitritt aufgeben,
- sich in der Außenpolitik den islamischen Staaten zuwenden und die ausdrückliche Verpflichtung übernehmen, daß die US-Stützpunkte auf türkischem Boden nicht gegen islamische Staaten benutzt werden, zu denen auch der Iran zählt.

Aus der Vertrauensabstimmung ging Demirel dennoch mit 227 zu 214 Stimmen eindeutig als Sieger hervor. Über die Enthüllungen der geheimgehaltenen Teil des Abkommens verloren die staatlichen Rundfunk- und

In dem neuen Abkommen werden lediglich 12 "gemeinsame Verteidigungsanlagen" erwähnt. In dem Bericht "Turkey's Problems and Prospects: Implications for U.S. Interests", der nach der Unterzeichnung dieses Abkommens für den U.S. Congress vorbereitet wurde, wird allein die Zahl der hauptsächlich US-Stützpunkte mit 26 angegeben.

Gemeinsamer Protest gegen NATO-Tagung

Unter den größten Sicherheitsvorkehrungen in der Geschichte der Türkei trafen sich die Außenminister der NATO-Staaten am 25.-26. Juni in Ankara. Nach der Berichterstattung der hiesigen Presse zu urteilen, lief alles reibungslos. Doch einige bezeichnende Einzelheiten wurden verschwiegen. So meldete am 25. Juni 1980 Mehmet Ali Birand, Korrespondent der Tageszeitung Milliyet in einer Rundfunksendung, daß zur "Sicherung" des Tagungsortes 11.000 Soldaten, vornehmlich "aus den bereits bei der Zypern-Intervention bewährten Einheiten" eingesetzt worden seien; das ganze Stadtviertel sei hermetisch abgeriegelt worden; alle Lehranstalten, sowie private und öffentliche Gebäude seien für zwei Tage evakuiert worden.

In einer gemeinsamen Erklärung brachten die antifaschistischen, demokratischen Organisationen türkischer und kurdischer Arbeiter in der Bundesrepublik (FIDEF, KOMKAR, KKDK, Europa-Komitee der Zeitung GERCEK) ihren Protest zum Ausdruck:

Am 25.-26. Juni treffen sich die Außenminister der NATO-Staaten in Ankara. Dieses Treffen findet in einer Zeit statt, in der im weiten Teile des Landes das Kriegsrecht herrscht, der staatlich unterstützte faschistische Terror immer gefährlichere Züge annimmt und die Menschenrechte mit den Füßen getreten werden. Dieses NATO-Treffen verfolgt folgende Ziele:

- Die durch die Niederlagen in Iran und Afghanistan gefährdeten Machtpositionen des Imperialismus in der Region zu stärken;
- die Einheit zwischen den Mitgliedsländern der aggressiven NATO zu festigen;
- die unheilvolle Mission des Schah-Regimes auf die Türkei zu übertragen;
- die Militärabkommen, die den USA auch militäri-

sche Abenteuer außerhalb der NATO-Einflußsphäre ermöglichen, durch alle Mitgliedsländer der NATO bestätigen zu lassen;

- mit den vorgesehenen Nuklearabkommen sowie durch den Druck der IWF und der OECD die Wirtschaft des Landes weiter zu militarisieren, ihre Abhängigkeit vom Imperialismus zu vertiefen sowie sämtliche Ressourcen des Landes weiterhin der freien Verfügung einer handvoll Monopolkapitalisten und der multinationalen Konzerne zu überlassen;

- die Zusammenarbeit zwischen der Monopolbourgeoisie, der militäristischen Clique und der Großgrundbesitzern zu fördern, mit dem Ziel der Schaffung eines paramilitärischen Regimes und der weiteren Faschisierung des Landes.

- die Angriffe der pro-amerikanischen Demirel-Regierung auf die elementaren Grundrechte der Bevölkerung und die Folterungen durch die Kriegrechts-Generäle zu legitimieren;

- die nationalistische Unterdrückungs-, Assimilierungs- und Völkermord-Politik in Türkei-Kurdistan zu verschärfen.

Wir, als antiimperialistische, antifaschistische, antichauvinistische Organisationen türkischer und kurdischer Arbeiter in der Bundesrepublik, erheben unseren schärfsten Protest gegen die Machenschaften des Imperialismus und der internationalen Reaktion. Wir verurteilen ausdrücklich alle Versuche, dem Imperialismus neue Militärabenteuer zu ermöglichen und die Positionen der Reaktion in der Türkei zu stärken. Aus diesem Grunde lehnen wir die damit eng verbundenen "Wirtschafts"- und Militärhilfe seitens der Bundesregierung an das rechtsextreme Demirel-Regime strikt ab. Wir erklären uns solidarisch mit den demokratischen Kräften der Türkei.

Kurzmeldungen

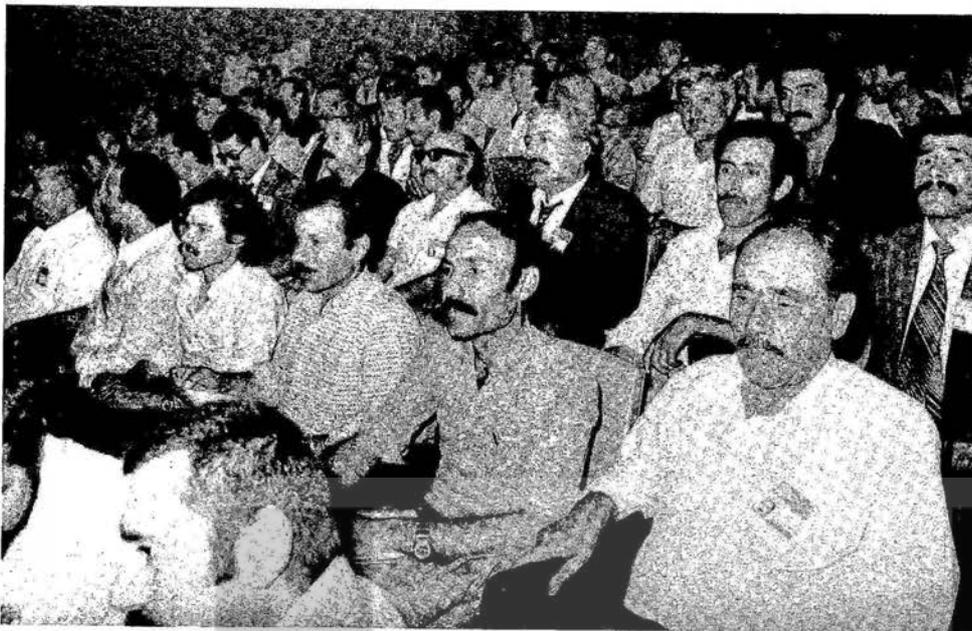
Überfall auf TIP-Parteitag

Am 6. Juli überfielen Armeeeinheiten unter dem Befehl des Kriegsrechtskommandanten den Bezirksparteitag der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) in Ankara und nahmen alle 588 Delegierten vorübergehend fest, unter ihnen die Parteivorsitzende Behice Boran und den Generalsekretär Nihat Sargin. Ihnen wurde vorgeworfen, mit "staatsabträglichen Parolen" wie "Wir werden den Faschismus besiegen" und "Für eine sozialistische Türkei" gegen das Kriegsrecht verstoßen zu haben.

Eine Besonderheit dieses Vorgehens liegt darin, daß die Kriegsrechtsbehörden keinerlei gesetzliche Handhabe besitzen, gegen Kongresse und Veranstaltungen der legalen Parteien vorzugehen. Dieses Recht ist ausschließlich "Regierungskommissaren" vorbehalten.

Doch der TIP-Parteitag wurde von Kriegsrechtsbehörden aufgelöst. Die ersten Vernehmungen der Festgenommenen noch im Kongreß-Saal führte der Militäranwalt des Kriegsrechtskommandanten von Ankara persönlich durch, meldeten "Tercüman" und "Hürriyet" am 7. Juli.

Eine breite Protestwelle bewirkte, daß die überwiegende Mehrheit der Verhafteten, unter ihnen auch die TIP-Vorsitzende Behice Boran, nach zwei Tagen freigelassen wurden. In einem Schreiben an den Kriegsrechtskommandanten von Ankara drückte der FIDEF-Bundesvorstand seinen nachdrücklichen Protest gegen diese erneute Manifestation demokratiefeindlicher Haltung seitens der Demirel-Regierung und der Kriegsrechtsbehörden aus.



Delegierte auf dem
7. Gewerkschafts-
kongreß des
DISK

7. DISK-Kongreß in Istanbul

Von 25. Juni bis 2. Juli dauerte der 7. Gewerkschaftskongreß des DISK (Progressiver Gewerkschaftsbund der Türkei) in Istanbul. Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Vorstand wurden der bisherige Vorsitzende Abdullah Bastürk und der Generalsekretär Fehmi Isiklar in ihren Ämtern bestätigt. Zu diesem Gremium wurden u.a. auch der Generalsekretär der "Gewerkschaft für öffentliche Dienste" (Genel-Is) sowie Kemal Daysal, Vorstandsmitglied der Metallarbeiter Gewerkschaft Maden-Is gewählt. Einige Splittergruppen, die als ultra-links eingestuft waren, hatten bei den Wahlen keine Chance. Der Sitz des Gewerkschaftsbundes wird nach einem Kongreßbeschuß von Istanbul nach Ankara verlegt.

"Demokrat" und "Yürüyüs" verboten

Am 10. Juli hat der Kriegsrechtskommandant von Ankara die Verbreitung der Tageszeitung "Demokrat", der Wochenzeitschrift "Yürüyüs" und der unregelmäßig erscheinenden "Devrimci Derlenis" innerhalb der Provinzgrenzen von Ankara verboten.

"Yürüyüs", die der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) nahesteht, und "Demokrat" gehören zu den wenigen Blättern, in denen nach dem bereits Ende 1979 verhängten Publikationsverbot für die Tageszeitung "Politika" und die Zeitschrift "Savasyolu" fortschrittliche Journalisten und Politiker zu Wort kommen. Die Ausgabe der "Demokrat" vom 8. Juli, die in Ankara bereits an die Kioske ausgeliefert worden war, wurde einer "Hürriyet"-Meldung vom 11. Juni zufolge von Kriegsrechtsbehörden eingezogen und eingestampft.

Als Begründung wurde laut "Cumhuriyet" vom 10. Juli 1980 angeführt, "Demokrat" publiziere "Meldungen, die den Schutz der allgemeinen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung gefährdeten und die Bevölkerung beunruhigten."

Im April hatte "Demokrat" drei Tage hintereinander auf der ersten Seite das Photo eines Gerätes abgedruckt und dazu gefragt: "Was ist das Herr Demirel?". Sie blieb ohne Antwort. Am vierten Tag erklärte "Demokrat", daß dies ein Gerät sei, das bei den Folte-

rungen mit elektrischem Strom benützt werde, und veröffentlichte eine Liste derjenigen, denen mit diesem Gerät Genitalien und Glieder verbrannt und Gehirnschaden zugefügt wurden.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TÜRKEI FORDERT AUTONOMIE FÜR TÜRKEI-KURDISTAN

Neben der Arbeiterbewegung gehört das kurdische Volk zu den bevorzugten Zielen der brutalen Unterdrückungspolitik der türkischen Reaktion. Somit wird die Haltung in der Kurdenfrage zu einem äußerst wichtigen Aspekt des Kampfes um Demokratie.

In diesem Zusammenhang hat die kürzlich bekanntgewordene Erklärung der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) der Diskussion über die nationale Frage einen neuen Auftrieb verliehen. Darin bekräftigt die TKP, daß sie gemäß ihrem Programm das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation, daß auch die Lostrennung und Gründung eines eigenen Staates einschließt, verteidigt.

Ausgehend von dieser grundsätzlichen Haltung wird für die gegenwärtige Etappe des Kampfes für eine fortschrittliche Demokratie die Forderung "Autonomie für Türkei-Kurdistan" aufgestellt. Das bedeutet, daß die TKP gegenwärtig nicht für eine Lostrennung, sondern für einen freiwilligen Zusammenschluß der kurdischen und der türkischen Nation eintritt.

Die Forderung "Autonomie für Türkei-Kurdistan" ergibt eine geeignete Grundlage für den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte der Türkei. Das aber ist die wichtigste Voraussetzung für deren Erfolg.



Manfred Balder
2. Landesvorsitzender
der IG Druck und
Papier-Hessen

"Solidarität darf nicht kriminalisiert werden!"

Knapp ein Jahr nach ihrem Versuch als Streikbrecher macht die TER-Druckerei wieder von sich reden: Mit der Verurteilung von drei IG-Druck-Vertretern aufgrund ihrer Schadenersatzklage soll die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit weiter eingeschränkt, die gewerkschaftliche Solidarität kriminalisiert werden. Unser Mitarbeiter sprach mit einem der betroffenen Kollegen.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Gegen Funktionäre der IG Druck und Papier wurde eine Schadenersatzklage und aufgrund einer Strafanzeige von Unternehmern Klage erhoben. Was ist der Anlaß hierfür?

Koll. BALDER— Im April 1979 haben deutsche und türkische Kolleginnen und Kollegen in einer beispielhaften Solidaritätsaktion vor der türkischen TER-Druckerei in Zeppelinheim der großkapitalistischen englischen TIMES und mit ihr dem internationalen Verlegerkapital eine empfindliche Niederlage zugefügt.

Damals sollte durch die Verlagerung von Streikbrucharbeiten in andere Länder, der Kampf von 3.000 ausgesperrten Kollegen in London unterlaufen werden. Die TER-Druckerei in der Bundesrepublik, die bekanntlich eine rechtsextremistische türkische Tageszeitung herausgibt, schien für dieses schmutzige Vorhaben geeignet zu sein. Dabei wurde aber der Widerstandswille und die Bereitschaft zur Solidarität der deutschen und türkischen Gewerkschafter mit ihren englischen Kollegen unterschätzt: Die TIMES wurde weder in der Bundesrepublik, noch bei einem späteren Versuch in Portugal gedruckt.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Die TER-Druckerei, in der u.a. das Rechtsextremisten-Blatt Tercüman und das Zentralorgan der "Islamischen Kulturzentren" in der Bundesrepublik herausgegeben wird, gehört Kemal Ilicak, einem der reichsten und einflußreichsten Großunternehmer der Türkei. Welche Konsequenzen hatte diese Tatsache für die Kollegen hier?

Koll. BALDER— Kapitalisten, welcher Nationalität auch immer, sind unfähig, die Kraft der internationalen Solidarität der Gewerkschaften zu erkennen und richtig einzuschätzen.

Die TER-Druckerei, die eigentlich aus der Türkei wissen mußte, was Gewalt und Terror bedeutet, und die beteiligten Unternehmerverbände, haben

nach ihrer Niederlage behauptet, der TIMES wäre Gewalt angetan worden. In Wirklichkeit war es aber ganz anders: In Zeppelinheim haben im April 1979 deutsche und türkische Kollegen einen Tag und eine Nacht lang eine friedliche und rechtsmäßige Demonstration durchgeführt.

Um ihre politische Niederlage in einen juristischen Sieg umzumünzen, hatte die TER-Druckerei und die Unternehmerverbände im Nachgang Strafanzeige und Schadenersatzklage gegen die für die Solidaritätsaktion verantwortlichen Funktionäre der IG Druck und Papier gestellt.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Wie ist jetzt der Stand der juristischen Auseinandersetzung - wie urteilen die Gerichte über die Solidaritätsaktion?

Koll. BALDER— Mit der Schadenersatzklage hat die TER-Druckerei zunächst einen ersten Erfolg erzielt. Das Landgericht Frankfurt hat ohne jegliche Beweiserhebung die Behauptungen und Unterstellungen der TER-Druckerei übernommen und die IG Druck und Papier und die für die Solidaritätsaktion verantwortlichen Kollegen zu 58.200,- DM Schadenersatz wegen 'unerlaubter Handlung' verurteilt. Der Höhe nach soll dieser Betrag dem angeblich entgangenen Gewinn der TER-Druckerei entsprechen. Das Gericht unterstellt dabei Gewalttaten, die nicht stattgefunden haben und macht vorsorglich die IG Druck und Papier für mögliche Ausschreitungen unfriedlicher Demonstranten bzw. von Provokateuren verantwortlich.

Aufgrund der Strafanzeige der TER-Druckerei und der Unternehmerverbände wurde von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, in dem aber bereits einige der unterstellten Strafbestände, wie schwerer Landfriedensbruch und versuchte schwere Brandstiftung, fallen gelassen werden mußten. Trotzdem wurde zu Beginn dieses Jahres eine Anklageschrift von der Staatsanwaltschaft erstellt, die sich auf angeblichen Hausfriedensbruch und Nötigung stützt.



Deutsche und türkische Kollegen vor der TER-Druckerei gaben ein Beispiel der Internationalen Solidarität

Die 5. Strafkammer des Landesgerichts Darmstadt hat jetzt das Hauptverfahren eröffnet, so daß es in absehbarer Zeit zu einem Prozeß gegen die Kollegen Heinz-Werner Wurstius, Sekretär der IG Druck und Papier in Frankfurt, Hans Georg Fritz, Bezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Frankfurt und gegen mich kommen wird.

TÜRKEI-INFORMATIONEN— Welche Vorstellungen gibt es seitens der IG Druck und Papier die gewerkschaftliche Rechte zu verteidigen und was können die türkischen Kollegen dazu beitragen?

Koll. BALDER— Es geht bei den anstehenden zivil- und strafrechtlichen Auseinandersetzungen um die Frage, ob es gelingt, die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit in unserem Lande im Hinblick auf die sozialen und politischen Konflikte der 80er Jahre weiter einzuschränken. Die bestehenden rechtlichen Beschränkungen gegen das Streikrecht sollen durch die Kriminalisierung des De-

monstrationsrechts noch weiter verschärft werden. Dies darf die Gewerkschaftsbewegung nicht widerstandslos hinnehmen. Wir sind aufgerufen, mit unseren gewerkschaftlichen Mittel und Möglichkeiten dieser Bedrohung zu begegnen. Eine breite Solidaritätsbewegung zugunsten der jetzt angeklagten Kollegen wäre ein konsequenter Beitrag zur Sicherung unserer gewerkschaftlichen Rechte. Solidarität darf nicht kriminalisiert werden.

Die IG Druck und Papier ist entschlossen, ihre Mitglieder, die Kolleginnen und Kollegen aus dem DGB und den Einzelgewerkschaften, aber auch alle türkische Freunde, die bereits in Zeppelinheim mit uns im gemeinsamen Kampf gestanden haben, zur aktiven Solidarität aufzurufen. Hierzu wird es in den nächsten Wochen konkrete und geeignete Gelegenheiten geben. Jetzt sind gemeinsame oder parallele Aktivitäten nicht nur sinnvoll sondern auch notwendig. Aktive Solidarität ist unsere Kraft im gemeinsamen Kampf gegen das internationale Verlegerkapital im Bündnis mit den türkischen Rechtsextremisten.

MAINZ: Graue Wölfe schlagen erneut zu!

In Mainz eskaliert der Terror, der von dem "Islamischen Kulturverein", einer Mitgliedsorganisation der "Türk-Föderation" der "Grauen Wölfe" ausgeht. (Türkei-Informationen berichteten bereits im Juni-Heft darüber). Doch die gleichgültige Haltung der Behörden ermuntert sie zu immer weiteren Gewalttaten.

Am 11. Juni 1980, gegen Schichtende um 20.30 Uhr, verteilten türkische und kurdische Kollegen vor dem Jenaer Glaswerk Flugblätter mit einem gemeinsamen Aufruf der FIDEF, KOMKAR und KKDK. In dem Aufruf wurde gegen Folter und Terror, gegen das Kriegsrecht und Massenverhaftungen in der Türkei protestiert. Nach etwa 20 Minuten waren sie mit dem Verteilen fertig: Ein Teil fuhr mit eigenen Pkw's nach Hause; ein Teil lief zu Fuß zur Straßenbahnhaltestelle. Die Kollegen, die zuletzt weggingen, wurden plötzlich von den Faschisten angehalten, die laut schrien: "Seid ihr immer noch hier in Mainz", "Tötet die Kommunisten", "Laßt sie nicht in Mainz leben". Bewaffnet mit Ketten, Karatestöcken und Rasiermessern schlugen sie auf die unbewaffneten Kollegen zu. Zuerst versuchten die Flugblattverteiler davonzulaufen; sie wurden jedoch von den Angreifern eingeholt. Nur mit Mühe konnten sie den Angreifern den Karatestock und die Kette aus der Hand reißen. Dabei wurden vier der Angreifer verletzt; der Rest ergriff die Flucht. Als die Polizei eintraf, der sie die Angreifer übergeben wollten, wurden die Angegriffenen selbst festgenommen.

Die Mainzer Behörden wurden seit Jahren vor den faschistischen Gewalttätern gewarnt. "Isci Birligi", die Zeitung des Frankfurter Arbeitervereins, machte bereits 1977 auf die Karatekurse in den Räumen des "Islamischen Kulturzentrums" aufmerksam.

Die anonymen Drohungen gegen aktive türkische, kurdische und deutsche Demokraten nahmen zu. Am 18. Februar überfielen türkische Faschisten den Student Yüzüglüdü und seinen Vater. Drei Monate später, am 20. Mai, fielen sie über drei Kollegen her, die am Straßenrand ihr Auto reparierten. Die Angreifer, obwohl in den Räumen des "Islamischen Kulturzentrums" durch die Polizei identifiziert, wurden nicht festgenommen. Auch terrorisierten am 25. Mai die aus verschiedenen Städten geholten "Graue Wölfe" die Kinobesucher vor einem Kino; anschließend überfielen sie am Hauptbahnhof nichtsahnende Landsleute und verletzten zwei von ihnen (Türkei-Informationen 3, Juni 1980). Von Ermittlungen der Polizei in diesem Zusammenhang ist in Mainz nichts bekannt.

Auch nach dem letzten Vorfall am 11. Juni wurde keine Anklage gegen die Angreifer erhoben. Dafür wurden die Überfallenen angeklagt.

Nach wie vor ist der Vorsitzende des "Islamischen Kulturvereins" bei der Stadt Mainz als Bademeister beschäftigt. Er baut seine "Machtstellung" aus, in dem er durch seine guten Beziehungen zu der Wohnbau GmbH seine Anhänger mit günstigen Wohnungen versorgt.

Mainz ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die Duldung der "Grauen Wölfe" durch die Behörden zu einer deutlichen Eskalation der Gewalt führt. Mittlerweile müssen die engagierten Demokraten in Mainz, vor allem die türkischen und kurdischen Kollegen im örtlichen FIDEF-Verein, berechnete Angst um ihre und ihrer Familien Sicherheit haben.

Die Haltung der Behörden läßt das Schlimmste befürchten. Weitere Gewalttaten, möglicherweise mit Todesopfern, sind den "Grauen Wölfen" in Mainz unter diesen Umständen zuzutrauen. Nur die Solidarität aller demokratischen Bürger und Organisationen gegen die Faschisten kann verhindern, daß die verantwortlichen Stellen tatsächlich warten, bis es Todesopfer gibt.



Türkische Faschisten können sich überall in der BRD ungehindert organisieren

GRAUE WÖLFE IN MAINZ VERHAFTET

Nach seit längerer Zeit andauernden Überfällen der "Grauen Wölfe" in Mainz (Türkei-Informationen hatten bereits im Juni-Heft berichtet. Siehe auch den Artikel in dieser Seite.) mußten sich die Behörden am 15.7. 1980 zu einer Razzia bewegen. In Mainz und Bingen wurden die Vereinsräume der Islamischen Kulturzentren (beide Mitgliedsvereine der "Türk-Föderation") und Wohnungen von 11 "Grauen Wölfen" durchsucht. Bei der Razzia wurden in den Räumen des Mainzer Islamischen Kulturzentrums in der Breitenbacher Straße mehrere Ketten, Eisenstangen, Totschläger und Munition sichergestellt. In diesem Zusammenhang wurden drei "Graue Wölfe" verhaftet.

Auch wenn die Polizei nicht offiziell bekanntgab, weiß man in Mainz, daß die Verhafteten führende Köpfe des Islamischen Kulturzentrums in Mainz sind.

"Verfassungsschutz 1979"

Manipulation durch Verdrehung

Am 10. Juli 1980 legte Bundesinnenminister Gerhard Baum in Bonn den diesjährigen Verfassungsschutzbericht vor. Tenor: Rechts- und Linksextremismus eher rückläufig; die Hauptgefahr droht von türkischen Radikalen. Der schockierende, offizielle Befund für Nichteingeweihte: die türkische Linke in der Bundesrepublik sei in der Offensive während die Rechten "Gewehr bei Fuß" warteten.

Die Einzelheiten des Berichtes waren bereits vor einem Monat durch die Presse gegangen. Aufgrund heftiger Proteste erklärte sich der Innenministerium bereit, zumindest eine Stelle zu korrigieren, die durch ihren rassistischen Unterton die geistige Haltung der Verfasser offenlegte. Am 18. Juni teilte das Ministerium auf Anfrage von Klaus Thüsing (SPD-MdB) mit, daß Formulierungen wie "heftiger und schwer disziplinierbarer Volkscharakter der Türken" aus dem Bericht entfernt worden seien.

Der "Bericht 1979" bestätigt den Trend bei den Sicherheitsbehörden, ihnen sattsam bekannte Fakten hartnäckig auf den Kopf zu stellen, indem sie die von ihnen geduldeten Gewalttaten der "Grauen Wölfe" mit erfundener Gewaltneigung der Linken zu kompensieren versuchen, um dann den Spieß vollends umzudrehen: Die Hauptgefahr drohe, so suggerieren die vermeintlichen Schützer der Verfassung, vor allem von der FIDEF. Dabei erweisen einige hoffnungslos isolierten Desperados, die nichts mit FIDEF zu tun haben, ihnen nützliche Dienste.

Bemerkenwert scheint vor allem die leichtfertige Duldung der Massenveranstaltungen türkischer Rechts-extremisten durch die Behörden. Angesichts der immer lauter werdenden Proteste der demokratischen Öffentlichkeit, vor allem der DGB-Gewerkschaften ist der Verdacht nicht mehr von der Hand zu weisen, daß auf diesem Wege Vorfälle provoziert werden, die "ein Vorgehen sowohl gegen die Rechts- wie Linksextremisten" ermöglichen.

Programmierte Provokationen am 18. Juni in Augsburg

So kamen kurz nach der gezielten Lancierung der Vorab-Berichte und rechtzeitig in Vorfeld der offiziellen Bekanntmachung des Verfassungsschutzberichtes - natürlich rein zufällig, aber wie gerufen-mehrere Krawalle zustande, die die Aussagen des Berichtes zu bestätigen schienen.

Am 18. Juni 1980 kam es in Augsburg zu blutigen Auseinandersetzungen, als das Islamische Kulturzentrum angeblich anlässlich des Beginns des Vorfastenmonats "Saban" zu einer zentralen Gebetsveranstaltung einlud, auf dem der Vorsitzende Imam der Islamischen Union in Eßlingen, Mehmet Özasik, eine Rede halten sollte.

Bereits zu Beginn der Veranstaltung kam es zu Aus-

einandersetzungen zwischen den IKZ-Anhängern, die aus mehreren Städten angereist waren, und den Protestlern, die vor dem Veranstaltungssaal versammelt waren. An den Handgreiflichkeiten, die bald in bultige Krawalle ausarteten, waren Presseberichten zufolge auch Mitglieder der maoistischen ATÖF/ATIF-Vereine beteiligt. Als die Polizei eintraf, fand sie 12 zum Teil Schwerverletzte vor. "14 Klapp- und Küchenmesser, Schlagringe, chinesische Würgestäbe, Schraubenzieher, Ketten, Stuhlbeine und Werkzeuge" konnten laut Süddeutsche Zeitung vom 20.6. 1980 am Tatort sicher gestellt werden. "Hürriyet" meldete am gleichen Tag, daß von insgesamt 132 dem Haftrichter vorgeführten Türken 82 in Untersuchungshaft genommen wurden. Die Polizeisprecher erklärten, eine Ausbreitung der Auseinandersetzungen sei nicht auszuschließen.

am 28. Juni in Bielefeld

Noch bevor die Diskussion über die Ereignisse in Augsburg verstummt war, kam es zu neuen Auseinandersetzungen in Bielefeld. Für den 28. Juni hatte der "Türkische Kulturverein in Bielefeld", eine Mitgliedsorganisation der "Türk-Föderation" der "Grauen Wölfe", den berüchtigten Film "Wann geht die Sonne auf?" angekündigt. Der Film hatte wegen seines eindeutig faschistoiden Inhaltes bereits in mehreren Städten Furore gemacht; seine Vorführung konnte manchenorts, so in Bingen, Oberhausen und Gelsenkirchen, durch Einschreiten der Ordnungsbehörden verhindert werden. Bei einer Flugblatt-Aktion für diesen Film hatten die "Grauen Wölfe" im Dezember letzten Jahres vier Landsleute, die nicht bereit waren, die Handzettel anzunehmen, mit Messerstichen schwer verletzt. Bei einer anschließenden Razzia im Zentralgebäude der "Türk-Föderation" hatte die Polizei belastendes Material und mehrere Waffen sicherstellen können und den Vorsitzenden des Frankfurter Vereins der "Türk-Föderation" festgenommen, gegen den wegen versuchten Totschlags noch ermittelt wird.

Doch anstatt aus dieser Vorgeschichte die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, sahen die Bielefelder Behörden zu, als die "Grauen Wölfe" vor Ort mit einer massiven Plakatierung auf die Vorführung aufmerksam machten. Vor dem Veranstaltungsort kam es zu tätlichen Angriffen der "Grauen Wölfe" auf demonstrierende Antifaschisten, die die Durchführung der Hetzveranstaltung verhindern wollten. Unter den Augen der Polizei wurde dabei von den Angehörigen der "Grauen Wölfe" ein 15 jähriger türkischer Schüler durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Es verlautete, daß an den Auseinandersetzungen auch Mitglieder des örtlichen ATIF-Vereines beteiligt gewesen seien. Die Polizei ließ die zunächst festgenommenen Messerstecher trotz eindeutiger Identifizierung wegen angeblich fehlenden Tatverdachts wieder frei.

Während der Bielefelder Polizeipräsident erklärte, er hielt es für "abwegig, die 'Grauen Wölfe' als Faschisten und Schläger zu bezeichnen", kritisierte der Bielefelder DGB-Kreisvorstand in einer Presseerklärung das wohlwollende Verhalten der Polizei als "zumindest erstaunlich". In "Tercüman" vom 1. Juli wird der zuständige Sicherheitsbeamte zitiert: "Wir haben einen Bürgerkrieg verhindert."

Überhaupt ist auffallend, wie die türkische Rechtspresse, aber auch eine Reihe von bundesdeutschen Gazetten sich ausgerechnet in diesem Zeitraum ereiferten, die von den "Grauen Wölfen" angezettelten Auseinandersetzungen, an denen auch einige völlig isoliert operierende Maoisten beteiligt waren, mit bombastischen Schlagzeilen und Formulierungen zu "Krawallen zwischen Rechts- und Linksextremisten" aufzubauschen.

Das kriminelle Treiben der "Grauen Wölfe" tritt in den Hintergrund. Es wird peinlich darauf geachtet, keine noch so winzige Gelegenheit auszulassen, um in bewährter Eintracht mit den Behörden, die durch ihre Duldungspolitik gegenüber den türkischen Faschisten diese Auseinandersetzungen erst ermöglichen, die "zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Links- und Rechtsextremisten" zu beklagen.

Ein beschämendes Beispiel verharmlosender "Links-Rechts-Schematik", die für die rechtsextremistischen Gewalttäter einer Ermutigung gleich kommt, gaben die Westberliner Behörden, als sie sich nicht scheuten sogar nach dem heimtückischen Mord an dem türkischen Gewerkschafter Celalettin Kesim die Opfer und die Täter in einen Topf zu werfen.

Die Erklärung des DGB-Berlin vom 7.4.1980, in der offen und deutlich gesagt wurde, daß der Mordfall hätte verhindert werden können, wenn die Hinweise auf die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" früher ernstgenommen werden würden, aber auch die am 8. Januar im "Tagesspiegel" abgedruckte Aussage des Westberliner Polizeichefs M.Kittlaus, wonach sich mehrere unter dringendem Tatverdacht Verhaftete unumwunden zu den "Grauen Wölfen" bekannt hatten, verdrängten gewisse interessierte Kreise: Sie sprachen nur noch von "Auseinandersetzungen zwischen den 'Rechts- und Linksextremisten'" und von "gegen beide extremistischen Flügel einzuleitenden Maßnahmen";

Mordversuche in West-Berlin

Daran änderten auch die weiteren, unverblühten Morddrohungen politischer und religiöser Fanatiker nichts. Keine der rechtsextremistischen Vereinigungen wurde verboten; die einzige nennenswerte "Maßnahme" der Westberliner Behörden nach dem Mord an Kesim erschöpfte sich darin, von "extremistischen" Vereinen Namenslisten der Mitglieder anzufordern. Zu den angeschriebenen Vereinen zählte auch der Demokratische Arbeiterverein, dessen Mitglied Celalettin Kesim gewesen ist! Als einer der Augenzeugen des Mordes Bülent Gündogdu ebenfalls ein Mitglied des Demokratischen Arbeitervereins in der U-Bahn von den "Grauen Wölfen" umzingelt und schwerverletzt wurde, geschah auch nichts - erst als die "Grauen

Wölfe" auch beim zweiten Versuch, ihn in der gleichen U-Bahn-Station umzubringen, scheiterten und in der Öffentlichkeit Proteste unüberhörbar wurden, konnten die Westberliner Behörden nicht umhin einen ersten symbolischen Schritt zu unternehmen: Einen der Angreifer, bei dem auch die Tatwaffe sichergestellt wurde, schoben sie in die Türkei ab.

Indes liegen Anzeichen vor, die die Ziele dieser "höheren Orts" betriebenen gezielten Duldungs- und Desorientierungspolitik der "Staatsschutzorgane" erkennen lassen. Noch bis vor kurzem konnten sie in ihrem "Jahresberichten" und gezielten Indiskretionen an die befreundete Presse auf blindem Antikommunismus spekulierend und *wider besseres Wissen* mit der plummen Links-Rechts-Gleichung operieren. Zu dieser Difamierungspolitik gehörte, daß sie dabei auch demokratische Organisationen türkischer und kurdischer Arbeiter wie FIDEF, HDF und KOMKAR in einem Atemzug mit einigen winzigen gewalttätigen Grüppchen aufzählten. Damit verfolgten sie offensichtlich auch den Zweck, die selbst von ihnen nicht mehr zu verschweigenden Fakten über die "Grauen Wölfe" in der Öffentlichkeit zu kompensieren und ihre ansonsten unerklärbare Tatenlosigkeit gegen den Terror der Rechtsextremisten zu rechtfertigen.

Verfassungsschutz über "Graue Wölfe"

In der Tat hätten es Behörden und verantwortliche Politiker schwerer, auf die "fehlenden Beweise über Verbindungen der Idealistenvereine zu den Grauen Wölfen" hinzuweisen und die Machtdemonstrationen der türkischen Rechtsextremisten zu dulden, wenn folgende Stellen aus den Verfassungsschutzberichten in der Öffentlichkeit besser bekannt wären:

Nach gesicherten Erkenntnissen unterhält die MHP im Bundesgebiet auch örtliche *Partei-gruppierungen* ihrer Parteijugend 'Ülküocagi' (*'Idealistenvereinigung'*), deren Symbol der 'Graue Wolf' ist." (Verfassungsschutzbericht 1976, Seite 175)

"Mitglieder und Anhänger der türkischen Partei der MHP in der Bundesrepublik sind nach Auflösung der Zweigorganisationen der MHP im Bundesgebiet aufgrund eines Beschlusses des türkischen Verfassungsgerichtes von Mitte 1976 - seit dem Sommer 1977 in türkischen 'Idealistenvereinigungen' und 'Islamischen Kulturzentren' politisch tätig." (Verfassungsschutzbericht 1977 Seite 161)

Mit der Gründung der ADÜTDF verstärkten die Anhänger der MHP ihre politische Agitation, die vornehmlich von einem militanten Antikommunismus und religiösen Erneuerungsbewußtsein im Zeichen des Islam getragen wird und sich gegen die türkische Regierung sowie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in der Türkei richtet. So ist beispielsweise bei der Veranstaltung türkischer Kulturvereine in Dortmund am 29.10. 1978 von türkischen Rednern folgendes geäußert worden: 'Ecevit ist der niedrigste und gemeinste Mörder'... 'Wir werden alle Türken niedriger Abstammung ausschalten'... 'Wir werden ganz bestimmt Blut vergießen'... 'Wer kein Mohammedaner ist, wird erstochen!'

Die vorgetragenen Klagen von verschiedenen Kommu-

nalpolitikern und Stadtverwaltungen über "fehlende Informationen" lassen zwei Deutungen zu: Entweder lesen sie nicht einmal die amtlichen Berichte über die türkischen Rechtsextremisten, oder aber ist die Glaubwürdigkeit der Staatsschutzorgane selbst bei diesen Stellen so tief gesunken, daß sie sie nicht mehr für bare Münze nehmen. Auch die vorgespülte Naivität des Westberliner Polizeichefs nach dem Mord an Celalettin Kesim ("Ein Verein 'grauer Wölfe' ist bei uns nicht eingetragen") zeigt jedoch, daß diese "Blindheit auf dem rechten Auge" System hat - wenn man davon ausgeht, daß die Polizeibehörden in Westberlin auch die Mafia-Eintragung im Vereinsregister vergeblich gesucht haben dürften.

Wacht Bonn auf?

Morde, Schlägereien und blutrünstige Agitation, sowie erdrückendes Beweismaterial und der parallel dazu verstärkte Druck der Öffentlichkeit nach einem Verbot der "Türk-Föderation" der "Grauen Wölfe" erzwangen immerhin eine äußerst vorsichtige Kurskorrektur der Behörden. Erstmals gab Ende Mai in einem "Metall"-Interview Andreas von Schoeler, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium zu, daß die von den "Grauen Wölfen" ausgehende konkrete Gefahr bedrohliche Ausmaße angenommen habe. (Metall Nr. 11, 28.5. 1980)

Die Aussagen wurden in der Öffentlichkeit als ein deutlicher Hinweis auf bevorstehende, konkrete Maßnahmen gegen die "Grauen Wölfe" gewertet. Doch die Reaktion einiger Kräfte im eigenen Haus, die bei der Verharmlosung der "Grauen Wölfe" eine entscheidende Rolle spielen, ließ nicht lange auf sich warten.

Noch bevor ihre "gezielten Indiskretionen" über die Agenturferschnreiber tickerten, meldete in einem großaufgemachten Hintergrund-Bericht die FAZ am 10. Juni 1980 "mehr als 20.000 radikale linke Türken in der Bundesrepublik". Darunter stand: "Kommunistische Arbeitervereine FIDEF am stärksten/ Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz". In einer Mischung von offenkundig gezielt zugespielten "Erkenntnissen" des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die den Landesämtern vorbehalten sein müßten und mit angeblichen Aussagen dubioser "Beobachter" wird eine Horrorgeschichte über die türkische Linke in der Bundesrepublik kolportiert, die im Grundtenor des Wunschdenken gewisser Kreise in den Verfassungsschutzämtern unterstreicht, durch Aufbauschen eines linken, gewalttätigen Popanz, die Gewaltakte der "Grauen Wölfe" weiterhin aufzuwiegen.

Meinungsmache durch "kluge Köpfe"

In einem Aufguß von erschreckenden Beispielen eines böswilligen Hintertreppjournalismus versucht auch der mit "Lgn." zeichnende Autor in FAZ-Sold, der Öffentlichkeit zu suggerieren, bei den linken "Gewalttätern" handele es sich um FIDEF. "Mit Besorgnis" stellt er gleich zu Beginn seiner Kolportage fest, "wird besonders der Zuwachs an Mitgliedern in den politischen Gruppierungen der *türkischen Linken* beobachtet. So erhöhte sich die Zahl der Mitglieder in den Organisationen der orthodoxen Linken von insgesamt etwa 10.900 am 31. Dezember 1978 auf

21.250 Ende 1979. Bei den radikalen nationalistischen und islamisch-orthodoxen Vereinigungen war der *Anstieg* mit etwa 25 Prozent *aber geringer*. Diese Organisationen *sollen* jetzt mindestens etwa 29.000 Mitglieder zählen gegenüber etwa 22.500 im Jahre 1978."

Nachdem es diesem klugen Kopf hinter der FAZ-Fassade somit meisterhaft gelungen ist, die ebenso sprunghafte wie bedrohliche Zunahme der Linksextremisten zielgerecht zum "geringen Anstieg" bei den Rechtsextremisten in Relation zu setzen (man beachte die Zuflucht zur distanzierenden, *indirekten* Rede bei den Zahlen der Rechten), knöpft er sich die FIDEF vor, die ihm sichtbar schwer im Magen liegt: "Von den orthodoxen kommunistischen Gruppen ist die FIDEF mit jetzt etwa 18.000 Mitgliedern - 1978 waren es etwa 9.000 - die stärkste."

FIDEF-Kollegen sind jedoch, bei aller Genugtuung über die als relativ erfolgreich eingeschätzte Basisarbeit, von diesem ihnen unterschobenen völlig ungeahnten Kraftakt ein wenig überrascht. Wozu diese allzudurchsichtige Ente von der angeblichen Verdopplung der Mitgliederzahlen innerhalb eines einzigen Jahres dienen soll, wird in den nächsten Zeilen deutlich: "Auf der Seite der politischen Aktivitäten der türkischen Rechten ist die 'Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa' (ADÜDTF) mit gegenwärtig mehr als hundert örtlichen Vereinen und insgesamt etwa 26.000 Mitgliedern führend. Gegen Ende 1979 war die Zahl der Mitglieder auf etwa 20.000 geschätzt worden. Diese Föderation und eine Auslandsorganisation der als extrem nationalistisch eingestuften türkischen 'Partei der Nationalen Bewegung' (MHP) gelten als aufgelöst, weil das türkische Verfassungsgericht am 28. Juni 1976 einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte."

Stellt die FAZ also zu unserer aller Beruhigung einmal fest, daß die Tarnorganisationen der gesetzesfrommen "Grauen Wölfe" als aufgelöst zu betrachten sind, fügt er in vorsichtig-verhaltenem Ton hinzu: "Es wird behauptet, daß die Anhänger der Föderation in der Bundesrepublik jetzt ihre politischen Aktivitäten in den 'Idealisten- und Kulturvereinigungen' fortsetzen."

FAZ Schützenhilfe für rechte Schnüffler

Der scharfsinnige FAZ-Schreiberling treibt das unglaublich anmutende Spiel auf die Spitze: Mit einem deutlichen Ausdruck des Bedauerns berichtet er:

"Von 1978 an hatten die Behörden begonnen, die Mitglieder der türkischen 'Idealistenvereine' im Bundesgebiet zu den türkischen Rechtsextremisten dazu zu rechnen. Dies bewirkte die große Erhöhung der Zahl der Rechtsextremisten von etwa 5.100 im Jahre 1977 auf jeweils etwa 22.500 in den Jahren 1978 und 1979 und schließlich auf gegenwertig etwa 29.000. Die neue Art der zahlenmäßigen Erfassung der türkischen Rechtsextremisten begründeten die Behörden mit dem Hinweis, daß die extreme nationalistische türkische 'Partei der Nationalen Bewegung' (MHP) in den 'Idealistenvereinen' immer stärkeren Einfluß gewonnen habe."

Und sich auf die selbstverständlich in den Finster-

nissen der Anonymität versteckenden "Kritiker" beziehend, gibt er, objektiv wie ein FAZ-Mensch ist, lediglich ihre Frage wieder: "... ob hier der Versuch der Bundesregierung erkennbar wird, dem Block der türkischen Linken in der Bundesrepublik wenigstens statistisch einen gleich starken - einer radikalen türkischen Rechten gegenüberzustellen, um vom Ausmaß der kommunistischen Aktivitäten unter den Türken in der Bundesrepublik abzulenken."

Auch mit dieser totalen Umdrehung der Verhältnisse, mit der die eigenen billigen Tricks der Gegenseite unterschoben werden und die eigentlich nur von unverbesserlichen FAZ-Fanatikern nicht als Beleidigung des eigenen Urteilvermögens aufgefaßt werden können, begnügt sich Herr Lgn. nicht.

Ein Paradebeispiel seiner Unverfrorenheit liefert er im eher beiläufigen Ton gegen Ende seiner Ausschweifungen:

"Dazu bemerkt das Kölner Amt, daß der DGB die FIDEF richtig einschätze und es erwähnt ein Flugblatt der beiden Föderationen der Arbeiter und der Studenten der türkischen "Neuen Linken", in dem die Umsturzabsicht offen ausgesprochen wird."

Die willkürliche Verkittung der Palaver einiger maolistischer Sekten mit der Erwähnung von FIDEF in einem völlig anderen Zusammenhang soll dem Leser suggerieren, daß der "Umsturz" vom FIDEF beabsichtigt wird.

Mit diesem im FAZ-Bericht zahlreich vorhandenen Manipulationen niederträchtiger Art wird man sich auseinandersetzen müssen. Denn dieser Vor-Bericht über Angaben des Verfassungsschutzes läßt auf Stil und Qualität der Aussagen im eigentlichen Verfassungsschutzbericht genügend Rückschlüsse zu, wie dies durch die am 10. Juli erfolgte "offizielle" Bekanntgabe bestätigt wurde.

So lügt "Bericht '79"!

Wo sich gewisse Stellen mit Gerüchten, Kolportagen und Assoziationen nicht begnügen können, greifen sie schlicht und einfach zur Lüge: Im Teil 9 des Verfassungsschutzberichtes 1979 ("Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern") auf Seite 18 heißt es:

"Am 17. Februar schlugen in Rüsselsheim Anhänger einer Mitgliedsorganisation der orthodox-kommunistisch beeinflussten 'Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V.' (FIDEF) mit Steinen und Knüppeln auf Angehörige des 'Türkischen Kulturvereins', Mitgliedsverein der von der extrem nationalistischen türkischen "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) beeinflussten 'Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa' (ADÜTDF), ein. Vier Personen wurden verletzt mehrere Pkw beschädigt."

Tatsache ist: Kein einziges FIDEF-Mitglied war an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt, weder am 17. Februar noch zu einem anderen Zeitpunkt, obwohl es in Rüsselsheim, einer Hochburg türkischer Faschisten, immer wieder zu Auseinandersetzungen kommt. Doch davon ist keine Rede.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist der demokratischen Öffentlichkeit eine Erklärung für diese nachweisliche Lüge schuldig.

Charakteristisch für die Vorgehensweise des Bundesamts für Verfassungsschutz ist auch der Absatz auf Seite 19:

"In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat. Am 5. Januar 1980 wurde in Berlin ein dem linksextremistischen Lager angehörende Türke getötet, am 3. und 28. Mai 1980 wurden in Reutlingen und Hamburg zwei dem rechtsextremistischen und extrem nationalistischen Bereich zuzurechnende türkische Staatsangehörige tödlich verletzt."

Diese objektiv anmutende Aufzählung von Fakten verschweigt jedoch eine Reihe von Tatsachen, und erzählt Bände über den Blickwinkel ihrer Verfasser. Da wird ein politischer Mord zu dem sich als Täter die "Graue Wölfe" bekannt haben, begangen an einem engagierten Gewerkschafter, einem Mitglied des FIDEF-Vereins Westberlin, dem Sekretär des Türkischen Zentrums in Kreuzberg, in einem lapidaren Halbsatz in Verbindung gebracht mit zwei Ereignissen, die keinerlei politische Motive erkennen lassen. Nichts steht über Aussagen der Tatverdächtigen, nichts über ihre seit Jahren offen vorgetragenen Aufrufe zur Gewalt. Einfach verschwiegen wird die die Tatsache, daß diesem Mord mehrere gewalttätige Übergriffe der religiösen und nationalistischen Fanatiker am gleichen Ort vorgegangen sind.

Fakten werden verschwiegen

Mit keinem Wort werden die Schlag- und Stichwaffen erwähnt, die in der Moschee gefunden wurden, die den Tätern als Schlupfloch diente. Kein Wort auch über Waffen und anderes "belastendes Material", das im Gebäude der "Türk-Föderation" in Frankfurt beschlagnahmt wurde, als der Vorsitzende des Frankfurter Mitgliedsvereins mit weiteren "Grauen Wölfen" am 25. November 1979 unter Verdacht des versuchten Totschlags an vier Landsleuten festgenommen wurde. Die vier waren schwer verletzt worden als drei von ihnen sich geweigert hatten, die Flugblätter der "Türk-Föderation" anzunehmen.

Schon Wochen vor der Bekanntgabe des Berichtes stand fest, daß der Mord an Tireli in Reutlingen aus Eifersuchtsmotiven begangen worden war und der Täter eher unter den rechtsextremistischen Gesinnungsfreunden des Ermordeten, Tireli, zu suchen ist. Auch in diesem Punkt verdreht der "Bericht" nachweislich und absichtlich die Tatsachen. (siehe unseren ausführlichen Bericht auf Seite 44). Es geht hier eindeutig darum, den unbefangenen Lesern und Multiplikatoren in den Institutionen und Presseorganen zu suggerieren, daß die Tat den Linksextremisten anzulasten wäre. Und bei dem Mordfall in Hamburg fehlt jeglicher Hinweis auf die sogar in der lokalen Presse breitgetretenen, privaten Motive des Tatverdächtigen, der erst vor wenigen Wochen einem auf offener Straße unternommenen Mordversuch des Opfers entgangen war.

Durch Auslassungen, Übertreibungen und Beimengungen von Halb- und Unwahrheiten versuchen die Verfasser nicht nur eine "Ausgewogenheit" herzustellen. Die Aufzählung mit dem vorangestellten Satz "In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat", dient dazu, den "Linksextremisten" zwei Morde zu unterstellen. Der heimtückische Mord an Kesim wird mit der Bemerkung verharmlost, wenn nicht quasi entschuldigt, das Opfer gehörte ja dem linksextremistischen Lager an. Die erschreckenden politischen Dimensionen dieses Mordes, an dem die Staatsschutzorgane mit ihrer sträflichen Nachsicht gegenüber den Prediger der Gewalt nicht unschuldig sind, sollen kompensiert werden, indem man die Tat als ein Zwischenfall in den Auseinandersetzungen darstellt.

Strategie der Verharmlosung

Der Verfassungsschutzbericht, der jährlich der Öffentlichkeit präsentiert wird, wirkt meinungsbildend. Dazu gehört auch die Berichterstattung in der Phase vor der Veröffentlichung, die die öffentliche Meinung entsprechend vorprägen soll. Nicht umsonst meldete z.B. die Westfalenpost am 16. Juni unter der Überschrift "Böse Tricks mit Grauen Wölfen" aus Köln, wo das Bundesamt für Verfassungsschutz sitzt:

"Niedersachsens Verfassungsschutzchef Helmut Jüllig, ein SPD-Mann, sagt es unverblümt: 'Graue Wölfe gibt es nicht mal in der Türkei'".

Gestützt auf diese Erkenntnis, die einen Einblick auf den Informations- und Wissensstand höchster Verfassungsschützer gewährt, offenbart der recht unbekümmerte und wohl auch noch eher unerfahrene Berichterstatter freimütig die Überlegungen einiger Kreise in dieser Behörde:

Die Stoßrichtung ist klar: Wenn ein Vorgehen gegen die Rechtsextremisten durch den Druck der Öffentlichkeit nicht länger zu verhindern ist, dann soll zumindest der Eindruck erweckt werden, daß auch gegen die "Linksextremisten" vorgegangen werden müsse.

Maoistische Zirkel leisten Schützenhilfe

Einige "links"-maskierte maoistische Grüppchen, die weder in der Türkei noch in der Bundesrepublik irgendwas mit der Arbeiterbewegung gemeinsam haben, sollen offenbar durch ihre unter Duldung der Behörden provozierten Krawalle mit den "Grauen Wölfen" dazu dienen, die demokratische Ausländerorganisationen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Die Koinzidenz der Ereignisse (Anfang Juni die Pressekampagne, Krawalle in Augsburg am 18., in Bielefeld am 28. Juni; Bekanntgabe des Berichts am 10. Juli) spricht eine deutliche Sprache.

Die von den reaktionärsten Elementen in den großbürgerlichen Zeitungen und in gewissen Behörden der Staatsschutzorgane betriebenen Kriminalisierungsversuche gelten in erster Linie eindeutig der FIDEF, deren konsequente Politik und damit verbunden - allen offiziellen, offiziösen und publizistischen Diffamie-

rungen zum Trotz - der wachsenden Solidarität der türkischen und deutschen Kollegen mit ihr, die diesen Kreisen zu schaffen machen. Der Öffentlichkeit soll suggeriert werden, daß die eigentliche Gefahr von der angeblich zu Gewalt neigenden FIDEF kommt, während "Graue Wölfe" als relativ harmlose Gruppen dargestellt werden. Andererseits wird den "Grauen Wölfen" deutlich vorgeführt, wen sie eigentlich als Gegner zu betrachten haben; damit werden FIDEF-Mitglieder für vogelfrei erklärt.

Bei einem offensichtlich herbeigesehnten Zusammenstoß können die Staatsschutzorgane dann gegen "beide Extreme" vorgehen. Auf alle Fälle soll der Eindruck entstehen, daß mit Maßnahmen gegen "Graue Wölfe" allein diesen Gewaltakten nicht beizukommen ist.

Eines steht fest: Durch die vorgeschaltete Pressekampagne und die Aussagen des Verfassungsschutzberichtes haben die Verantwortlichen ein Klima geschaffen, in dem die Rechtsextremisten ungehemmter und gewalttätiger agieren können als vorher.

Die jetzt mehr als früher bedrohten Kollegen; türkische, kurdische und deutsche Demokraten, Antifaschisten in den Gewerkschaften und in den anderen demokratischen Organisationen, sowie die gesamte demokratische Öffentlichkeit werden die für den Verfassungsschutz wie für die Ausländerpolitik zuständigen Politiker nicht aus ihrer Verantwortung für künftige Entwicklungen entlassen - mögen sie auch ein noch so liberales Mäntelchen anhaben.

"Die Verfassungsschützer sind vor allem besorgt über das Anwachsen der orthodoxen, moskautreuen Linksextremisten... 18.000 - der harte Kern - finden sich allein in der FIDEF wieder."

Aber: "Etwas anders sieht es bei den Rechten aus. Ihre Zahl stieg von Ende 1978 bis Ende 1979 nur um 25 Prozent. Rein rechnerisch - denn beim Zählen gingen die Behörden mit unlauterer Mitteln vor. Sie warfen plötzlich - warum? - Nationalisten, religiöse Eiferer und echte Rechtsextremisten in einen Topf und kamen so ebenfalls auf die Zahl von 29.000 Extremisten. Wie gemogelt wurde, zeigt die Entwicklung des Rechenexempels. 1977 gab es nur 5.100 Rechtsextremisten, doch dann zählten die Behörden plötzlich die sogenannten 'Idealistenvereine' zu den Rechtsabweichlern hinzu, und schon 1978 kam dabei die staatliche Summe von 22.500 heraus. Angeblich die für deutsche Begriffe rechtsextreme 'Partei der Nationalistischen Bewegung' von Alparslan Türkeş in den vorher nicht als gefährlich geltenden Idealistenvereinen die Oberhand gewonnen."

"Endlich verbieten!"

Aus diesen Zeilen geht - einmal abgesehen von Fehlinterpretationen und Falschmeldungen deutlich hervor:

1. Die Hauptsorge derjenigen im Bundesamt für Verfassungsschutz, die den Bericht erstellt haben, gilt der FIDEF;
2. Einigen Beamten des Verfassungsschutzes wird vorgeworfen, daß sie bei den Zahlen der Rechten gemogelt hätten;

3. Diejenigen Herren, die sich jetzt durchsetzen konnten, betrachten sogar die neofaschistische MHP nicht als gefährlich;

4. Nach ihrer Auffassung hat die MHP auch nur angeblich in den Idealistenvereinen die Oberhand gewonnen. Mit allen nur erdenklichen Mitteln soll der Öffentlichkeit vorenthalten werden, was unter den türkischen Rechtsextremisten, von den Behörden geduldet, von NPD und ihren Nebenbuhlern aber auch von "honorieren" CDU/CSU-Politikern gefördert, vor sich geht:

- Die Gefahren, die von der "Türk-Föderation", der Tarnorganisation der "Grauen Wölfe" der MHP ausgehen, werden verharmlost. Ermutigt durch die duldende Haltung der Behörden, von maßgeblichen Politikern unterstützt, nutzt sie auch die verheerenden Ergebnisse einer katastrophalen Ausländerpolitik und rekrutiert vor allem unter den arbeitslosen Jugendlichen immer mehr Anhänger. Die desolante Ausbildungssituation und eine halbherzige Integrationspolitik begünstigen ihre nationalistisch-soziale Demagogie.

- Faschistoide Indoktrination türkischer Kinder und Jugendlicher in den Koran-kursen, die längst zum Hauptrekrutierungsfeld der "Grauen Wölfe" geworden sind, geht unvermindert weiter. Trotz aller vorgelegten Fakten und Schriftstücke wird gegen sie nichts unternommen: sie verfügen über eine gut funktionierende Lobby, die sogar CDU-Bundestagsabgeordnete umfaßt.

- Hinzu kommt die offizielle Unterstützung dieser Entwicklung durch die Demirel-Regierung: Sie hat nicht nur in der Türkei eine inoffizielle Koalition mit der MHP, auf deren Stimmen im Parlament sie angewiesen ist. Sie schickt auch nur solche Attaches und Erziehungsbeauftragte ins Ausland, die auch das Wohlwollen der MHP finden. Und wie vorher, legen auch jetzt einige Behörden in der Bundesrepublik offensichtlich Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit diesen Rechtsextremisten. Auch dieser Umstand mag denjenigen Kräften Auftrieb gegeben haben, die, um die rechtsextremistischen Türken zu verniedlichen, eigenen Kollegen Mogelei vorwerfen.

DIFFAMIERUNGEN ZURÜCKGEWIESEN

Auf einer Pressekonferenz erhoben FIDEF, und die beiden Organisationen KOMKAR und KKDK bereits am 12.6. 1980 scharfen Protest gegen die bekanntgewordenen Einzelheiten des Verfassungsschutzberichtes. Wir dokumentieren diese Erklärung im Wortlaut:

FIDEF, KOMKAR und KKDK weisen alle Berichte mit Entschiedenheit zurück, nach denen sie in die Nähe irgendwelcher Gruppierungen gerückt werden sollen, die die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung befürworten. Dies gilt insbesondere für den infamen Versuch in der Berichterstattung einiger Massenmedien über angebliche "Erkenntnisse", die die demokratischen Organisationen als gewalttätig diffamieren. Diese hinterlistigen Verleumdungen sollen offensichtlich dem Zweck dienen, die unverzeihliche Nachsicht einiger Behörden notdürftig zu kaschieren, die sie an den immer steigenden Gewaltakten der türkischen Rechtsextremisten mitschuldig macht.

Durch Wiederholung nachweislich unwahrer Behauptungen wird der Versuch unternommen, den blutrünstigen "Grauen Wölfe", die sich unverfroren zu Gewalt bekennen, einen Persil-Schein auszustellen, während auf der anderen Seite ein Linker, angeblich "gewalttätiger" Popanz aufgebaut wird.

In einer unerträglichen Weise versuchen einige Stellen und ihre publizistischen Adjutanten die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen, indem sie offensichtlich davon ausgehen, daß die meisten nicht mal auf die Idee kämen, einmal in die Verfassungsschutzberichte der vergangenen Jahre zu schauen.

Denn die Gewalttätigkeit und die Gewaltaufrufe der "Türk-Föderation" und ihre Verbindung zu der neofaschistischen MHP des Führers Türkes sowie ihre Beziehungen zu den Islamischen Kulturzentren sind in diesen Berichten bereits aufgeführt!

Doch eine andere als diese allzudurchsichtige Verleumdungskampagne haben die demokratischen Organisationen von diesen Kreisen nicht erwartet. Wir gehen davon aus,

1. daß "diese Kreise" nicht sehr froh darüber sind, wenn nun mehr eindeutige Beweise über die Verbindung der "Grauen Wölfe" zu der MHP vorliegen, die, wie in den Jahren 1975-1978, jetzt wieder (wenn auch als heimlicher Koalitionspartner) an der Regierungsmacht beteiligt ist: "Diese Kreise" haben schließlich Jahre lang mit ihr zusammengearbeitet!

2. daß "diese Kreise" die demokratischen Ausländerorganisationen mit Argwohn betrachten, die die eindeutigen Beziehungen einiger CDU/CSU-Politiker zu den "Grauen Wölfen" und zum schwarz-braunen Sumpf um sie enthüllt haben (Strauß/Türkes; Dr. Kanapin/Kundakci-Celebi; A. Hasinger/Isl. Kulturzentren)

3. daß die Öffentlichkeit mit dieser Kampagne von der immer lauter werdenden Forderung nach einem sofortigen Verbot der "Grauen Wölfe" abgelenkt werden soll, durch eine fiktive Angleichung auf "beiden extremistischen Lagern".

Darum fordern wir:

- Sofortige, umfassende Aufklärung aller Gewaltakte der türkischen Rechtsextremisten! Ausweisung und Bestrafung aller "Grauen Wölfe", die nachweislich an Gewaltakten beteiligt waren!

- Sofortiges Verbot aller faschistischen, und fanatisch-religiösen Organisationen!

- Solidarität mit demokratischen Ausländerorganisationen, die für eine auf Gleichberechtigung basierende Integration der "ausländischen Mitbürger eintreten!

Türkische Faschisten danken F.J Strauß

Unerklärlich bleiben für viele demokratisch gesinnte Bürger, die unglaubliche Nachsicht und beinahe Förderung der offiziellen Stellen gegenüber den gewalttätigen "Grauen Wölfe". Denn deren "mächtige Freunde" von den Unionsparteien, deren Einfluß bei Behörden und Institutionen sicherlich nicht als gering bezeichnet werden kann, bleiben in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit weitgehend im Hintergrund. Die Förderer der türkischen Rechtsextremisten in CDU/CSU-Kreisen beschränken sich nicht auf Stadtverordnete wie Dr. H.E. Kanapin aus Schwalmbach, der führenden "Grauen Wölfen" Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verschafft oder Bundestagsabgeordnete Hasinger und George, die versuchen, die rechtsextremistischen Islamischen Kulturzentren mit aller Macht salonfähig zu machen. (Siehe Türkei-Informationen Juni 1980). Ihre einschlägigen Kontakte werden durch Beziehungen auf höchster Ebene abgesichert.

Über einen bevorstehenden Türkes-Besuch in der Bundesrepublik und seine Visite bei F.J. Strauß Ende April 1978 wurde die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zuerst durch den FIDEF-Bundesvorstand informiert. Kurz nach Abschluß der Mai-Kundgebungen am 1. Mai 1978 legten auch etwa 200 Vertreter aus verschiedenen FIDEF-Vereinen vor dem Haus der CDU/CSU-Fraktion in Bonn einen schwarzen Kranz nieder.

Am 11. Mai 1978 meldete "Vorwärts":

Es war ein streng geheimes Gespräch und eigentlich hätte niemand davon wissen dürfen. Auch die Pressestelle der CSU in München genierte sich mehrere Tage lang, zuzugeben, daß das Gespräch überhaupt stattgefunden hat. Erst einen Tag vor der Ulmer Massenkundgebung der "Grauen Wölfe" erklärte der CSU-Pressesprecher, daß ein "reines Informationsgespräch zwischen Strauß und Türkes" stattgefunden habe. Dauer: 60 Minuten.

Einer der türkischen Teilnehmer, Murat Bayrak, der in Istanbul Besitzer einer großen Fabrik ist, auf deren Gelände die "Grauen Wölfe" ausgebildet werden, meinte später: "Es war sehr herzlich."

Wie erst nach zwei Jahren bekannt wurde (Der Spiegel, 25.2. 1980), bedankte sich Türkes am 2. Mai für dieses Gespräch bei Strauß:

Wenn wir noch nicht alle Probleme, die unsere beiden Länder betreffen, besprechen konnten, so glaube ich doch, daß Ihnen mein zentrales Anliegen in einer Stunde großer Gefahr für mein Land deutlich geworden ist: die Türkei befindet sich in einer akuten großen Gefahr.

Diese Gefahr ist im großen mit der Tatsache bezeichnet, daß zum erstenmal in der Geschichte der Türkei der sowjetische Generalstabschef in die Türkei kommen konnte und zwar nicht zu einem Höflichkeitsbesuch, sondern zur Einleitung einer Entwicklung, die das Ende der Türkei im westlichen Bündnis bedeuten kann.

Türkes-Begleiter Murat Bayrak, der sich während des 2. Weltkrieges auf der Seite der SS-Einheiten in Ju-

goslawien gegen die antifaschistischen Freiheitskämpfer bewährte, beschwerte sich in einem weiteren Brief über den CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl:

Etwa eine Woche vor dem Eintreff des Vorsitzenden der Nationalen Bewegungspartei (MHP), Herrn Türkesch, in Deutschland habe ich gemeint, daß es für Herrn Dr. Kohl als Vorsitzenden der CDU sowie für sie interessant wäre, den Herrn Türkesch persönlich kennenzulernen; und bei dieser Gelegenheit die Meinung des Herrn Türkesch über aktuelle und lebenswichtige Probleme wie NATO, EG sowie immer größer werdenden sowjetischen Einfluß wie Gefahr zu erfahren.

Um ein Gespräch mit Herrn Dr. Kohl und Herrn Türkesch zustande zu bringen, habe ich telefonischen Kontakt mit Herrn Dr. Wegener aufgenommen, welcher sich als Leiter der Abteilung für die ausländischen Beziehungen der CDU ausgab. Herr Dr. Wegener antwortete mir am Telefon, daß Herr Dr. Kohl grundsätzlich ein Gespräch mit Herrn Türkesch ablehne. Habe mich im Laufe des Telefonats bemüht, ihm zu erklären, daß meines Erachtens nach nicht im Interesse der CDU, Deutschland und freier Welt sei, so krasse Prinzipien zu besitzen; außerdem es nicht richtig sei, daß ein Vorsitzender einer großen deutschen nicht-sozialistischen Partei seine Meinung über ausländische Parteien und dessen Vorsitzenden durch sozialistische Meinungsindustrie formen zu lassen und danach zu handeln. Scheinbar waren ihm diese meine Bemerkungen nicht angenehm, sonst könnte ich mir sein unhöfliches Verhalten nicht erklären, daß einfach mit Wut den Hörer auflegte.

Einige Tage vor seinem Auftritt in der Dortmunder Westfalenhalle sprach der "Führer" Türkes, der "Adolf Hitler zum geistigen Vater erkoren hat" (Der Spiegel) in der Westberliner "Neue Welt". Sein damaliger Stellvertreter Gün Sazak hieß unter den Gästen auch die CDU-Politiker herzlich willkommen, die zu diesem Treff herbeigeeilt waren: Neben den Abgeordneten Ulrich Brinsa und Eckhard Lindemann (Charlottenberger Bezirksbürgermeister) war der Vorsitzende der Steglitzer CDU-Fraktion, Hans-Joachim Lange mit von der Partie.

Und bei der gemeinsamen Masenveranstaltung der drei rechtsextremistischen Türken-Vereine am 14. Juli 1979 in Westberlin richtete auch der stellvertretende Vorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Petrowski (CSU), Grußworte an die Anwesenden, deren Organisation auch enge Kontakte zur italienischen Gewerkschaft CISNAL unterhält, die als Ableger der neofaschistischen MSI bekannt ist.

Am 9. August 1979 meldete die "Berliner Morgenpost" einige Äußerungen des innenpolitischen Sprechers der CDU, Karl-Heinz Schmitz, nach denen bisher in keinem einzigen Fall Übergriffe und Rechtsbrüche der "Grauen Wölfe" bestätigt worden seien. Bei dieser Gruppe handele es sich um eine "rechtskonservative türkische Organisation".

Islamische Kulturzentren: "Alle Mitglieder raus aus dem DGB!"

Am 25. Mai 1980 fand in der Sporthalle der Stadt Hagen, begleitet von Protesten und Gegendemonstrationen, die diesjährige Hauptversammlung der Islamischen Kulturzentren statt. Unter Beteiligung von "Vertretern von 211 Filialen und brüderlich verbundenen Vereinen" (IKZ-Presseerklärung vom 30.5. 1980) und über 2.000 Delegierten, wurde der einjährige "Dienst an den Gläubigen in der Fremde" bilanziert.

CDU-MdB's lassen schön grüssen

Neben einer Reihe von türkischen Parlamentsabgeordneten von der Gerechtigkeitspartei Demirels, unter ihnen der Sektenführer Kemal Kacar (Türkei-Informationen 3, Juni 1980), nahmen auch CDU-Vertreter an der Versammlung teil. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Reddemann richtete Grußworte an die Versammlung, während die Herren von der Konrad-Adenauer-Stiftung sich im Hintergrund hielten. Aufsehen erregte die "glorreiche Versammlung" (Hauptimam H.R. Tüylüoğlu), an der als einzige Frau eine WDR-Mitarbeiterin teilnehmen durfte, jedoch erst, als eine Woche nach dem Kongreß "die einstimmig gefaßten Beschlüsse" der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden. "Tercüman" meldete am 1. Juni als Aufmacher: "Islamische Kulturzentren ziehen alle ihre 20.000 Mitglieder aus dem DGB zurück", "Hürriyet sprach am gleichen Tag von der Reaktion der IKZ's auf die Kritik des DGB. "Anadolu" brachte schließlich am 6. Juni die Presseerklärung der IKZ's im Wortlaut:

"Auf ihrer am 25.5.1980 in Hagen, Sporthalle, abgehaltenen Jahreshauptversammlung wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Aufgrund der äußerst negativen und aggressiven Haltung des DGB treten alle unsere Mitglieder aus dem DGB aus; es wird mit einer anderen Gewerkschaft kooperiert, die unsere Gemeinde respektiert;
2. Gegen die türkischen Sendungen des WDR, die der türkisch-deutschen Freundschaft schädlich sind, wird großer Protest eingelegt; erforderliche Initiativen zu ihrer Unterbindung werden bei den zuständigen Stellen eingeleitet.
3. Beim deutschen Rundfunkrat wird der Antrag gestellt, unserer Organisation wöchentlich eine halbe Stunde Sendezeit für religiöse Sendungen zur Verfügung zu stellen;
4. Die Bemühungen um die offizielle Anerkennung des Islam werden intensiviert;
5. Ein monatliches, national und religiös eingestelltes Bulletin wird heraus gegeben;
6. Von den Islamischen Kulturzentren wird dieses Jahr eine Pilgerfahrt nach Mekka organisiert;
7. Die Probleme hinsichtlich der Beschneidung moslemischer Kinder werden in Angriff genommen;
8. Da unsere Zentrale in Köln über fast 200 Filialen

verfügt, wird sie ab jetzt unter der Bezeichnung "Union der Islamischen Zentren" geführt. Der hierfür erforderliche Vorgang soll bei der ersten demnächst abzuhaltenden Hauptversammlung eingeleitet werden.

Nach übereinstimmenden Meldungen in "Hürriyet", "Tercüman" und "Anadolu", nahmen folgende Personen an dieser Hauptversammlung teil, zu der u.a. CDU-MdB Albrecht Hasinger ein Glückwunsch-Telegramm übersandte:

CDU-Bundestagsabgeordneter Gerhard Reddemann; die AP-Abgeordneten Kemal Kacar (Sektenführer der Süleymanisten), Cevdet Akcali, Saban Karatas, Ramazan Coskun, Ramazan Caliskan; Ali Ak, Vorsitzender der Föderation der Koran-Kurse in der Türkei, Vertreter der Muslims-Gemeinden in den USA und in England; Pastor Jasper von der Evangelischen Kirche, und Sümer Akad, der Inhaber der größten Chartergesellschaft für die Türkei-Flüge, der UFO-GmbH.

NRW-Kultusministerium warb für IKZ's

In einer Fernseh-Diskussion am 16. Juni 1980 ("Bundesrepublik - Ein Einwanderungsland", WDR III) wußte der für die ausländischen Kinder und Lehrer in den Schulen des Landes NRW zuständige Ministerialrat Walter wieder einmal von der "angestrebten Chancengleichheit" und "integrationsfördernden Maßnahmen" seines Ministeriums zu berichten, was ihm angesichts der alarmierenden Fakten im Schulbereich von den beteiligten Ausländern den Vorwurf der "Schönfärberei" einbrachte.

Die Sendung verlief zwar teilweise unstrukturiert, wurde jedoch von vielen ausländischen Kollegen als ein längst notwendig gewordener erster Schritt positiv aufgenommen. Ohne klare Antwort blieb, während der Sendung auch die Frage an Herrn Walter, wie sein Ministerium mit Erlassen wie diesem, den wir auf dieser Seite dokumentieren, die Integration der ausländischen Kinder zu fördern gedenkt. Zu befürchten bleibt, daß diese Werbung für die "Islamischen Kulturzentren", die einen faschistoiden Religionsfanatismus predigen (Türkei-Informationen 3, Juni 1980), nicht die einzige behördliche Förderung dieser Art darstellen. Zu erwähnen bleibt noch, daß dieser Erlaß des Kultusministeriums veröffentlicht wurde, als der ehemalige und jetzige Erziehungsrat bei der Türkischen Botschaft, A.R. Özgüc am Landesinstitut für Curriculumsentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung beschäftigt war.

Scharfer DGB-Protest

Nach Bekanntwerden dieses Erlasses und des Antrags der IKZ's beim NRW-Kultusministerium auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts

kam es zu heftigen Protesten seitens des DGB. In einem Schreiben vom 22. Oktober nahm DGB-Bundesvorstand zu diesen beiden Themen Stellung (Türkei-Informationen 3, Juni 1980). Bezugnehmend auf diesen Erlaß schrieb der DGB: "Es ist zu befürchten, daß bei weiterer staatlicher Unterstützung dieses Islamischen Kulturzentrums oder gar bei Anerkennung als "öffentlich-rechtliche Körperschaft" ein offener religiöser Terror auf alle türkischen Staatsangehörigen einsetzt". Im Februar 1980 veröffentlichte die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim DGB-Bundesvorstand eine Dokumentation: "Hintergründe türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland". Die Islamischen Kulturzentren, in deren Korankursen fanatisch-religiöse Intoleranz und faschistoide Indoktrination zu den Lehrinhalten gehören, die aber nach wie vor honorige CDU-Abgeordnete zu ihren Lobbyisten zählen können, reagierten mit einem Beschluß, der ihren Mitgliedern den Gewerkschafts Austritt vorschreibt. In einem Rundschreiben der Abt. Ausländische Arbeitnehmer vom 30.6. 1980 heißt es:

"Wie Sie wissen, hat der DGB zwischenzeitlich eine Dokumentation über 'Hintergründe türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland' herausgegeben, in der wir auch auf die Machenschaften der Sekte der Süleymanisten, die in der Bundesrepublik als Islamische Kulturzentren in Erscheinung treten, informiert.

Obwohl dies nur eine Dokumentation ist, in der wir Fakten vorgelegt haben, werden wir stark angefeindet von den IKZ's und die Dokumentation wird als Lüge bezeichnet.

Wir möchten noch einmal verdeutlichen, daß der DGB nicht gegen die Religionsausübung von Moslems ist. Ganz im Gegenteil, wir fordern, daß der Religionsunterricht für moslemische Kinder in den Schulen durch anerkannte Pädagogen erteilt wird, um zu verhindern, daß diese Kinder durch selbsternannte Hodschas in Koranschulen politisch und religiös indoktriniert werden.

Am Samstag, dem 28.6. 1980, hat der DGB-Landesbezirk Bayern in München eine Veranstaltung mit türkischen Betriebsräten und Vertrauensleuten durchgeführt, zu der der offizielle Vertreter des Islams aus der Türkei, der Vorsitzende des Islamischen Rates, Herr Dr. Altikulac, eingeladen war, der seine türkischen Landsleute ebenfalls vor den Sekten gewarnt hat.

Da Sie sicherlich an der Diskussion interessiert sind, übersenden wir Ihnen in der Anlage die dpa-Meldung über diese Veranstaltung.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abt. Ausländische Arbeitnehmer"

Die dem Schreiben beigelegte dpa-Meldung lautet:

"Oberster türkischer Imam mahnt Landsleute zur Mäßigung

München (dpa) – Imam Tayyar Altikulac, Vorsitzender des Islamischen Rates der Türkei, hat seine rund 1,2 Millionen moslemischen Landsleute in der Bundesrepublik zur Mäßigung in religiösen Fragen aufgerufen. Bei einer Diskussion mit türkischen Gewerkschaftsfunktionären und -vertrauensleuten mahnte der höchste Geistliche der Türkei am Samstag in München, die Moslems sollten sich von Sekten nicht mißbrauchen, spalten oder in die Konfrontation treiben lassen. Religiöse Gruppierungen unter Türken in der Bundesrepublik würden zum Teil von "Geistlichen" betreut, denen in der Heimat die Befugnis zur Amtsführung entzogen wurde.

Altikulac wertet es als wichtigen Schritt, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund die Zusammenarbeit mit dem offiziellen Islamischen Rat gesucht habe. Der Referent des DGB-Vorstands für ausländische Arbeitnehmer, Karl-Heinz Göbels, forderte, den Anspruch türkischer Kinder auf Religionsunterricht durch einheimische Pädagogen unter deutscher Schulaufsicht zu erfüllen, um sie vor der Indoktrination in privaten Koran-Kursen zu bewahren, die zum Teil von Faschisten und Fanatikern beeinflußt und kaum kontrollierbar seien."



Graue Wölfe mißbrauchen religiöse Gefühle

NRW Kultusministerium warb für Korankurse der Religionsfanatiker

43. Präsenz von Zweigstellen des islamischen Kulturzentrums e.V. Köln in Nordrhein-Westfalen;

hier: Religionsausübung islamischer
ausländischer Schüler außerhalb des
Schulunterrichts und an den islamischen
Feiertagen Ramadan und Opferfest

Der Regierungspräsident
41.20.05

Düsseldorf, den 21. März 1979

An die
Schulämter,
Realschulen,
Gesamtschulen,
Berufsbildenden Schulen
des Bezirks

Mit Erlaß vom 27. 2. 1979 - II A 2.36-6/1 - 299/79 - und
unter Bezug auf den Runderlaß vom 4. 7. 1978 - II A
2.36-75/0 Nr. 1477/78 - teilt mir der Kultusminister folgen-
des mit:

„Mit Bezugserlaß hatte ich die Befreiung türkischer
Schüler islamischen Glaubensbekenntnisses vom Unter-
richt aus Anlaß der beiden islamischen Feiertage Rama-
dan und Opferfest entsprechend dem Wunsch der türki-
schen Botschaft neu geregelt.“

Es bestehen keine Bedenken, diese Regelung auch auf
andere ausländische Schüler islamischen Glaubensbe-
kenntnisses anzuwenden, wenn ein entsprechender An-
trag von ihren Erziehungsberechtigten gestellt wird.

Über etwaige örtliche Veränderungen (Schließung oder
Eröffnung von weiteren Zweigstellen des islamischen
Kulturzentrums) bitte ich mich zu unterrichten.“

Es folgt hier eine Übersicht über die Gemeinden
(Zweigstellen) des „Islamischen Kulturzentrums Köln
e.V.“ im Lande Nordrhein-Westfalen. Dazu einige Anmer-
kungen: Aus der mir vorliegenden Gesamtübersicht Bun-
desgebiet und Westberlin sind keine klaren Abgrenzun-
gen nach Ländern ersichtlich. Ich habe mich weitgehend
an den Postleitzahlen orientiert. Dabei ist es durchaus
möglich, daß die eine oder andere Gemeinde einem an-
deren Bundesland zuzuordnen ist. Auch sind einige Angaben
zu registrieren, die sicherlich auf Verständigungsschwie-
rigkeiten zurückzuführen sind. Es ist daher empfehlens-
wert, sich in Zweifelsfragen direkt an die Kölner Zentrale
zu wenden, bei der aufgrund der vertikalen Gliederung
des Zentrums alle Entscheidungsbefugnisse liegen.

Land Nordrhein-Westfalen

Zentrale: „Islamisches Kulturzentrum Köln e.V.“
Beulessweg 15, 5000 Köln 60
Tel. (02 21) 73 37 26
Präsident: Necdet Demirgülle

1. IKZ 4730 Ahlen, Glückaufstraße 12
2. IKZ 5110 Alsdorf, Herzogenrather Str. 41
3. IKZ 5112 Baesweiler, Hellweg 10
4. IKZ 5619 Bergkamen-Oberrade, Opferweg 1
5. IKZ 5275 Bergneustadt, Goethestr. 3
6. IKZ 4800 Bielefeld, Breite Str. 47
7. IKZ 4630 Bochum, Walzwerkstr. 1
8. IKZ 4703 Bönen, Bahnhofstr. 44
9. IKZ 4433 Borghorst, Neue Str. 4
10. IKZ 4250 Bottrop, Beckstr. 1
11. IKZ 4354 Datteln, Bahnhofstr. 3
12. IKZ 4220 Dinslaken, Stollenstr. 1
13. IKZ 4600 Dortmund 18 (Huckrade), Krellstr. 2
14. IKZ 4100 Duisburg 2 (Bruckhausen), Eifelstr. 18
15. IKZ 4100 Duisburg 11 (Hamborn) Schlachthofstr. 41
16. IKZ 4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Wanheimer Str. 150
17. IKZ 4100 Duisburg 11 (Marxloh), Werderstr. 164
18. IKZ 4100 Duisburg-Rheinhausen 14, Am Markt 1
19. IKZ 4000 Düsseldorf, Feuerbachstr. 12
20. IKZ 4650 Gelsenkirchen, Kurt-Schumacher-Str. 81
21. IKZ 4390 Gladbeck, Breukerstr. 81
22. IKZ 4048 Grevenbroich, Kirchenstr. 68
23. IKZ 4830 Gütersloh, Berliner Str. 294 a
24. IKZ 5800 Hagen, Graf-von-Gahlen-Str. 9
25. IKZ 4700 Hamm 1, Viktoriaplatz 22
26. IKZ 4320 Hattingen, Welperstr. 49

27. IKZ 4690 Herne 1, Scharnhorststr. 2
28. IKZ 4690 Herne 2, Hermannstr. 20
29. IKZ 4352 Herten 6, Geschwisterstr. 20-22
30. IKZ 4352 Herten, Barbarastr. 8
31. IKZ 5410 Höhr-Grenzhausen, Hermann-Geisen-Str. 3
32. IKZ 5142 Hückelhoven-Ratheim, Friedrichstr. 77
33. IKZ 5860 Iserlohn, Wilhelmstr. 3
34. IKZ 4132 Kamp-Lintfort, Heinrichstr. 15
35. IKZ 5937 Lage/Lippe, Langestr. 71
36. IKZ 4992 Löhne, Bahnhofstr. 9
37. IKZ 5880 Lüdenscheid, Worthstr. 4
38. IKZ 4670 Lünen, Weißenburger Str. 9
39. IKZ 4670 Lünen-Brambauer, Hamanstr. 11
40. IKZ 4670 Lünen-Hörstmar, Landstroper Str. 6
41. IKZ 4130 Moers-Meerbeck, Wetterstr. 19
42. IKZ 4050 Mönchengladbach
43. IKZ 4400 Münster, Frederikstr. 10
44. IKZ 4054 Nettetal 1, Hubertusplatz 11
45. IKZ 4835 Rietberg 2, Langestr. 98
46. IKZ 4200 Oberhausen, Wasgenwaldstr. 63
47. IKZ 4200 Oberhausen (Osterfeld), Hochstr. 4
48. IKZ 5690 Olpe, Stachlau-Wohnheim
49. IKZ 5970 Plettenberg, Wilhelmstr. 52
50. IKZ 4350 Recklinghausen, Hugostr. 14
51. IKZ 5630 Remscheid, Kippdorfer Str. 30
52. IKZ 4440 Rheine, Elternstr. 57
53. IKZ 5650 Solingen 1, Querstr. 9
54. IKZ 4815 Schloß Holte, Gerhart-Hauptmann-Weg 18
55. IKZ 4840 Schwerte 1, Gef. Str. 6
56. IKZ 5190 Stolberg, Würseiner Str. 38
57. IKZ 5620 Velbert, Mettmannstr. 6-8
58. IKZ 4410 Warendorf, Warendorfer Str. 72
59. IKZ 5980 Werdohl, Freiheitstr. 1
60. IKZ 4230 Wesel 1, Hindenburgstr. 6
61. IKZ 4832 Wiedenbrück, Bielefelder Str. 1
62. IKZ 5305 Witterschlick-Volmershoven, Hauptstr. 530
63. IKZ 5600 Wuppertal, Friedrich-Ebert-Str. 175

(IKZ = Islamisches Kulturzentrum)

Falls Sie bei Ihren Überlegungen auf die „Medrese-i-
Nuriye“, Rolandstr. 88, in 5000 Köln 1, stoßen, so wäre an-
zumerken, daß es sich bei dieser Organisation um eine ord-
ensähnliche Vereinigung handelt, die sich der religiösen
Betreuung türkisch-moslemischer Gastarbeiter annimmt.
Die „Medrese-i-Nuriye“ unterhält in NRW etwa 10 soge-
nannte Lehrhäuser, in denen allerdings kein Religions-
unterricht für Kinder erteilt wird. Auch lehnt sie partei-
politische Betätigung strikt ab und unterhält freundschaftli-
chen Kontakt zum „Islamischen Kulturzentrum Köln e.V.“.

Die jugoslawischen Moslems sind seit dem 21. Novem-
ber dieses Jahres in der „Islamischen Religionsgemein-
schaft Jugoslawischer Moslems in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.“ organisiert. Sitz ist: 5100 Aachen, Kre-
felder Str. 73; Leiter: Hauptimam Rasim Effendi Hamido-
vić. Sie organisiert durch einen ausgebildeten Theologen
in Aachen, Neuss, Düsseldorf, Essen und Köln Religions-
unterricht für jugoslawische Kinder islamischen Glau-
bens.

Im Auftrag
Tenter

44. Anmeldeverfahren für Lehrerfortbildungsveranstaltungen des Landesinstituts für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung

Der Regierungspräsident
42.22.31

Düsseldorf, den 5. März 1979

An alle
Lehrkräfte der Grund-, Haupt- und Sonderschulen,
Gesamtschulen,
berufsbildenden Schulen,
Realschulen
des Bezirks

Halbjährlich gehen den Schulen meines Bezirks Hefte
des o. a. Landesinstituts mit der Ankündigung der geplan-
ten Fortbildungsveranstaltungen zu.

Demirel schickt "bewährte Nationalisten" an die Front Druck auf türkische Kinder und Lehrer nimmt zu

In den letzten Monaten wurden alle Stellen bei der Türkischen Botschaft in Bonn sowie bei den Konsulaten, die mit Erziehung und Bildung zu tun haben, von der Demirel-Regierung mit hinreichend bekannten "Erziehungsbeauftragten", "Kulturattachés" und "Bildungsräte" durchsetzt. Ali Rıza Özgüç, der berüchtigte "Studentenaufseher und Kulturatteche" der Nationalistischen-Front-Regierungen, sitzt seit Mitte Mai in der Schaltstelle der Bonner Botschaft als oberster Erziehungsrat. Obwohl dem Vernehmen nach aufgrund einer Gerichtsentscheidung zugunsten seines abgesetzten Vorgängers noch ohne Verfügungsgewalt, konnte er offensichtlich im Einvernehmen mit dem Kultusministerium in Ankara schon erwirken, daß seine ehemaligen Mitarbeiter, die durch ihre MHP-Freundlichkeit bereits unter der Herrschaft der "Nationalistischen Front" einen zweifelhaften Ruhm erlangten, nach und nach auf ihre Posten gehievt wurden. Dazu gehören auch die erklärten MHP-Anhänger Gökhan Evliyaoglu (Köln) und Tarik Önel (Düsseldorf), die auf ihre alten Posten als "Erziehungsräte" wieder zurückkehren durften, aus denen sie durch die Ecevit-Regierung entfernt worden waren. Mit entlarvendem, stürmischem Beifall wird auch ihre Rückkehr im Faschistenblatt "Tercüman" und im Zentralorgan der Islamischen Kulturzentren "Anadolu" gefeiert (Türkei-Informationen Juni 1980).

Aktion vorläufig gestoppt

Offensichtlich mußte jedoch die Demirel-Regierung ihr wichtiges Vorhaben zunächst stoppen, als eine breite Entrüstungswelle die vorzeitig bekanntgewordenen Pläne zunichte machte. In einer Reihe von Zeitungsmeldungen hatte Ende März das türkische Erziehungsministerium verkündet, "daß alle mißliebigen türkischen Lehrer im Ausland zurückgeholt und durch nationalbewußte - ersetzt werden sollten", wobei das Hauptaugenmerk den kurdischen Kollegen galt, als von "separatistischen" Tendenzen die Rede war. Die auflagenstärkste Zeitung der Türkei "Hürriyet" stieß am 15. April 1980 mit einer groß aufgemachten Meldung nach: "Die Massenentlassungen gelten auch für Europa: Alle Lehrer im Ausland werden zurückgerufen! Die neuen Lehrer werden einer Prüfung unterzogen!" (Wortlaut des "Hürriyet"-Berichtes abgedruckt in Türkei-Informationen 3 Juni 1980). Anfang Juni wurden auch in mehreren türkischen Städten über 11.200 Lehrer auf ihre "Diensttauglichkeit fürs Ausland" geprüft.

Die in der regierungsfreundlichen türkischen Presse lancierten und nie dementierten Diffamierungen und Drohungen aus dem türkischen Erziehungsministerium zeigen deutlich: Die Prüfungsverfahren waren bereits terminlich festgelegt worden, um die nach der großen "Säuberung" notwendigen Einstellungen vornehmen zu können. Zu "Richtigstellungen" seitens der tür-

kischen Behörden, die den hastig angetretenen Rückzug kaschieren sollten, kam es erst, nachdem sich die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit heftigen Protesten zu Wort meldete. Der Bonner Erziehungsrat Özgüç sprach im Anadolu vom 13. Juni 1980 nur noch von "einer turnusmäßigen Auswechslung" der insgesamt 625 von den 2475 in der Bundesrepublik tätigen Lehrern. Im Gegensatz zu 1850, die von den Ländern angestellt sind, werden diese Kollegen von der türkischen Regierung entsandt. Özgüç meinte, in diesem Jahr seien eben nur 85 Lehrer hiervon betroffen. Die rechtsextremistische Presse, die als erste über die geplanten Massenentlassungen der mißliebigen Lehrer berichtet hatte, überbot sich, die ganze Angelegenheit nunmehr als einen Propagandazug der Linken hinzustellen: Die Bloßstellung der finsternen Schnüffel-Praxis in der Öffentlichkeit durch die in der GEW organisierten Kollegen und die Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit hatte die türkische Reaktion zunächst einmal zum Leisetreten gezwungen: Ohne über ihren Gesichtsverlust lange zu überlegen, sprachen "Tercüman" und "Anadolu" nur noch von einer "vertraglich bedingten, routinemäßigen Rückkehr" der türkischen Lehrer.

Doch daß es auch in dieser Frage nicht um irgendwelche Verdrehungen, Mißverständnisse oder Zufälle geht, beweisen nicht nur die in diesem Heft dokumentierten und erst nach heftigen Protesten "richtiggestellten" Eigenmeldungen deutlich.

Nach wie vor ungeklärt sind die Kompetenzen und die eigentlichen Aufgaben einer "gemeinsamen Kommission" bestehend auf der deutschen Seite aus Mitgliedern der Kultusministerkonferenz und des auswärtigen Amtes und auf der türkischen Seite aus Mitgliedern des Erziehungsministeriums.

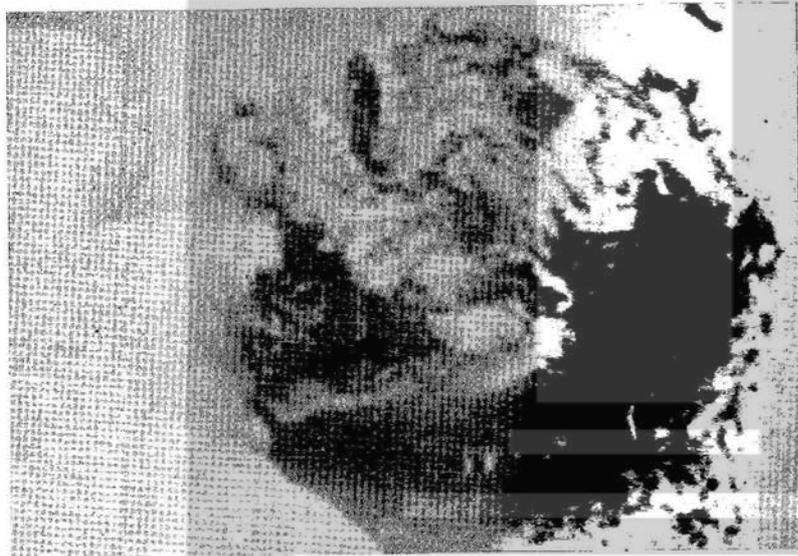
Beratungen hinter verschlossenen Türen

Der Leiter der Sonderkommission des türkischen Erziehungsministeriums hatte im März nach seinen Verhandlungen mit den bundesdeutschen Kultusbehörden unmißverständlich erklärt, daß seine Kommission nicht nur die "linksextremen" Lehrer aus dem Dienst entfernen würde; die Entlassung der von Schulämtern eingestellten Lehrer werde bei den Kultusministerien beantragt. Er erwähnte auch, daß die Schulämter vor Einstellung eines Lehrers Auskünfte bei der türkischen Regierung einholen würden (Anadolu 14.3. 1980, siehe Kasten).

Nicht veröffentlicht wurden auch die Verhandlungsergebnisse zwischen dem Bundesminister Schmuide und der erwähnten Kommission in der Türkei. Sein Gesprächspartner auf der türkischen Seite bei diesen Verhandlungen: A. Nisanci, der offensichtlich der Hauptorganisator der "Säuberungaktion" ist.

Die türkischen Behörden versuchen auch zu verschweigen, daß sie auch die im deutschen Schuldienst

stehenden Kollegen mit verschiedenen Repressalien wie Paßentzug, Nichtanerkennung des bereits in der Türkei abgeleisteten Dienstes u.ä. zur "freiwilligen Rückkehr" zwingen können, wie sie das in der Ära der Nationalistischen Front durch den Botschaftsrat Özgüc versucht haben. Was nach einer durchgesetzten Rückkehr der "mißliebigen" türkischen Lehrer passieren kann, wird aus den Zahlen deutlich, die in der türkischen Tageszeitung "Demokrat" am 22.5.1980 veröffentlicht wurden: Allein sei Dezember letzten Jahres, als die türkischen Lehrer mit einem Protestmarsch des Massakers von Kahramanmaras gedenken wollten, sind mehr als 20.000 Lehrer suspendiert, über 800 verhaftet, 30.000 mit Disziplinarstrafen belegt, 12.000 strafversetzt und 200 endgültig entlassen worden. Im gleichen Zeitraum fielen über 60 Kollegen Terroranschlägen der "Grauen Wölfe" zum Opfer. Der gesamte geschäftsführende Vorstand des türkischen Lehrerverbandes, der verboten wurde, befindet sich in Haft:



Dieses Bild, das wir "New Statesman" (4.7. 1980) entnehmen, zeigt die Bestialität der faschistischen Mordbanden. Der als links bekannte Lehrer Mehmet Ali Yolagelmez wurde aus seinem Dorf in der Nähe von Cankiri entführt und eine Woche später in diesem Zustand gefunden. Seine Peiniger hatten ihm bei lebendigem Leib die Zunge und die Ohren abgeschnitten und die Augen ausgestochen. Anschließend übergossen sie seinen Kopf mit Säure.

Daß auch die im Ausland tätigen Lehrerkollegen berechnete Gründe haben, ähnliche Übergriffe zu befürchten, wird in der nachträglichen Rechtfertigung des heimtückischen Mordes an dem gewerkschaftlich engagierten Kollegen, Berufsschullehrer Celalettin Kesim am 5.1. 1980 durch den "Schreibtischtäter" Erdogan Olcayto in seinem Leitartikel in dem von ihm herausgegebenen Anadolu vom 13.6.1980 erneut deutlich. Mit einer unglaublichen Arroganz bezichtigt Olcayto den SPD-Landtagsabgeordneten Wernstedt der "Überspitzung" und die nicht näher bezeichneten "links-extremistischen Gruppierungen" der "Täuschung und Lüge", um abschließend die ungeheuerliche Frage zu stellen:

Mord gerechtfertigt

"Herr. Wernstedt, wissen sie, daß der in Berlin getötete türkische Lehrer Celalettin Kesim Mitglied eines kommunistischen türkischen Arbeitervereins war und daß er beim Verteilen von Flugblättern dieser Organisation getötet wurde? Celalettin Kesim war von Berliner Behörden als Lehrkraft angestellt worden." Diese Aufstellung zeigt, wie berechnete die in diesem Zusammen-

hang vom niedersächsischen SPD-Abgeordneten, Rolf Wernstedt, geäußerten Befürchtungen sind, die die Gefährdung der Existenz der zurückgerufenen Kollegen betreffen. Am 4. Juni erklärte auch das zuständige GEW-Bundesvorstandsmitglied im Pressedienst der GEW, daß sich die GEW mit allen rechtlichen und politischen Möglichkeiten dagegen zur Wehr setzen werde, daß hier tätige türkische Lehrer einem "Hire-and-Fire-System" ausgeliefert würden. Die GEW forderte in diesem Zusammenhang alle betroffenen Bundesländer auf, zukünftig die an deutschen Schulen tätigen ausländischen Lehrer ausschließlich selbst einzustellen und ihnen abgesicherte Arbeitsverträge anzubieten. "Mit den Millionensummen, die einige Bundesländer an ausländische Konsulate zahlen, können ausländische Kolleginnen und Kollegen mit sicheren Arbeitsverträgen nach deutschem Recht beschäftigt werden", erklärte das zuständige GEW-Vorstandsmitglied, F.v. Auer, wörtlich. "Nur auf diese Weise ist sicher zu stellen, daß auch der muttersprachliche Unterricht für ausländische Kinder und Jugendliche der deutschen

Schulaufsicht unterliegt und den inhaltlichen Ansprüchen genügt, die an ein demokratisches Schulwesen zu stellen sind."

GEW: Nein zu "rotierenden Lehrern"!

An einer Protestveranstaltung von DGB und GEW Hessen am 20. Juni 1980 nahmen auch GEW-Landesvorsitzender Alfred Harnischfeger, vom DGB-Landesbezirk Christoph Jetter, vom Kultusministerium Dr. Schnell und als türkische Kollegin Inci Hilbert teil. Auf dieser Protestveranstaltung wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt: "DGB und GEW Hessen halten es für unerträglich, daß die türkische Regierung versucht, politisch unliebsame Kollegen auszutauschen gegen eine Gruppe von Lehrern, die in ihrer politischen Gesinnung offensichtlich voll und ganz den Ansprüchen eines reaktionären nationalistischen Systems entsprechen." Über die "rechtliche und materielle Gleichstellung der ausländischen Kollegen" hinaus forderte die Protestversammlung:

● "Überprüfung der im muttersprachlichen Unterricht eingesetzten Unterrichtsmaterialien auf ihre demokratische Legitimation;

- Integration der ausländischen Arbeiterkinder in das bestehende Schulsystem, anstatt der Errichtung von nationalen Schulen;

- eine umfassende Konzeption zur Besculung ausländischer Arbeiterkinder, die sicherstellt, daß sowohl ausländische als auch deutsche Kinder eine qualifizierte Schulausbildung und individuelle Förderung erhalten."

Damit nicht äußerst wichtige Entscheidungen, die die Existenz unserer Lehrerkollegen und die Zukunft unserer Kinder direkt angehen, hinter verschlossenen Türen gefällt werden, müssen wir nach wie vor auf befriedigende Antworten auf folgende Fragen drängen:

- Welche Abmachungen bestehen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik über Einstellung, Beschäftigung und Entlassung der Lehrer aus der Türkei?

- Um welche Forderungen handelt es sich, die von der Kommission unter Staatssekretär Nisanci an die Bundesrepublik gerichtet worden sind?

- Wie werden sich die Kultusministerien gegenüber eventuellen Entlassungsforderungen der türkischen Behörden verhalten?

- Gegenüber wievielen türkischen Kollegen hat die türkische Seite bereits ihr Mißfallen bekundet?

- Sind die Kultusministerien bereit, von der bisherigen Praxis abzugehen, wonach sie die Einstellungsgesuche türkischer Lehrer zunächst den türkischen Konsulaten vorlegen?

- Ist es gesichert, daß die bundesdeutschen Behörden den türkischen Vertretungen keinerlei persönliche Daten über die hier beschäftigten türkischen Kollegen überlassen?

- Durch welche Verfahren werden die Kultusministerien die in den Schulen gebräuchlichen Bücher aus der Türkei überprüfen, da es für die türkische Regierung offensichtlich ausreicht die Zurückrufung der Kollegen damit zu begründen, daß sie teilweise diese Bücher mit antidemokratischen, nationalistischen Inhalten im Unterricht nicht verwenden wollen?

- Wie unterstützen die Kultusministerien die Erarbeitung türkischer Schulbücher, die den hiesigen Richtlinien und Erfordernissen entsprechen?

Die ungesicherte Situation der Lehrer aus der Türkei an den deutschen Schulen ist ein Teil der katastrophalen Bildungssituation ausländischer Arbeiterkinder in der Bundesrepublik. Immer mehr deutsche und ausländische Kollegen werden daher gefordert, angesichts der eskalierenden faschistischen Gefahr in der Türkei und des verstärkten Drucks auf die in der Bundesrepublik lebenden Mitbürger aus der Türkei, den Kampf gegen die reaktionären Pläne zu verstärken. Eine grundsätzliche Absage an das "Rotationsprinzip" bei der Einstellung von türkischen Kollegen und ihrer Übernahme in den hiesigen Schuldienst sowie Durchsetzung von Schulbüchern mit demokratischen Inhalten wären dabei wichtige Schritte.

CDU in Gelsenkirchen Für den Kandidaten der Grauen Wölfe

Mitte Juni sprachen sich die Kommunalpolitiker der CDU gegen die Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Bürger aus. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter, eine unabdingbare Vorbedingung ihrer Integration soll ihnen weiterhin versagt bleiben.

Eines der häufig ins Feld geführten Argumente, das teilweise auch von einigen CDU-Vertretern bereitwillig übernommen wird, lautet, daß die Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer die extremistischen Kräfte begünstigen würde.

Abgesehen von der Unhaltbarkeit dieses Scheinarguments - die "Grauen Wölfe in der "Türk-Föderation" und die Koran-Kurse führen vor, wie unter Deckmantel phantasiereicher Tarnorganisationen faschistoide Demagogie betrieben werden kann -, scheinen eben diese CDU-Kreise gegen eine Art von Extremismus kaum Bedenken zu haben. Gleichzeitig diffamieren sie alle demokratischen Ausländerorganisationen, die sich für eine gleichberechtigte Integration einsetzen, als "linksextremistisch".

Ende April fanden die Wahlen zum Ausländerbeirat in Gelsenkirchen statt. Mit Erstaunen vernahmen Kollegen aus der Türkei, daß nach der Stimmenanzählung drei Kandidaten, die von den "Grauen Wölfen" im Idealistenverein unterstützt worden waren, die ersten drei Plätze belegten. Wie berechtigt diese Zwei-

fel waren, zeigte sich bei einer "Protest-Demonstration", als sich der Rat der Stadt Gelsenkirchen weigerte, diese eindeutig von den türkischen Rechtsextremisten favorisierten Kandidaten in den Beirat zu wählen. An ihrer Stelle wurde Mustafa Kizmaz, der den vierten Platz belegt hatte, mit dem zweiten Kandidaten in den Beirat gewählt. Die Abgelehnten riefen mit entsprechendem Trommelfeuer durch die "Idealistenverein" und in den Koran-Kursen "all diejenigen, die sich für Türken halten und die Flagge des Islam zu tragen bereit sind", gegen diese Entscheidung zu protestieren. 3.000 Demonstranten meldeten sie an; aber nur 120 Personen, deren Mehrzahl von benachbarten Städten herangekarrt waren, kamen zu dieser Demonstration gegen Ungerechtigkeit".

Die Ratsfraktion der CDU, sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete Volmer warfen sich für den Ertemel Sengül in die Bresche, der angeblich die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Mustafa Kizmaz, Vorsitzender eines örtlichen Arbeitervereins, warfen sie vor, "orthodoxer Kommunist" zu sein, während sie behaupten, E. Sengül könnte nichts Nachteiliges nachgewiesen werden.

Der eigentliche Skandal bei der ganzen Angelegenheit trat jedoch bei diesem Durcheinander ein wenig in den Hintergrund: Der "Kandidat" der "Grauen Wölfe", Ertemel Sengül ist langjähriger Dolmetscher der Polizei- und Ausländerbehörden der Stadt...

Reutlingen: Opfer einer Eifersuchtsdrama zum Märtyrer hochstilisiert

Hetzkampagne der "Grauen Wölfe"

Wie wir in unserer letzten Ausgabe der "Türkei-Informationen" berichteten, war der ehemalige Vorsitzende des "Türkischen Idealistenvereins" "Türk Ocagi") in Reutlingen, Halil Tireli, in seinem Büro unter seiner Wohnung ermordet aufgefunden worden. Bei den "Türkischen Idealistenvereinen" handelt es sich um in der "Türk-Föderation" organisierte Vereine, die eher unter dem Namen "Graue Wölfe" bekannt sind. Halil Tireli galt schon seit Jahren als Koordinator der "Grauen Wölfe" im süddeutschen Raum und betätigte sich als Korrespondent der Tageszeitung "Hürriyet". Während "Hürriyet" in der Berichterstattung einfach verschwiegen, daß Tireli ihr Mitarbeiter in Reutlingen war, wurde er auf den Flugblättern und in den Bekanntmachungen der "Türk-Föderation" zum Märtyrer hochstilisiert, der von den "Moskauhörigen Sklaven" ermordet sei. Erst vor kurzem, auf Initiative von eigenen, von ihm geprellten Landsleuten, war ihm unter sagt worden, sich auf seinen Briefbögen und Stempeln als "Vereidigter Dolmetscher und Übersetzer" auszugeben. Doch noch nachträglich wurde bestätigt, daß dieser führende Kopf der "Grauen Wölfe" den Polizeibehörden in Reutlingen seit Jahren als Dolmetscher diene.

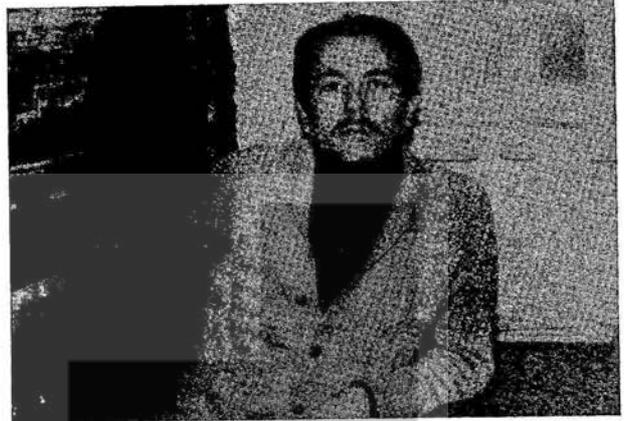
zum Mordfall Tireli

"Durch mehrere Messerstiche wurde Tireli am Samstag, den 3. Mai 1980, in der Reutlinger Altstadt getötet. Der von späteren Augenzeugen als sehr schlank beschriebene Landsmann traf den 42-jährigen offenbar zuerst in dessen Büro, von dort stürzten die Kämpfenden hinaus auf den Hausflur. Die Stiche mit der 25 cm langen Klinge in die Brust und Bauch rissen so klaffende Wunden, daß Halil Tireli noch im Hausflur verblutete. Der Täter flüchtete mit blutverschmiertem Gesicht." (Reutlinger Nachrichten 5.5.1980)

"Über das Motiv der Bluttat ist vorerst nichts bekannt. Es liegen bisher auch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß das Verbrechen politische Hintergründe haben könnte (etwa in den Spannungen unter Türken, vor allem im Zusammenhang mit den Aktivitäten der berechtigten "Grauen Wölfe")..." (Reutlinger General Anzeiger 5.5.1980)

Rechtspresse: Politischer Mord

Die türkischen rechtsextremistischen Tageszeitungen "Hürriyet" und "Tercüman" vom gleichen Tage stellten den Mordfall dagegen in einen politischen Zusammen-



Mordopfer Tireli

hang, wie schon aus der Übersicht der "Hürriyet" ersichtlich wird:

"Bedauerlich: Auch in Deutschland fallen jetzt Personen sowohl vom linken als auch vom rechten Lager der Anarchie zum Opfer.

Reutlingen (Hürriyet)– Im Mordfall des Dolmetschers und freien Journalisten Halil Tireli hat die Staatschutzpolizei Reutlingen eingegriffen und mitgeteilt, daß eine namentlich nicht genannte Person unter Verdacht steht. Der Fall wurde so gedeutet, daß jetzt auch in Deutschland Personen der 'rechten und linken Seite' der Anarchie zum Opfer fallen. Wie schon bekannt, wurde auch der linke Lehrer Celalettin Kesim in Berlin umgebracht.

... Da Halil Tireli der vereidigte offizielle Dolmetscher der Polizei in Reutlingen war, legt die deutsche Polizei großen Wert auf die Aufklärung des Mordes. Die Zuständigen des Polizeikommissariats gehen nach ersten Nachforschungen von drei möglichen Tatmotiven aus, welche wie folgt erläutert werden:

Es handele sich um einen Mord 1. aus rein politischen Motiven, 2. wegen einer Frau, 3. wegen einer alten Geldforderung oder geschäftlichen Angelegenheit. Die Polizei hat auch mitgeteilt, daß diese möglichen Motive unterschiedlich bewertet werden.

... Halil Tireli hat 1974 in Reutlingen den 'Türk Ocagi' gegründet und war zwei Jahre lang der Vorsitzende dieser Organisation. 1978 ist er ganz aus der Organisation ausgetreten. Die Polizei hält auch aus diesem Grund an einem politischen Motiv fest, worin ihr der Vorsitzende des 'Türk Ocagi Reutlingen', Seyfettin Serce, zustimmt.

Die 'Türk-Föderation' hat eine Pressekonferenz abgehalten.

Die 'Türk-Föderation' hat in Frankfurt eine Pressekonferenz abgehalten und darin den Mord an Halil Tireli verurteilt.

Der Generalsekretär Ihsan Öner und ein weiterer Verantwortlicher, Ramazan Öz, haben behauptet, daß der

Mord vorgeplant und daß Tireli bei den von linken Gruppen organisierten Veranstaltungen eine Zielscheibe für Angriffe war." ("Hürriyet", 5.5.1980)

Die Tageszeitung "Tercüman" berichtet über eine Stellungnahme des "Türk Ocagi Reutlingen". Während die "Türk-Föderation" nicht näher definierte "linke" Gruppen für die Tat verantwortlich macht, gibt der "Türk Ocagi" in seiner ersten Stellungnahme noch wagere Angaben: "Die sofort nach dem Vorfall zusammengetroffenen Verantwortlichen von 'Türk Ocagi' haben den Mord an dem Gründer und ehemaligen Vorsitzenden Halil Tireli verurteilt und folgendes erklärt: 'Bekannte aggressive und spalterische Kreise sind in ihren Tätigkeiten (Ausschreitungen) soweit gegangen, daß sie jetzt auch noch morden. Der Gründer unserer Organisation ist von diesen Angreifern niedergemetzelt worden. Wir verurteilen diese Tat'.

Die Verantwortlichen von 'Türk Ocagi' haben mitgeteilt, daß sie über den Mordfall Informationen sammeln und ihre Ergebnisse der Polizei und der Presse weiterleiten werden." (Tercüman 5.5.1980)

Aufmunterung zu Gewalttaten

Am Abend des 5. Mai verteilt der "Türk Ocagi Reutlingen" in der Reutlinger Innenstadt ein in hoher Auflage erschienenes Flugblatt mit der Überschrift "Terror", in dem sie ihre Vorwürfe konkretisieren. In diesem Flugblatt wird gegen Organisationen wie Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften, Volkshochschule und dem türkischen Verein "THDB" der ungeheuerliche Vorwurf erhoben, in ihren Veranstaltungen Halil Tireli zur "Zielscheibe des kommunistischen Terrors" erklärt und zur "Vernichtung Halil Tireli's" aufgerufen zu haben. Diese empörenden Verleumdungen, es handele sich bei den genannten Organisationen um die geistigen Urheber des Verbrechens, wurden anschließend in der lokalen Presse ohne Kommentar weiter verbreitet. Auch die ermittelnde Polizeibehörde fühlte sich zunächst nicht bemüßigt, diese nachweislich falschen Behauptungen öffentlich zu widerlegen.

Genehmigung für Faschisten-Treff

In aller Unverfrorenheit beantragten die "Grauen Wölfe" schließlich für den 10.5.1980 die Genehmigung eines Protestmarsches. Die Einzelgewerkschaften versuchten stundenlang, der Stadtverwaltung die politische Brisanz klarzumachen und ein Verbot der Kundgebung und Demonstration zu erreichen. Der Versuch blieb ergebnislos. Rund 500 Angehörige der faschistischen "Türk-Föderation" aus ganz Süddeutschland waren angereist. Nur durch eine spontane Gegendemonstration der einzelnen Gewerkschaften und anderer fortschrittlicher Kräfte wurde der Umzug verhindert und so hielten die Faschisten ihre Kundgebung auf dem Marktplatz der Pomologie in Reutlingen ab.

Die massive überregionale Reaktion der "Türk-Föderation" mit zweisprachigen Flugblättern zeigt sehr deutlich, daß Tireli ein hoher MHP-Funktionär gewesen ist, dessen Tod politisch ausgenutzt werden sollte.

Das Flugblatt an die "Lieben Deutschen Mitbürger"

Dieses zweisprachige Flugblatt, das während der Kundgebung verteilt wurde, unterschied sich in dem deutschen und dem türkischen Text gewaltig. In dem türkischen Text hieß es:

"... Diese verkauften Diener, die damit beauftragt sind, die russischen Befehle auszuführen, haben den sowohl von in Reutlingen lebenden Türken und Deutschen, als auch von den deutschen Behörden hochgeachteten Landsmann, den Gründer unseres Vereins und den ehemaligen Vorsitzenden deswegen umgebracht, weil er ein Beschützer des türkischen Staates und des türkischen Volkes war.

Weil Halil Tireli voller Menschenliebe war und die Knechtschaft abgelehnt hat, wurde er umgebracht. Ja! Er ist gefallen und hat die Zustimmung von Allah empfangen. Er wurde als Mensch geboren und wollte als Mensch sterben. Er glaubte an die heilige 'Freiheit des Menschen' und er war gegen den ROTEN KOMMUNISMUS, der die Menschen zu Gefangenen macht...

- VERDAMMT SEIEN DIE KOMMUNISTISCHEN TERRORISTEN!

- DER TOD SCHRECKT UNS NICHT AB!

- WIR STERBEN EINMAL' TAUSENDFACH IST UNSERE AUFERSTEHUNG!

- WENN AUCH UNSER BLUT FLIESST, DER SIEG GEHÖRT DEM ISLAM!

Föderation der
Türkisch-Demokratischen Idealisten-
Vereine in Europa"

Die Behauptung, Tireli sei Opfer eines politischen Mordes geworden wird widerlegt.

Im Laufe der Ermittlungen wird die Behauptung, Tireli sei Opfer eines politischen Mordes geworden, immer haltloser. Am 18.5.1980 berichtet die "Hürriyet" kurz, die Polizei habe eine heiße Spur und nehme eine Eifersuchtstat an. Am 29.5. muß sie schließlich klein beigeben: In einer kurzen Nachricht auf Seite 3 gibt sie das tatsächliche Motiv bekannt: Eifersucht.

Am Beispiel des Mordfalles Tireli und der sich anschließenden Hetzkampagne wird deutlich, mit welchen Mitteln die Tarnorganisationen der faschistischen MHP in der BRD gegen demokratische Organisationen vorzugehen versuchen - wobei auch bundesdeutsche Organisationen von ihrer Hetze und ihren Diffamierungen nicht mehr verschont bleiben - so ihre eigenen Anhänger zu immer neuen Gewalttaten aufzuputschen. Es ist unbegreiflich, daß die bundesdeutschen Behörden, trotz wiederholten Warnungen, immer noch schweigen oder mit Unentschlossenheit auf die Aktivitäten der Faschisten und religiösen Fanatiker reagieren und ihnen somit einen Freibrief ausstellen.

Aus Kunst- und Kulturleben

Anlässlich
des 10. Jahrestages der größten
Arbeiterdemonstrationen am
15./16. Juni 1970 in Istanbul
führten Mitte Juni
die FIDEF, KOMKAR, KKDK
gemeinsame Zentralveranstaltungen durch.
Zu Gast auf diesen Veranstaltungen
und anschließend bei FIDEF-Vereinen
waren auch prominente
Kunst- und Kulturschaffende
aus der Türkei

Prominente Gäste auf FIDEF-Veranstaltungen

Timur Selcuk,
der bekannteste
Liedermacher
und Komponist



Hasan Hüseyin,
Lyriker und Journalist,
war ebenfalls zu Gast
auf FIDEF-Veranstaltungen
und bei zahlreichen
FIDEF-Vereinen
(In den nächsten Heften bringen
Türkei-Informationen Interviews
mit den drei Künstlern)



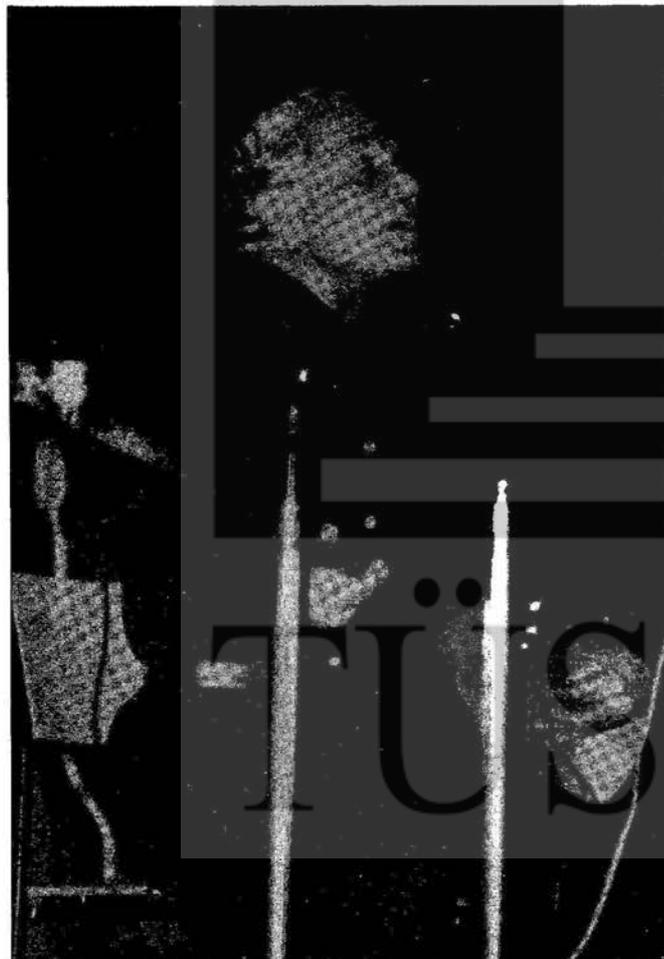
Baris Pirhasan, 29, Lyriker
und Herausgeber der fort-
schrittlichen Kunst- und Kul-
turzeitschrift Sanat Emegi war
in den vergangenen Wochen
ebenfalls zu Gast in der Bun-
desrepublik. In mehreren
FIDEF-Vereinen referierte er
über die Schwierigkeiten und
Repressalien, mit denen die
engagierten Künstler und
Literaten in der Türkei unter
den Bedingungen des Kriegs-
rechts zu kämpfen haben.



Sanat Emegi gilt, obwohl erst im 3. Erscheinungsjahr,
bereits als eine der renommiertesten Kulturzeit-
schriften des Landes. Durch ihr aktives Engagement
genießt sie vor allem bei den gewerkschaftlich organi-
sierten Arbeitern ein hohes Ansehen und berichtet
monatlich über die wichtigsten Ereignisse im Kunst-
und Kulturbereich. Jedes Heft enthält außerdem ein
Inhaltsverzeichnis mit kurzen Angaben zum Text und
zum Autor in englischer Sprache.

Jahresabonnement für die Bundesrepublik kostet
40 DM. Bezugsanschrift:

Sanat Emegi, PK 1339, Sirkeci - Istanbul
(Konto-Nr.: 409926600 BLZ 500 800 00 Dresdner
Bank Frankfurt, Baris Pirhasan)



Ruhi Su,
der prominenteste
Volkslied-Interpret
der Türkei

Über die ZDF Reihe: "Die Türkei im Film"

Ein Nachholbedarf wird entdeckt.



Als eine Art Durchbruch kann der begrüßenswerte Versuch des ZDF gewertet werden, drei neuere, sozialkritische Filme aus der Türkei der bundesdeutschen Öffentlichkeit bekanntzumachen. Die Reihe "Türkei im Film" wurde ergänzt durch einen Beitrag im Filmforum von Martin Ripkens und Hans Stempel, die bei ihrem "Besuch auf Imrali" der berühmten Gefangeneninsel in der Nähe von Istanbul, mit dem inhaftierten Filmemacher Yilmaz Güney sprachen.

Diese längst fällige Entdeckung der Filmlandschaft der Türkei offenbaren einen erheblichen Nachholbedarf auf mehreren Gebieten: Bis zu einem gewissen Grad ist es engagierten Demokraten gelungen, die bundesdeutsche Öffentlichkeit für die Zustände in der Türkei zu interessieren. Die Schweigemauer der Massenmedien, vor allem der großen Pressekonzerne kann angesichts des berechtigten Publikumsinteresses nicht mehr aufrecht erhalten werden. Denn nicht mehr zu übersehen sind die laufenden Meldungen über den türkischen Alltag; d.h. über Terror und Folter, über politischen und wirtschaftlichen Notstand, über systematische Liquidierung der demokratischen Opposition - auch wenn diese Berichterstattung der prekären Situation kaum Rechnung trägt und der entschlossene Widerstand der demokratischen Kräfte dabei zu kurz kommt.

Aber nicht nur die alarmierenden Zustände und die akute Gefahr einer offen faschistischen Diktatur in jenem durch NATO und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft mit der Bundesrepublik aufs engste verbündeten Partner-Land machen diese Desinformationspolitik zusehens fraglich und authentische Informationen erforderlich. Die Massenmedien in diesem faktischen Einwanderungsland werden allmählich gezwungen, von der offiziell begünstigten, überheblichen Haltung gegenüber den ausländischen Mitbürgern abzurücken, die Jahrzehnte lang keine Notiz nahmen von den kulturellen Werten, die sie repräsentieren. Im Gegenteil: offizielle Ausländerpolitik hatte offensichtlich Interesse daran die "Gastarbeiter-Kultur" fast ausschließlich in Form von Laien-Folklore-Darbietungen in Straßenfest- und geselliger Bierzelt-Atmosphäre zu konservieren, wobei die Bereitwilligkeit und berechnete Selbstdarstellungswünsche der ausländischen Kollegen weidlich ausgenutzt werden konnten.

Die Verantwortlichen einer weithin konzeptionslosen Ausländerpolitik; Politiker, Behörden und Institutionen, führten zwar immerfort das Wort "Integration" im Munde, aber zu keinem Zeitpunkt waren sie bereit, die elementaren Voraussetzungen für ihre ansatzweise Realisierung, nämlich die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der ausländischen Mitbürger zu ermöglichen. Auf nennenswerte Anstrengungen, Kunst-

und Kulturwerte dieser seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen der einheimischen Bevölkerung bekanntzumachen, wurde schlichtweg verzichtet. Ebenso wenig geschah etwas in umgekehrter Richtung; über vier Millionen Menschen, wird nicht einmal ermöglicht, durch adressatengerechte Angebote die Sprache des Landes zu lernen, in dem sie leben. Somit bleiben sie von den kulturellen Angeboten völlig ausgeschaltet, die für die arbeitende Bevölkerung ohnehin spärlich sind.

Die ZDF-Reihe macht zugleich auf eine Entwicklung aufmerksam, die türkische Filmemacher durchstehen müssen. Mit durchschnittlich fast 300 Spielfilmen pro Jahr gehört die Filmindustrie in der Türkei zu "produktivsten" der Welt. Doch die interessanten, anspruchsvollen Filme entstehen nur am Rande dieser riesigen Filmindustrie, die fast ausschließlich schnell heruntergekubelte "Gebrauchsware" vom kläglichen Niveau der fast versteinerten Verhältnisse auf dem Lande in "Kara Carsafli Gelin" und "Sürü" auf der einen, die indifferente Haltung einer gekünstelt-kleinbürgerlichen Großstadt Schickeria in "Arkadas" auf der anderen Seite gehören zur Wirklichkeit in der Türkei. Damit sie nicht als orientalische Dramen aus einem fernen Land aufgenommen werden, bedarf es sicherlich weiterer Informationen, Filme und Kontakte, die sich mit vielfältigen Aspekten des Überlebenskampfes einer leidgeprüften Bevölkerung gegen ihre Unterdrücker auseinandersetzen.

"Für Yilmaz Güney weitere 40 Jahre Haft gefordert", meldete "Hürriyet" auf ihrer ersten Seite am 8. Juli, an dem der erste Film der ZDF-Reihe und das Interview mit Yilmaz Güney ausgestrahlt wurden: "Zwei-einhalb Jahre vor Beendigung der Haftstrafe, die er wegen Tötung eines Richters in Yumurtalik bekommen hatte, wird für Güney eine weitere Haftstrafe von insgesamt 40 Jahren gefordert, weil er kommunistische Propaganda betrieb".

In der Meldung hieß es, daß gegen Güney vor dem Kriegsgericht in Istanbul das Hauptverfahren eröffnet worden sei, daß sich auf acht einzelne Delikte in der Anklage stütze. Die Militär-anwaltschaft fordere eine Gesamtstrafe von etwa 40 Jahre, weil "Güney in allen von ihm für eine Kulturzeitschrift verfaßten Artikel und seinem Buch 'Über den Faschismus', (die er alle in seiner Zelle schrieb) gegen die Paragraphen 141-142 des Türkischen Strafgesetzbuches verstoßen habe".

Doch bereits vor der Ausstrahlung der ZDF-Reihe hatte die türkische Rechtspresse in der Bundesrepublik eine regelrechte Kampagne eingeleitet. Sie zunächst etwas schwertuend, weil Güney unbestritten immer noch - trotz seiner Inhaftierung 1974 - der populärste Filmschauspieler geblieben ist, jammerte "Tercüman" am 5. Juli: "ZDF intensiviert seine schwarze Propa-

ganda gegen die Türkei: Es sendet den Film 'Die Braut mit dem schwarzen Schleier', der unsere Nation erniedrigt."

Offensichtlich ohne das geringste Echo unter den Kollegen aus der Türkei wurde die Aufwiegelungskampagne während der ZDF-Reihe unbeirrt fortgesetzt. Die sichtlich verstörten reaktionären Blattmacher in den Redaktionsstuben von "Tercüman", "Anadolu" und "Hürriyet" nahmen einfach keine Notiz davon, daß eine breite Mehrheit unter ihren Landsleuten diesen Ansatz mit Genugtuung registrierte, der bundesdeutschen Öffentlichkeit endlich einprägsame Eindrücke von der anatolischen Wirklichkeit zu vermitteln. Mit dem Aufmacher: "Worauf will das ZDF hinaus?" wußte "Tercüman" "von den zahlreichen Lesern" zu berichten, die fragten, was das ZDF mit der Ausstrahlungen dieser Filme und Menschen bezwecken will, die mitten in der Terrorszene (sic!) stehen."

Noch schlimmer: Das Program sei, so "Tercüman" "von Zeit zu Zeit mit kommunistischen Volksliedern als Hintergrundmusik" unterlegt gewesen! Also nur folgerichtig, daß "Tercüman" zum Schluß des Berichtes wieder das anonyme Leserempfinden wiedergibt:

"Informieren denn unsere Auslandsvertretungen das ZDF nicht? Geben sie keine Erklärungen ab?"

Das Signal kam auch erwartungsgemäß gleich:

Die Türkische Botschaft in Bonn, die in den Wochen davor weder zur Asylanten-Frage noch zur Einführung des Visumszwanges für Millionen türkischer Staatsbürger auch nur ein Wort von sich hören ließ, verbreitete noch am gleichen Abend ein Fernschreiben. "Tercüman" konnte am 11. Juli unter der Überschrift "Scharfe Reaktion unserer Botschaft gegen das ZDF!" die Protesterklärung abdrucken, während "Hürriyet" die Balkenüberschrift wählte: "ZDF wurde zum Sprachrohr der Spalter!"

Unseren Lesern soll nicht vorenthalten werden, auf welchem Niveau die Türkische Botschaft unter der Demirel-Regierung sich derzeit mit künstlerisch wertvollen Filmen und herausragenden Künstlern aus dem eigenen Land auseinandersetzen pflegt. Wir drucken untenstehend den Versuch einer wörtlichen Übersetzung dieser Erklärung ab, die im türkischen Original voll von Grammatik- und Stilfehlern ist:

"Gegen die Filme und die Interviews, die das ZDF am 8. Juli 1980 ausstrahlte, legte unsere Botschaft in Bonn beim ZDF scharfen Protest ein. Heftig protestiert wurde vor allem gegen die Tatsache, daß mit dem Vorwand eines Interviews, das mit Erlaubnis türkischer Behörden zustande kam, die Türkische Justiz angeschwärzt wurde und in Bezug auf unser Land einseitige Überlegungen und Bilder gesendet wurden.

Mit dem Hinweis darauf, daß angesichts der historischen Verbindungen zwischen beiden Ländern, der augenblicklich sehr engen Beziehungen und der Tatsache, daß die Bemühungen der Bundesregierung allgemein bekannt sind, die darauf abzielen, der Türkei bei der Überwindung ihrer Probleme behilflich zu sein, wurde zum Ausdruck gebracht, daß es unverständlich sei, welche Ziele das ZDF mit diesen Sendungen verfolge und mitgeteilt, daß diese Haltung des ZDF Reaktionen unter unseren in der Bundesrepublik lebenden Landsleuten hervorrief."

TÜRKLER (Fortsetzung von Seite 18)

Mit diesem feigen Mord sollte die Arbeiterbewegung der Türkei eines ihrer prominentesten Führer beraubt werden. Gleichzeitig hofft man die Maden-Is und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung zu abenteuerlichen Aktionen zu provozieren. Damit soll ein Vorwand für eine blutige Abrechnung geschaffen werden.

Es gibt unumstößliche Beweise, daß die Demirel-Regierung und die profaschistischen Kreise in der Armeeführung den Terror ganz bewußt zur Vorbereitung einer reaktionären Diktatur einsetzen (siehe unsere Berichte auf Seite 6 und 12). Die Tatsache, daß die Terrorwelle, nach der NATO-Tagung in Ankara eine weitere Steigerung erfuhr, legt die Vermutung nahe, daß dieser Plan von den NATO-Strategen abgesegnet wurde. Das Massaker von Corum, die "Operation" von Fatsa, die Erschießung eines Abgeordneten und eines ehemaligen Ministerpräsidenten bilden die einzelnen Etappen dieses Plans. Deshalb erklären wir: Die eigentlichen Schuldigen des Mordes an Türkler sind die Demirel-Regierung und die Kräfte, die hinter ihr stehen. Denn sie schützen die Terroristen und setzen sie als Waffe gegen die demokratischen Kräfte unseres Landes ein.

Nach dem Bekanntwerden des Anschlages auf K. Türkler haben die Arbeiter und Angestellten in vielen Städten der Türkei spontan die Arbeit niedergelegt. Der Progressive Gewerkschaftsbund DISK hat alle seine Mitgliedsgewerkschaften aufgerufen, am Mittwoch den 23.7. 1980 zum Zeichen des Protestes in den Streik zu treten. Ungeachtet der Drohungen der Kriegsrechtsbehörden ruhte das öffentliche Leben in Istanbul, Ankara, Izmir und zahlreichen anderen Städten der Türkei. Mehrere Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftsverband Türk-Is angehören, haben sich ihren Kollegen von DISK angeschlossen. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß es niemanden gelingen wird, die Arbeiterbewegung unseres Landes durch Folter und Terror in die Knie zu zwingen.

Wir die Arbeiter aus der Türkei, bekräftigen erneut unsere Solidarität mit den demokratischen Kräften unseres Landes! Nur das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte kann die drohende Gefahr einer offenen oder verschleierte Diktatur abwehren.

Wir rufen alle demokratischen Menschen und Organisationen in der Bundesrepublik auf, ihr Eintreten für folgende Ziele zu verstärken:

- Keine finanzielle und militärische Unterstützung des Folter- und Terrorregimes Demirels!
- Sofortiges Verbot der faschistischen "Türk-Föderation" der Grauen Wölfe in der Bundesrepublik!

Für Solidaritätsschreiben geben wir die Anschrift der Maden-Is an:

MADEN-IS, Barbaros Bulvari, Uluhan, Kat 3-4-5
Besiktas - Istanbul

US-Präsident Jimmy Carter ist es Ernst mit seiner Doktrin. Das zeigen neueste Enthüllungen über den „geheimen Krieg“ gegen Afghanistan und den Iran. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen in Saudi Arabien, dem Irak, Palästina und der Türkei informiert AIB 7-8/1980 über die

US-Gratwanderung im Mittleren und Nahen Osten

Außerdem in diesem Heft:

- Volksaufstand in Südkorea • Neue Dimension des Befreiungskampfes in Südafrika • Le Duc Tho über die Kissinger-Memoiren
- Der vergessene Völkermord von Ost-Timor • Weitere Konsolidierung der Revolution in Nikaragua • Dokumente aus El Salvador
- Stellungnahme zum Brandt-Bericht • Revolution in Grenada
- Zivilregierung in Ghana

Einzelpreis (60 Seiten) 3,50 DM zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Jahresabo 20,- DM inkl. Porto

Ich bestelle AIB, Nr. 7-8/1980

Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr.

Name:

Adresse:

Datum und Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672

FI



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin